

Ausserberg - Eine Berggemeinde im Umbruch

Der sozio-ökonomische Wandel in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

von Edwin Pfaffen und Kurt Stadelmann¹

Den «Grossbohnen am Bischofsberg» gewidmet

*«Geschichtsschreibung ist der Versuch, den Dachrinnen zuzuhören,
wenn das Gewitter vorüber ist».
(Jacques Chasteney)*

Vorbemerkungen

BLS und Lonza² waren zweifellos Faktoren, die das Leben in Ausserberg (wie auch andernorts) ab den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nachhaltig beeinflussten. Die bis dahin noch weitestgehend funktionierende Subsistenzwirtschaft mit ihren festgefügtten sozio-politischen Strukturen wurde von diesen Kräften immer mehr be- und verdrängt. Dieser Verdrängungsprozess, unter spezieller Berücksichtigung der Auswirkungen auf Landwirtschaft³ und sozio-politisches Dorfgefüge, soll Gegenstand der folgenden Untersuchung sein.

Neben den schriftlichen Quellen aus Gemeindearchiv, Beständen der Lonza und BLS u.a. sowie Fachliteratur, soll hier auch «Oral History»⁴ zur Anwendung gelangen. «Oral history» ist ein relativ neuer methodischer Ansatz der historischen

1 Dieser Aufsatz wurde als Seminararbeit an den Universitäten Bern und Basel eingereicht bei Prof. Dr. Beatrix Mesmer (Kurt Stadelmann) und Prof. Dr. Markus Mattmüller (Edwin Pfaffen).

2 Auf die Geschichte von BLS und Lonza wird im folgenden so weit eingegangen, wie sie das Leben der Ausserberger Bevölkerung beeinflusst hat. Neben Lonza und BLS hätten auch die Faktoren Kraftwerk- und Strassenbau sowie Saisonarbeit in Gastbetrieben der Deutsch- und Westschweiz miteinbezogen werden können. Dazu fehlte jedoch aussagekräftiges Material.

3 Mit Landwirtschaft sind hier Ackerbau und Viehzucht gemeint. Diese zwei Bereiche sollten aber nach unserer Meinung genügen, um Beginn und Verlauf des Umschwungs in der Landwirtschaft von Ausserberg nachzuzeichnen. Weitere Sparten wären etwa Rebbau, Forstwirtschaft, Schmalviehwirtschaft (Schafe, Ziegen), die eigentliche Milchwirtschaft (Sennerei) sowie die Bewässerungswirtschaft.

4 Zu «Oral History»: Favez, Jean-Claude, Les archives sonores, in: Domaine public, 894, 11.2.1988; Niethammer, Lutz, (Hrsg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der «Oral History», Frankfurt 1980; Niethammer, Lutz, Fragen - Antworten - Fragen, in: Ders., von Plato, Alexander, (Hrsg.), «Wir kriegen jetzt andere Zeiten», Berlin und Bonn 1985, S. 392-445; Lili, Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, Heft 47: Sprachgeschichte und Sozialgeschichte, Hrsg. Helmut Kreuzer, Göttingen 1982. Darin: Bommes, Michael, Gelebte Geschichte. Probleme der Oral History, S. 75-103; Schlieben-Lange, Brigitte, Für eine Geschichte von Schriftlichkeit und Mündlichkeit, S. 104-118; Tagesanzeiger, 24. September 1985, S. 54: Neue Geschichtsbilder durch mündliche Überlieferung.

Wissenschaften. Er erschliesst mit Interviews neue Quellen, wertet sie aus und interpretiert sie. «Oral History» gestattet es (freilich nur für die neueste Zeit, da durch das Alter der Interviewten gleichsam eine zeitliche Limite gesetzt ist) in Bereiche hineinzuleuchten, die von den schriftlichen Quellen kaum oder überhaupt nicht erfasst werden. Aus der Schilderung alltäglicher Begebenheiten, Erlebnisse usw., lassen sich beispielsweise Rückschlüsse ziehen auf die Einstellung von Individuen zu politischen und sozialen Strukturen, aber auch auf die Art, wie einzelne Menschen Veränderungen und Neuerungen begegneten oder diese erfuhren. Es bietet sich also die Möglichkeit, auf jene Leute einzugehen, die in schriftlichen Quellen vielfach keine Spuren hinterlassen haben. Zudem gestalten hauptsächlich die Gewährspersonen die Quelle (dh. das Interview).

So hat denn das Interview mehr Gesprächs- statt Frage-Antwort-Charakter. Der Interviewer oder die Interviewerin hat sich zwar im voraus einen Fragebogen zurechtgelegt, doch dieser dient als Leitfaden und nicht als Liste, die Punkt für Punkt abgehakt werden muss. Wo immer möglich, soll die Initiative vom Befragten ausgehen. In den Interviews geht es nicht so sehr um die Rekonstruktion von Fakten als vielmehr darum, wie etwas erzählt wird.

«Oral History» erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität im statistischen Sinne, beispielsweise wie bei Meinungsumfragen. Statt eine grosse Anzahl von Interviews quantitativ-statistisch aufzuarbeiten, zielt die «Oral History» auf eine qualitative Auswertung einer kleinen Anzahl von Gesprächen. Obwohl bei der Auswahl eine möglichst homogene Gruppe von Gewährspersonen angestrebt wird (in unserem Fall Personen, die zwischen 1904 und 1914 geboren wurden und bis 1950 mehrzeitig in Ausserberg gelebt haben), trägt doch jedes einzelne Interview stark individuelle Züge. Das persönliche Erleben, Erinnern und ausgeschmücktes Erzählen stehen meist im Mittelpunkt sowie das Erinnern und Erzählen desselben tragen wesentlich dazu bei.

Erinnerungen an ein bestimmtes Ereignis, eine Begebenheit, werden meistens überlagert von aktuellen Geschehnissen. Im Zeitraum zwischen Ereignis und Erzählen verändert sich die Beurteilung des Vorgefallenen. Neben dem ganz natürlichen Vorgang des Vergessens wird bei Schilderungen bewusst oder unbewusst hinzugefügt, weggelassen, verdrängt, abgeändert. Diese "Verfälschung" von Ereignissen, Erfahrungen und Erinnerungen hängt aber auch sehr stark damit zusammen, dass sich die Befragten in einer möglichst idealen Art und Weise darstellen möchten.

Sie haben zudem auch gewisse Vorstellungen darüber, was ein Interview bieten sollte. Das spiegelt nicht immer getreu, was die Gewährspersonen preisgeben möchten. Diese Umstände sind bei der Interpretation zu beachten. Aussagen aus einem Gespräch dürfen nicht so ohne weiteres verallgemeinert werden; sie müssen mit anderen Interviews und Erkenntnissen aus schriftlichen Quellen verglichen werden. «Oral History» arbeitet also nicht ausschliesslich mit Interviews. Besonders für die Vorbereitung der Befragung sind schriftliche Quellen unabdingbar und die

Auswertung muss stets Mass nehmen an Orientierungshilfen von subjektiv nicht mehr veränderbaren Zeugnissen. In unserem Falle wurden beide Quellengattungen, schriftliche und mündliche, in etwa zu gleichen Teilen berücksichtigt, wobei sie sich oft in nahezu idealer Weise ergänzen

Von ihrem Vorgehen her lässt sich «Oral History» sicher am ehesten mit Teilgebieten von Volkskunde, Ethnologie oder Sprachwissenschaft vergleichen. Auch in diesen Disziplinen versucht man teilweise mit Gesprächsuntersuchungen zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Es erfolgt denn auch ein fruchtbarer Erfahrungsaustausch zwischen diesen Fachgebieten und «Oral History». Entscheidend ist aber, dass bei diesen verwandten Disziplinen die momentane Situation, das gegenwärtige Verhalten bzw. Sprechen der Interviewten im Vordergrund steht, während bei «Oral History» der Schwerpunkt auf dem Vergangenen liegt. Unter diesem historischen Aspekt und in Verbindung mit schriftlichen Quellen sollen dabei die Interviews zum Aufzeigen von Entwicklungen, Veränderungen, Brüchen bei einzelnen Personen, Gruppen, Gesellschaften beitragen.

1. Die BLS - erste Ansätze des Wandels in der Subsistenzwirtschaft von Ausserberg

1.1. Vorgeschichte

Frankreich und der Kanton Bern waren massgeblich an einer Bahnlinie durch die Berner Alpen interessiert: Frankreich konnte mit diesem Zubringer die Simplonlinie, die kürzeste Verbindung zwischen Paris und Mailand, noch zusätzlich aufwerten. Bern anderseits drohte Gefahr, von der Gotthard- und Simplonlinie umfahren zu werden. Dies sind die Kräftefelder zu Beginn des Projekts.

Erste Vorarbeiten für einen Durchstich durch die Berner Alpen entstanden in den 1890er Jahren. Die Idee einer Lötschbergbahn setzte sich immer deutlicher gegen die Projekte Gemmi- und Wildstrubelbahn durch. Ein Vorentscheid fiel 1902, als in einem bernischen Subventionsgesetz 17.5 Mio. Fr. für den Lötschberg vorgesehen wurden. Als Alternative wurde aber auch der Plan einer Wildstrubelbahn weiterverfolgt. Am 27. Juli 1906 entschied sich der Berner Grosse Rat endgültig zugunsten des Lötschbergs, verband jedoch diesen Entscheid mit der Auflage, der Lötschberg-tunnel sei doppelspurig zu erstellen. Der Bund knüpfte zudem an seine Subventionsbewilligung die Bedingung, der Ausbau müsse eine später zu verwirklichende Doppelspur ermöglichen.

Schon am 16. August 1906, drei Wochen nach der BLS-Gründung, wurde ein Bauvertrag mit dem französischen Unternehmerkonsortium «Entreprise Générale du

chemin de fer des Alpes Bernoise Berne-Lötschberg-Simplon» (EGL) abgeschlossen. Er sah unter anderem vor, dass die EGL die Bauarbeiten zu einem fixen Preis von 74 Mio. Fr. übernehme. Die EGL hatte für alle zum Bau notwendigen Vorkehrungen aufzukommen. Einzig die Expropriationen lagen in den Händen der BLS. Zudem sollte das Konsortium die Pläne definitiv ausarbeiten. Grundlage war das Projekt, das von der EGL als Offerte im Dezember 1905 eingereicht worden war. Der fixe Preis sowie die Vergabe der Bauarbeiten aufgrund des blossen Projekts gaben in den folgenden Jahren immer wieder Anlass zu Auseinandersetzungen zwischen BLS und EGL⁵. Missverständnisse und Konflikte zwischen EGL/BLS und den Wallisergemeinden an der Südrampe waren vorprogrammiert. Zu viele unterschiedliche Träger teilten sich in die Verantwortung: der Kanton Bern war Hauptinitiant, die finanzielle Last trugen grösstenteils französische Geldgeber (Bank Lotse & Cie, Paris), die Bauführung lag in den Händen eines französischen Konsortiums. Im Gegensatz zu den Gemeinden auf der Walliser Seite, waren die Berner Gemeinden am Entscheidungsprozess (wenn auch nur zu einem kleinen Teil: Abstimmung über das Subventionengesetz von 1902) beteiligt und bekundeten auch ein reges Interesse an einer Erschliessung durch die Bahn⁶.

1.1. Der Bahnbau

1.1.1. Das Verhältnis der Bevölkerung Ausserbergs zur EGL/BLS

Am 15. Oktober 1906 begannen die Bauarbeiten am Nordportal des Lötschbergtunnels. Spätestens hier stellt sich für uns die Frage, seit wann die Gemeinde Ausserberg über das Projekt informiert war und wie sie sich dazu verhielt.

Über den Zeitpunkt lässt sich aufgrund der uns bis anhin bekannten Quellen⁷ nur mutmassen.

Bei den ersten Projektstudien in den 1890er Jahren, könnte es eine erste Kontaktnahme mit der Einwohnerschaft Ausserbergs gegeben haben. Schon wahrscheinlicher ist, dass 1902 in einer Walliser Zeitung etwas über die bernische Subventionengesetzabstimmung gestanden haben könnte. Auch nach dieser Abstim-

5 *Belloncle, Patrick*, Die Geschichte der Lötschbergbahn, Breil sur Roya 1986 (abgekürzt: *Belloncle*), S. 25-27, 29-32, 42-46, 74; *Bratschi, Robert*, 100 Jahre bernische Eisenbahnpolitik, 50 Jahre Lötschbergbahn, Bern 1963 (abgekürzt: *Bratschi*), S. 50-77.

6 *Andrae, Charles*, Die Baugeschichte der Lötschbergbahn, Bern 1940 (abgekürzt: *Andrae*), S. 139-140.

7 Näheren Aufschluss könnte eine Untersuchung der Walliser Zeitungen bringen. Eine solche unterliessen wir aber aus Zeitgründen. Leider gab es unter den interviewten Leuten keine mehr, die diese Zeit erlebten, so dass auch von dieser Seite nichts zu erfahren war.

mung, dürfte aber der einheimischen Bevölkerung die Realisierung des Projektes, sofern sie etwas davon gewusst hatte, als recht fragwürdig erschienen sein: Einerseits war die Finanzierung trotz der Annahme des Subventionsgesetzes noch keineswegs gesichert und andererseits lag das Wildstrubelprojekt auch noch im Rennen.

Erste Berührungen gab es mit Sicherheit, als Ingenieure des französischen Baukonsortiums 1904/1905 eine detaillierte Offerte ausarbeiteten. Eine derartige Offerte erforderte unabdingbar Geländebegehungen und Vermessungen vor Ort. Entweder hier oder aber beim Anfertigen der Pläne (nach Vertragsabschluss vom 15. August 1906) mussten die «mündliche[n] Rücksprachen mit verschiedenen Ingenieure[n] der Unternehmung» erfolgt sein, welche die drei Gemeinden Ausserberg, Gründen (gehörte ab 1923 zu Ausserberg) und Baltschieder in die Wege geleitet hatten⁸. Der Brief an Oberingenieur Zollinger vom 4.1.1907, in dem diese Rücksprachen erwähnt werden, bezeugt die erste schriftliche Reaktion Ausserbergs auf den Bahnbau. Es handelt sich dabei um ein Gesuch, in dem die Bahnleitung gebeten wurde, anstelle eines Kreuzungshaltes⁹ St. German einen Bahnhof in unmittelbarer Nähe des Dorfes Ausserberg zu erstellen. Begründet wurde dieser Abänderungsvorschlag damit, dass eine Station Ausserberg einer grösseren Anzahl Personen von Nutzen sei, als dies bei einem Kreuzungshalt St. German der Fall wäre. In der Gemeinde Ausserberg kam dieses Gesuch erst nach heftigen Auseinandersetzungen zustande.

Die «alten Ausserberger», wie sie von einer Interviewten¹⁰ genannt wurden, wollten um alles in der Welt keinen Bahnhof (mit der Bahn selbst mussten sie sich wohl oder übel abfinden, da nicht die geringste Chance bestanden hätte, sich gegen die starken bernischen Interessen durchzusetzen).

Für den Bau der Station Ausserberg sollte eine Senke von sehr fruchtbarem Boden - eindrücklich belegt dies der Flurname «Kleeboden» - mit Ausbruchmaterial der Tunnels aufgefüllt werden. Es ist verständlich, dass sich dagegen Opposition breit machte. Der Boden in der Gemeinde Ausserberg (wie in vielen andern Walliser Dörfern auch) war zum einen sehr karg und zum andern für den einzelnen Bauern wegen der Realteilung nur begrenzt verfügbar. Boden in Dorfnähe, wie dies für den künftigen Bahnhofstandort zutraf, war überdies noch gefragter, da er wegen der kürzeren Entfernung zum Dorf ökonomischer zu bewirtschaften war. Im weiteren war vielen die Erschliessung des Dorfes ein Dorn im Auge. Mit einem Bahnhof, so glaubten sie, würde allem Gesindel Tür und Tor geöffnet¹¹. Die meisten Frauen und Männer Ausserbergs bekundeten Mühe mit zugezogenen Leuten. Dies war eine Abwehrreaktion in zweierlei Hinsicht: einerseits sollte vermieden werden, dass

8 BLS-Archiv, Sign. «Ausserberg» (abgekürzt: BA: A), Brief (4.1.1907) der Gemeinden Ausserberg, Gründen und Baltschieder an Oberingenieur Zollinger.

9 Auf einspurigen Eisenbahnstrecken musste in gewissen Abständen ein Ausweichgeleise (Kreuzungsgeleise) eingebaut werden, damit Züge von entgegengesetzter Richtung nebeneinander verkehren konnten.

10 Interview, Cassettennummer: 7A/Bandzahl: 080 (im weiteren abgekürzt: Int. 7A/080).

11 Int. 2A/015; 9A/005; 9A/015-016.

durch zuviele von auswärts kommende Personen die Ressourcen von Gemeinde und Geteilschaften zu stark beansprucht wurden. Das Eigentum dieser beiden Gemeinwesen war ohnehin schon knapp. Dies bezeugen u.a. die strengen Vorschriften für die Holznutzung durch Fremde¹², aber auch die Alprechte, die eine Übernutzung der Weiden verhindern sollten¹³. Andererseits befürchtete man von Hergezogenen, dass sie örtliche Sitten und Gebräuche aufweichen könnten¹⁴.

Die progressiven Kräfte sahen gerade im Anschluss des Dorfes an die Eisenbahn den grossen Pluspunkt. Im Brief an Oberingenieur Zollinger wird daher speziell auf die «Exportgüter» von Ausserberg hingewiesen: «Ausserberg besitzt grosse Waldungen und dabei grossen Holzverkehr wie auch verschiedene Steincarrièrre [Steinbrüche, die Autoren] wie Dach-Blatten Granit. [H]erscht auch ein reger Viehhandel bes. mit dem Berner Oberlande»¹⁵.

Diese Zeilen scheinen uns sehr deutlich den neuen Zeitgeist zu verraten, der auch vor Ausserberg nicht halt gemacht hat. Durch die Exportförderung von einheimischen Gütern sollte vermehrt versucht werden, Kapital in die Gemeinde zu bringen. Solches Gedankengut widerstrebt zutiefst den Prinzipien der traditionellen Subsistenzwirtschaft. Während bei einer Selbstversorgungswirtschaft nur in Zeiten von Überschüssen etwas an umliegende Wirtschaftseinheiten abgegeben wird, soll nun ein ständiger Export erleichtert werden¹⁶. Mit Hilfe der Bahn besteht vor allem die Möglichkeit grössere Quantitäten auszuführen, was die Gefahr einer Übernutzung, gerade beim Wald, erhöht.

Es mutet eigenartig an, dass ein Monat vor dem oben erwähnten Brief in einer Gemeinderatssitzung, noch unter einem anderen Präsidenten, eine stetige Holzabnahme in den Wäldern festgestellt wurde und daraufhin beschlossen wurde, eigens für «Fremde» den Holzpreis zu verteuern.

Diese Gemeinderatssitzung fiel in die Zeit, wo die Diskussion über einen Bahnhof ihren Höhepunkt erreicht haben musste. Der Gemeindepräsident, zumindest eng verwandt mit Bauern, die im «Kleeboden» Land besassen, figurierte ab 1907 nur noch als Gemeinderat. Es könnte daher durchaus der Fall sein, dass der Gemeindepräsident wegen der Verstrickungen in diese Angelegenheit sein Amt zur Verfügung stellte oder stellen musste.

Höchstwahrscheinlich im Dezember 1906 muss die Abstimmung über einen künftigen Bahnhof stattgefunden haben. Wie turbulent es bei diesem Ereignis zu und her gegangen war, zeigt der Umstand, dass noch heute die verschiedensten Versionen

12 Gemeindearchiv Ausserberg (abgekürzt: GAA), Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «G1», S. 98-99.

13 Muehlbauer, Gene, Common Interest Associations, Intensification of Factionalism and New Leadership: Responses to Economic Change in a Swiss Alpine Community (Dissertation), Wisconsin-Milwaukee 1979 (abgekürzt: Muehlbauer), S. 65.

14 Int. 7A/096.

15 Vgl. Anmerkung 4.

16 Seiler-Joris, Elisabeth, Sozialer Wandel im Oberwallis in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Lizentiatsarbeit), Zürich 1979 (abgekürzt: Seiler-Joris), S. 31-35.

über den Ausgang der Abstimmung im Dorf kursieren. Gemeinsam ist allen, dass der Entscheid sehr knapp ausfiel und dass der Pfarrer sowie ein einflussreicher Bürger (je nach Version werden andere Personennamen genannt) massgeblich am Ausgang der Abstimmung beteiligt waren. Zum Teil wird auch von einer Fälschung des Resultates gesprochen, die offenbar der Pfarrer gemeinsam mit dem genannten Bürger bewerkstelligt haben soll. Bei dieser Lesart könnte es sich aber durchaus um ein Gerücht handeln, das von den Unterlegenen in die Welt gesetzt worden war. Heute werden die angeblichen Fälscher durchwegs als klug vorausschauende Personen geschildert¹⁷.

Jedenfalls stand das Ergebnis zugunsten eines Bahnhofs zu Beginn des Jahres 1907 fest. Am 4. Januar wurde das Gesuch um Abänderung der Pläne, unterschrieben vom neuen Präsidenten so wie den Vorstehern der Nachbargemeinden, nach Bern gesandt. Dem Gesuch wurde wenig später entsprochen.

Am 12. Februar 1907 wurde mit den Bauarbeiten an der Südrampe (Strecke Goppenstein-Brig) begonnen. Im Sommer 1907 wurde von der EGL das nötige Terrain für eine Dienstbahn gemietet. Dazu sind einige Akten der Gemeinde Gründen erhalten. Aus ihnen lässt sich schliessen, dass trotz der Einsprachen aller Betroffenen, das Prozedere relativ reibungslos ablief: Zwischen der Eingabe der Einsprachen und der Schätzung der Grundstücke (Anwesenheit von Mietern und Vermietern) verstrich weniger als ein Monat¹⁸. Die Dienstbahn konnte im August 1908 in Betrieb genommen werden.

Völlig anders verhielt es sich bei den Expropriationen für das Trasse der Hauptbahn. Im Gegensatz zur Dienstbahn handelte es sich hier um Boden, der endgültig an die BLS abgetreten werden musste.

Schon im Vorfeld der eigentlichen Planaufgabe, die im August 1908 erfolgte, hatten Gemeinde und Privatbesitzer ihre Forderungen an die BLS formuliert. Es ging vor allem darum, dass bestehende Wege und Wasserfuhren auch während des Baus ungehindert benutzt werden konnten. Im weiteren sollte die Bahngesellschaft für etwaige Wegverlegungen und deren Unterhalt selber aufkommen. Ferner wurde verlangt, dass ein einheimischer Wächter auf Kosten der Baugesellschaft die Bauarbeiten beobachten sollte. Mit dieser Forderung wollte man allzu grossen Flurschäden durch Sprengungen, Erdverschiebungen usw. vorbeugen. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde von der Gemeinde Opposition gegen das Projekt einer Zufahrtsstrasse in der Nähe des Bahnhofs angemeldet.

Nach der Planaufgabe wurden die Forderungen im wesentlichen so belassen. Auffallend ist, dass sich zwischen dem 7. Juli 1908 (Eingabe der Forderungen von Gemeinde und Privaten vor der Planaufgabe) und dem 1. September 1908 (Eingabe der Einsprachenliste nach der Planaufgabe) erhebliche Veränderungen auf den Na-

17 Int. 1B/258-279; 4B/054-090; 7A/080-098; 9A/008-029; 11A/406-430.

18 GAA, Sign. «BLS», 1907 Plan und Schätzung.

menlisten der Einsprechenden ergaben. Die Zahl der einsprechenden Personen (Kollektiveinsprache mit Namenliste) verminderte sich um $\frac{2}{5}$, und von den restlichen $\frac{3}{5}$ waren die Hälfte neu hinzugekommene Namen. Von den Personen, die auf der Einsprachenliste vor der eigentlichen Planaufgabe eingetragen waren, blieben also bloss noch ca. 30% übrig¹⁹.

Über die Gründe dieser Rückzüge und Neueinträge können nur Vermutungen angestellt werden. Sicher haben viele Eigentümer erst bei der eigentlichen Planaufgabe erfahren, um was es eigentlich ging. Viele könnten, als sie einsahen, dass mit einer Einsprache nichts gegen die bevorstehende Enteignung zu unternehmen war, ihren Namen von der Liste gestrichen haben. Es könnte auch zutreffen, dass solche, die in der Zwischenzeit beim Bahnbau Arbeit gefunden hatten, nun auf eine Einsprache verzichteten.

Wie die BLS auf die Einsprachen und Forderungen reagierte, konnte ebenfalls nur sehr punktuell ermittelt werden. Fest steht, dass es in den folgenden Jahren immer wieder zu Differenzen zwischen Ausserbergern (Private, Geteilschaften, Gemeinde) und der BLS kam. So war in vielen Fällen der Schätzungspreis eines Grundstückes sehr umstritten. Teilweise wurde von den Eigentümern der vierfache Ertragswert des Bodens gefordert. Nachdem kantonale, später auch eidgenössische Behörden eingeschaltet wurden, konnte sich schliesslich der niedrigere Schätzungspreis der BLS durchsetzen²⁰.

Ein weiterer Zankapfel war die schon erwähnte Zufahrtsstrasse in der Nähe des Bahnhofs. Erst im Sommer 1910 zeichnete sich eine Lösung ab.

Im übrigen lassen auch Äusserungen des Expropriationskommissärs Hadorn auf ein recht gespanntes Verhandlungsklima schliessen. Ausserberg bezeichnete er als «renitente Gemeinde», und besonders schlecht weg kam bei ihm der Gemeindepräsident: «[...] es würde zu weit führen, wollte ich hier aufzählen, was für Bosheiten und Teufeleien dieser Spitzbube sowohl gegenüber dem Kommissär, wie namentlich auch gegenüber der Bauunternehmung getrieben hat [...]»²¹.

Eine endgültige Einigung über Expropriationsbeschwerden konnte erst 1921 erzielt werden²².

Während der Bauzeit gab zudem die Beschädigung von Kulturland immer wieder Anlass zu Auseinandersetzungen. Es wurde uns erzählt, dass beim Baubeginn im Sommer 1907 bepflanzte Gärten, die im Baustellenbereich lagen, rücksichtslos zugedeckt wurden²³. Von einer Interviewten hörten wir, dass ihr Vater angestellt

19 BA: A, Brief vom 7.7.1908 der Gemeinde Ausserberg an den Bundesrat; Brief vom 7.7.1908, Eingaben der Eigentümer an die Gemeinde Ausserberg; Brief vom 18.8.1908, Eingaben der Eigentümer an die Gemeinde Ausserberg; Einsprachenliste vom 1.9.1908.

20 *Belloncle*, S. 37.

21 BA: A, Brief vom 20.6.1910 von Expropriationskommissär Hadorn an die Direktion der BLS.

22 BA: A, Einsprachen aus der Gemeinde Ausserberg während der Planaufgabe vom 25.11.1920-15.12.1920, Protokoll zu Einsprachen (4.5.1921).

23 Int. 8A/639-658.

wurde, um Arbeiter vor Sprengungen zu warnen. Dieser habe aber schon nach einem Tag seinen Dienst quittiert. Als ihn seine Frau nach dem Grund gefragt und ihm dargelegt habe, wie nötig sie doch das Geld hätten, habe er geantwortet, dass er nicht mehr länger zusehen könne, wie durch Sprengen die umliegenden Obstgärten zerstört würden²⁴.

Noch nach Abschluss der Bauarbeiten musste die Gemeinde Ausserberg verschiedene Male wegen Schäden, die noch nicht beseitigt worden waren, bei der BLS vorstellig werden²⁵.

Diese laufenden Auseinandersetzungen bildeten gewissermassen die eine Seite der Beziehungen zwischen Ausserberg und EGL/BLS. Auf der andern Seite bot gerade der Bahnbau erstmals für etliche Einheimische die Möglichkeit, in nächster Nähe Geld zu verdienen.

Über die Zahl und die Zusammensetzung der Arbeiter aus Ausserberg, die auf den Baustellen eine Beschäftigung fanden, lässt sich kaum etwas Genaues sagen. Aus den Interviews geht hervor, dass es offenbar recht wenige, zum grössten Teil junge Arbeiter waren, und dass es recht schwierig war, überhaupt eine Anstellung zu bekommen. So wird von einem jungen Mann erzählt, der immer wieder auf der Baustelle erschien, obwohl man ihm sagte, er brauche nicht mehr zu kommen. Er ging solange hin, bis man ihn schliesslich doch anstellte. Dieser Arbeiter brachte es später bis zum Streckenwärter.

Ein anderer verstand es, sich schon während den Vermessungsarbeiten nützlich zu machen. Die Kenntnisse, die er sich dort aneignen konnte, sollten vor allem auch für den Strassenbau in Ausserberg während den 1920er und 1930er Jahren von grossem Nutzen sein. Noch zu dieser Zeit war er der einzige, der ein Nivellierungsinstrument handhaben konnte.

Es wird auch von Jugendlichen berichtet, die sich zunächst ohne Wissen der Eltern, an Sprengarbeiten beteiligten und die mit der Zeit als Arbeiter aufgenommen wurden²⁶.

Die Arbeitszeit betrug im Freien zehn Stunden, in den Tunnels acht.

Die Löhne waren für Ausserberger Verhältnisse mit Sicherheit überdurchschnittlich hoch. Ein Junge verdiente pro Tag schon Fr. 3.30 bis 3.60, ein Handlanger oder Erdarbeiter Fr. 4.- bis 4.40²⁷. Im Gegensatz dazu erhielt ein Handlanger 1935 bei einem Hausbau in Ausserberg nur Fr. 2.- bis Fr. 2.20 pro Tag²⁸.

Bei Unfall oder Krankheit waren die Arbeiter einigermassen abgesichert. Die Unternehmung hatte für jeden Angestellten eine obligatorische Versicherung (ge-

24 Int. 7A/001-026.

25 Reklamationen der Gemeinde Ausserberg an die Adresse der BLS erfolgten 1915, 1920 und 1922. GAA, Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. R8 1909-[1945], S. 14, 69, 103.

26 Int. 1A/086-093; 3A/148-188; 8A/608-623.

27 *Andreae*, S. 203.

28 Int. 4B/464-477; 1A/193-197; 7B/116.

spiesen durch einen Lohnabzug von 2% des Monatslohnes) eingerichtet. Weit wichtiger war, dass beim Bau der Lötschbergbahn erstmals das Eisenbahnhaftpflichtgesetz von 1905 zum Tragen kam. Bis dahin konnte durch den Geschädigten bloss eine Entschädigung von höchstens Fr. 6000.- vom Arbeitgeber (hier EGL) eingefordert werden, sofern der Unternehmung keine Schuld nachgewiesen werden konnte. Nun aber konnte die Konzessionsinhaberin einer Eisenbahn (hier BLS) für den gesamthaften Schaden belangt werden.

Während der Bauzeit von 1906-1913 gab es verschiedene Bauunterbrüche. Schwerstwiegend war der von 1909. Der Auslöser war ein Einbruch im Lötschberg-tunnel, der 25 Menschenleben forderte. Aufgrund falscher geologischer Berechnungen war man beim Tunnelvortrieb auf der Nordseite direkt in die Sedimente des darüberliegenden Gasterntales gestossen. Es ging nun darum, ob die BLS oder die EGL für die Genugtuungssumme an die Hinterbliebenen der verunglückten Arbeiter aufzukommen hatte. Gleichzeitig entbrannte ein heftiger Streit um die künftige Linienführung des Tunnels. Die EGL wollte die Gefahrenstelle in einer Schlaufe umfahren, während die BLS für die Durchquerung der Sedimentschicht eintrat. Doch diese Differenzen waren gewissermassen nur die Spitze des Eisberges. Wie schon angetönt wurde, barg der Vertrag von 1906 zwischen EGL und BLS einigen Konfliktstoff. Nachdem der Bau der Dienstbahn gezeigt hatte, mit welchen Schwierigkeiten für die Erstellung der Hauptbahn zu rechnen war, wurde die Summe von 74 Mio. Franken von der EGL als illusorisch angesehen. Die Forderungen des Bundes, das Trasse für einen späteren Doppelspurausbau vorzubereiten, sowie das Erstellen eines doppelspurigen Lötschbergtunnels, verteuerten den Bau noch beträchtlich. Wegen des zum voraus festgelegten Preises war es zudem der BLS nur bedingt möglich, Abänderungen und Verbesserungen ins Projekt einzubringen, da die EGL verständlicherweise an einer möglichst kostengünstigen Ausführung gelegen war. Die Lage spitzte sich nach dem Tunnelunglück dermassen zu, dass die EGL 1909 die Arbeiten bis auf wenige Ausnahmen gänzlich einstellte.

Über die Abfindungssumme für die Hinterbliebenen wie über die Linienführung des Lötschbergtunnels konnte schon im Januar 1909 eine Lösung gefunden werden. Die weiteren Probleme konnten erst im Januar 1910 durch einen Zusatzvertrag bereinigt werden²⁹

Die Auswirkungen dieses Unterbruchs auf die Arbeiterschaft lassen sich bloss erahnen. In keiner Abhandlung über die Baugeschichte der Lötschbergbahn wird auch nur eine Zeile darüber verloren.

Bei den Einheimischen dürfte die Arbeitsstillegung nicht so grosse Probleme geschaffen haben. Die Landwirtschaft bot sich immer noch als Ausweichmöglichkeit an. Schwieriger dürfte es für die Fremdarbeiter gewesen sein, speziell für diejenigen, die ihre Familien mitgebracht hatten. Für den Raum Ausserberg äussert sich dies

29 Andreae, S. 119-122; Belloncle, S. 44-45, 52-53.

einzig in einer auffallend niedrigen Rate ausländischer Geburten während dieser Unterbruchszeit. 1909 wurde nur gerade ein ausländisches Kind geboren, während es 1908 noch fünf waren und 1910 elf (!). Es scheint also, dass die unsichere Arbeitslage sich auf die Geburtsrate ausgewirkt hat. Dies dürfte umso mehr zutreffen als im gleichen Zeitraum die Geburtenzahl der einheimischen Bevölkerung kaum grösseren Schwankungen unterworfen war³⁰.

Die übrigen Arbeitsunterbrüche fielen wegen ihrer kurzen Dauer, aber auch wegen ihrer lokalen Begrenzung, kaum ins Gewicht. Mit Ausnahme des Jahres 1909 bestand also für Ausserberger, wenn auch für relativ wenige, die Gelegenheit, in der näheren Umgebung Arbeit zu recht guten Bedingungen zu finden.

Der Bahnbau brachte der Gemeinde Ausserberg zudem Steuereinnahmen. Besonders die Einnahmen aus Wirtschaftsbewilligungen machten einen erklecklichen Betrag aus³¹.

Die Vorteile, die der Bevölkerung von Ausserberg aus dem Erstellen der Bahn erwachsen, waren also durchwegs finanzieller Natur. Nachteile erwachsen aus dem Zusammenprall von Interessen der Bau- bzw. Bahnleitung mit denen der traditionellen Selbstversorgungswirtschaft. Trotz der Auseinandersetzungen, die es besonders 1910 noch zwischen der Gemeinde Ausserberg und der BLS gab, darf man schliessen, dass sich das Verhältnis zwischen den beiden Parteien zusehens entspannte.

Dass der Mehrheit der Bevölkerung positiv zur Bahn eingestellt war, zeigte sich 1913 bei den Eröffnungsfeierlichkeiten. Mit Gemeindefahne, Tambouren und Pfeifen und im Sonntagskleid zog man hinunter zur Station, um den ersten Zug zu begrüßen³².

30 Zivilstandsamt Visp (abgekürzt: ZAV), Geburtenregister Ausserberg (abgekürzt: GrA), Bd. III (1907-29.7.1915), S. 1-84.

31 GAA, Rechnungsbuch der Gemeinde, Sign. "R7", S.334-346:

Einnahmen aus Wirtschaften		Einnahmen der Gemeinde (Total)
1907 «Strafen und Erlaubnisse der Wirtschaften»	220.50 Fr.	1109.73 Fr.
1908 «Industrie und Wirtschaften»	89.65 Fr.	970.33 Fr.
1909 «Industrie und Erlaubnisse der Wirtschaften»	567.69 Fr.	4189.56 Fr.
1910 «Steuern, Strafen, Erlaubnisse, Tanzgeld der Wirtschaften und Arbeiter»	2642.40 Fr.	5826.05 Fr.
1911 «Steuern, Strafen, Tanzgeld der Wirtschaften»	3954.90 Fr.	5793.28 Fr.
1912 «Industrie der Wirtschaften, Tanzbe- willigung, und Bewilligung»	2375.00 Fr.	5262.28 Fr.
1913 «Steuern der Wirtschaften und Magazine»	165.00 Fr.	3246.05 Fr.

32 Int. 6A/429-446; 7A/026. Stebler F.G., Sonnige Halden am Lötschberg, Beilage zum Jahrbauch des S.A.C., B XLIX, Zürich 1914, S. 11.

1.1.2. Die Gastarbeiter

Die Arbeiterschaft der EGL setzte sich zum weitaus grössten Teil aus Italienern zusammen³³. Was das Gebiet von Ausserberg anbelangt, waren es, nach den Interviews zu schliessen, ohne Ausnahme Leute italienischer Herkunft, die dort zeitweise Wohnsitz nahmen³⁴.

Als Unterkunft dienten in erster Linie Baracken, die entlang der Baustelle im Spätsommer 1907 aufgerichtet wurden. In der Umgebung von Ausserberg und Gründen entstanden mindestens drei solcher Barackensiedlungen mit Kantinen. Viele bezogen aber auch alte, leerstehende Häuser. Besonders in Weilern, in der Nähe der künftigen Bahnlinie gelegen, waren alle Häuser bewohnt. Nahezu alle Interviewten sprachen davon, dass während dieser Zeit auch Häuser, deren Zustand zu wünschen übrig liess, von ausländischen Leuten belegt waren. Die Fremdarbeiter seien halt nicht so anspruchsvoll gewesen³⁵.

Die einheimische Bevölkerung verhielt sich gegenüber den Zugezogenen eher zurückhaltend. Das Misstrauen, das wohl der Mehrheit der Einheimischen gegen die Fremden hegte, musste zu einer gewissen Distanz führen. Beispielsweise galten die Italiener als besonders verführerisch. Es gab daher etliche Väter und Mütter in Ausserberg, die um die Keuschheit ihrer Töchter bangten. Im weiteren wurden die Italiener als recht hitzige Gesellen angesehen. So soll es hin und wieder Handel zwischen den Arbeitern gegeben haben. Übereinstimmend berichteten aber alle Interviewten, dass es, soweit sie sich erinnern könnten, nie zu einem Streit zwischen Einheimischen und Ausländern gekommen sei. Es ist aber ebenso bezeichnend, dass die Befragten meist in einem eher abwertenden Ton über italienische Frauen und Männer sprachen. Statt «Italiener» fiel meistens das Wort «Tschingge» oder «Piang-gini»³⁶.

Trotz der verschiedenartigsten Hindernisse kam es zu einigen Kontakten; diese waren jedoch eher Ausnahmen. Nur gerade ein Informant konnte näher darüber Auskunft geben. Dieser erzählte uns von seiner Schwester, die bei den Italienerkindern etwas Italienisch gelernt hatte und sich dann als Dolmetscherin zwischen ihrer Mutter und den Italienerfrauen betätigte. Im übrigen hätten sich Ausserberger Frauen und Italienerinnen gut verstanden. Auch zwischen einheimischen und ausländischen Kindern habe ein gutes Verhältnis geherrscht³⁷. Die Aussagen werden jedoch durch den Umstand eingeschränkt, dass die Familie des besagten Interviewten während

33 Bratschi, S. 89, Belloncle, S. 41.

34 In allen Interviews werden ausnahmslos Personen italienischer Herkunft erwähnt. Aus den Zivilstandsakten ergibt sich aber, dass neben Italienern und Italienerinnen mindestens noch eine deutsche und eine österreichische Frau, jeweils mit Kind, anwesend waren. ZAV; GrA, Bd. III (1907-29.7.1915) S. 46 und S. 57; Bd. IV (29.7.1915-1.1.1930), S. 3.

35 Int. 1B/279; 6A/450-465; 7A/050; 8B/432-439.

36 Int. 1B/279-369; 4B/013-041; 6A/469-490; 7A/059; 8B/432-501.

37 Int. 8B/432-501.

des Lötschbergbaus ausserhalb des Dorfes in einem der Weiler wohnte, wo sich ausländische Personen einquartiert hatten.

Von den andern Befragten wurde, wenn sie sich an die Zeit des Bahnbaus erinnern konnten, auf die Waren hingewiesen, die die Ausländer und Ausländerinnen mitgebracht hatten. Die Italienerkinder wurden beispielsweise um die schönen Röckchen beneidet. Eine Interviewte hatte bei einer italienischen Familie zum ersten Mal Makkaronen gesehen. Auch die Sardinien scheinen über diese Leute ihren Weg nach Ausserberg gefunden zu haben.

In diesem Zusammenhang muss der kleine Laden erwähnt werden, der seit dem Bahnbau von einem Italiener betrieben wurde. Erstmals war es der einheimischen Bevölkerung möglich, in nächster Nähe ihres Dorfes Produkte zu kaufen, wofür bislang ein einstündiger Weg nach Visp oder Raron notwendig war. Freilich, die Bedeutung des Ladens darf nicht überschätzt werden. Als Verkaufsfläche diente eine kleine Baracke, die nur ein sehr beschränktes Warenangebot zuliess³⁸. Wichtig ist aber, dass die Ausserberger Bevölkerung mit den Vorteilen, die ein Laden im eigenen Dorf mit sich brachte, bekannt gemacht wurden. So hatte die Existenz dieses Ladens, welcher nach Abschluss der Bauarbeiten wieder verschwand, sicher massgeblich zur Gründung eines Konsumvereines in den nachfolgenden Jahren (spätestens ab 1916) beigetragen.

Wie bedeutend die ausländische Einwohnerschaft während des Bahnbaus war, zeigen auf eindrückliche Weise die Bevölkerungsstatistik und die Zivilstandsakten. Nach der eidgenössischen Volkszählung von 1910 betrug die Wohnbevölkerung von Ausserberg 1097 Personen (1900: 430). Davon stammten mehr als die Hälfte aus dem Ausland³⁹. Einige von diesen waren mitsamt Familie hier. So nahmen von 1907 an die Geburten ausländischer Kinder in Ausserberg stetig zu. 1907 war es noch eine Geburt (auf insgesamt 22 Geburten), 1910 waren es 11 (auf 28 Geburten). Mit dem Abschluss der Bauarbeiten anfangs 1913 zog beinahe die ganze ausländische Arbeiterschaft wieder weg. Ganz deutlich zeigt sich dies wieder im Geburtsregister: wurden 1911 noch 7 ausländische Kinder in Ausserberg geboren und waren es 1912 noch 6, so wurden für 1913 gar keine mehr aufgeführt⁴⁰.

1.1.3. Die BLS als Arbeitgeberin

Nach Vollendung der Bahn wurden auch einige Arbeiter aus Ausserberg bei der BLS fest angestellt. Über deren Zahl lassen sich von den schriftlichen Quellen her nur sehr wage Aussagen machen. Immerhin lassen sich aus dem Gesamtarbeiterbe-

38 Int. 1B/289; 6A/491.

39 Eidg. Stat. Amt, Stat. Quellenwerk der Schweiz, Heft 467, Angaben der Gemeinde.

40 Vgl. Anm. 28.

stand der BLS einige Schlüsse ziehen, die mit Sicherheit auch für die Ausserberger Arbeiterschaft Geltung hatten.

Bei *Fritz Volmar*⁴¹ wird der Personenbestand der BLS so unterteilt: allgemeine Verwaltung, Unterhalt und Bewachung der Bahn, Stationsdienst und Zugsbegleitung, Fahr- und Werkstättendienst, Leitungsdienst, Dampfschiff (die dort Beschäftigten leisteten je nach Bedarf auch bei der Bahn Dienst) und Saisonarbeiter; bei den Saisonarbeitern wurde nicht weiter nach Bereichen aufgeteilt. Es handelt sich hier um solche Personen, die in keinem festen Anstellungsverhältnis mit der Bahn standen.

Es darf angenommen werden, dass in unserem Untersuchungszeitraum Ausserberger nur in den Sparten «Unterhalt und Bewachung der Bahn» und «Saisonarbeiter» tätig waren. Wo Berufsangaben in den Zivilstandsakten gemacht wurden, tauchen nur Bahnangestellte sowie zwei Bahnwärter und ein Weichenwärter (dieser erst nach 1933) auf⁴². Die Berufe in andern Sparten verlangten eine gewisse Vorbildung, die wohl kaum einer der Ausserberger mitbrachte. Anspruchsvollere Posten, so auch der des Stationsvorstandes in Ausserberg, wurden grösstenteils mit Bernern besetzt. Nicht allein die zum Teil fehlende Ausbildung auf Walliser Seite war für diesen Umstand verantwortlich. Die BLS befand sich grösstenteils in bernischen Händen, und zudem waren Verwaltung und Reparaturwerkstätten im Kanton Bern angesiedelt.

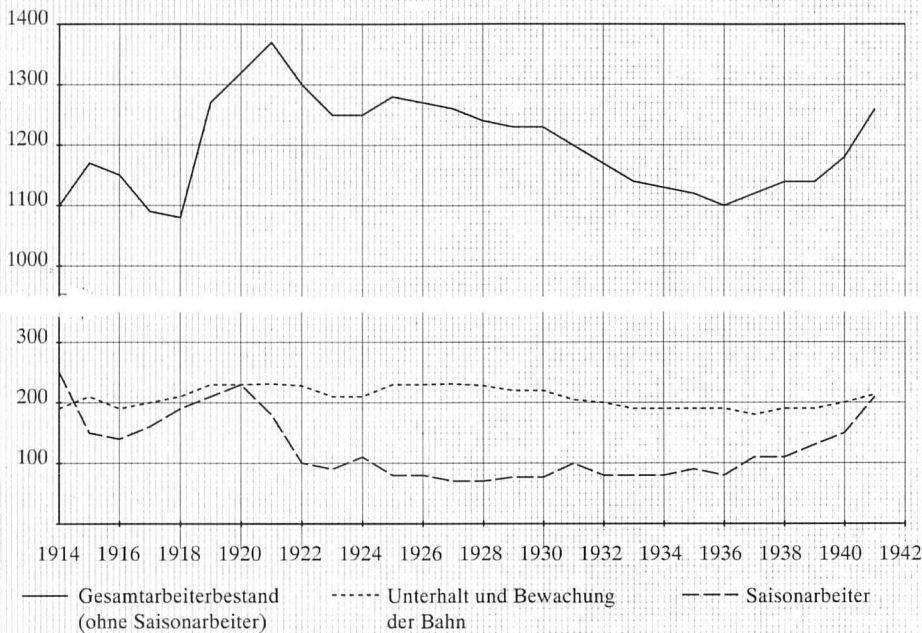
Für die folgenden Tabellen I und III haben wir demzufolge die Sparten «Unterhalt und Bewachung der Bahn» und «Saisonarbeiter» herausgegriffen sowie die Gesamtarbeiterzahl (exklusive die Saisonarbeiter).

41 *Volmar Fritz*, Die Lötschbergbahn 1913-1941, Teil II, in: Schweiz. Beiträge zur Verkehrswissenschaft, Heft 8, Bern 1942 (abgekürzt: Volmar), S. 222-225.

42 ZAV; GrA, Bd. III-IV (1907-1952), Todesregister Ausserberg (1894-1952).

Anzahl Arbeiter

Tabelle I

**Betriebsrechnung**

¹ Ab 1948 neues Rechnungssystem; nur bedingt mit den Ergebnissen der Vorjahre vergleichbar

² Ab 1958 inkl. ordentliche Abschreibungen (1961 = 4,1 Mio Fr.); nicht vergleichbar mit den Ergebnissen der Vorjahre

³ Strecke Frutigen—Brig = 5 1/2 Betriebsmonate

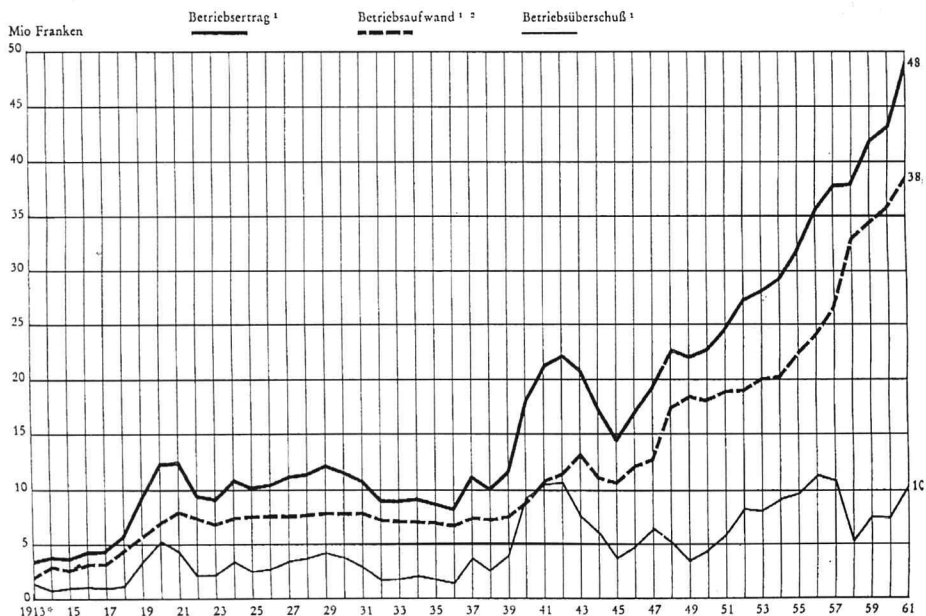


Tabelle II: Betriebsrechnung der BLS

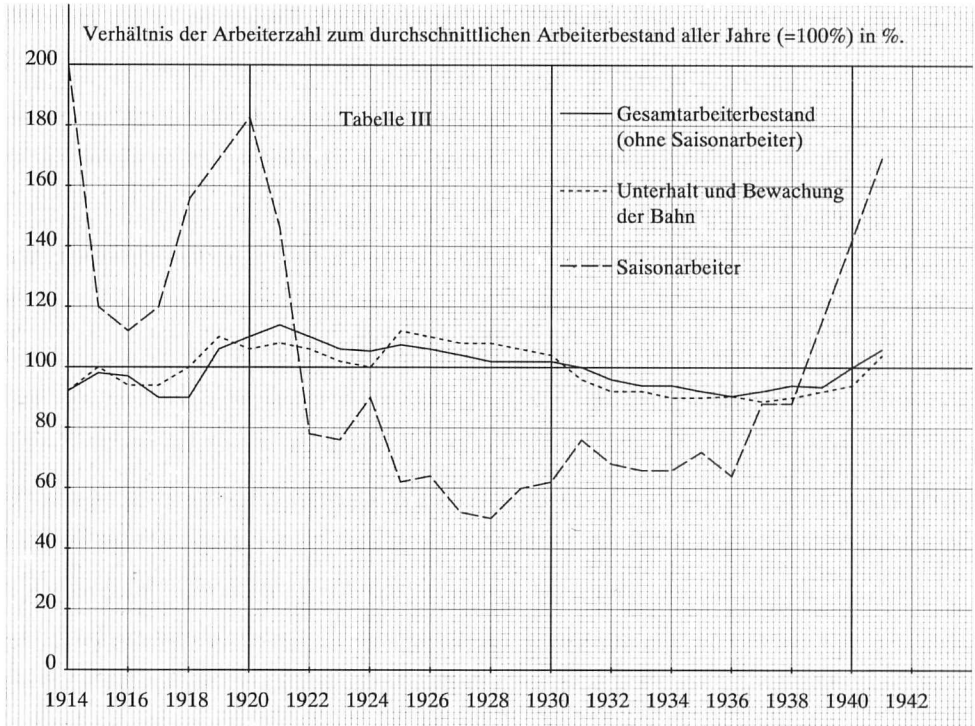


Tabelle I zeigt die Entwicklung dieser drei Bereiche von 1914 bis 1941 in absoluten Zahlen, Tabelle III in relativen Zahlen⁴³. Uns soll hier vor allem die Tabelle III interessieren. Da in ihr alle drei Bereiche eine gemeinsame Basis (Mittelwert aus den Arbeiterbeständen aller Jahre von 1914-1941) haben, lassen sie sich untereinander vergleichen.

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Sparten «Unterhalt und Bewachung der Bahn» und «Gesamtarbeiterbestand» relativ kleinen Schwankungen ausgesetzt sind, während bei den Saisonarbeitern massive Differenzen auftreten. Der Saisonarbeiterbestand reagierte auf Krisenjahre aber auch auf konjunkturelle Erholungsphasen empfindlicher und in der Regel früher als die zwei andern Bereiche. Daraus zeigt sich, dass die Saisonarbeiter der Bahnleitung als vorzügliches Mittel dienten, um den Personalbestand der jeweiligen Wirtschaftslage anzupassen. Besonders klar kommt dies zum Ausdruck, wenn man die Kurve der Saisonarbeiter (Tab. III) mit der der Betriebsüberschüsse (zeigen sie doch zu einem gewissen Grad die Wirtschaftssitua-

43 Die relativen Zahlen wurden folgendermassen ermittelt: zunächst wurde ein Mittelwert (M) jeder Spalte ermittelt nach der Formel: $M = \text{Summe der Personen aller Jahre} / \text{Anzahl Jahre (1914 - 1941)}$. M wurde als 100% angenommen. Danach wurde für jedes Jahr der % - Anteil an diesem M errechnet. Bei den absoluten Zahlen werden die Schwankungen des Gesamtarbeiterbestandes gegenüber den beiden andern Sparten «Unterhalt und Bewachung der Bahn» und «Saisonarbeiter» überbewertet.

tion der Unternehmung) in Tabelle II vergleicht. Die Spitzen wie die Niederungen der Kurven decken sich weitgehend⁴⁴.

Die ausgleichende Wirkung der Saisonarbeiter dürfte daher wesentlich zur relativen Stabilität des Personalbestandes, insbesondere im Bereich «Unterhalt und Bewachung der Bahn», beigetragen haben, da gerade in dieser Sparte viele Arbeiten auch von Saisonarbeitern ausgeführt werden konnten. Für Saisonarbeiter konnte somit eine Beschäftigung bei der Bahn nie mehr als eine nebenberufliche Tätigkeit sein. Für die Verhältnisse in Ausserberg würde dies bedeuten, dass Saisonarbeiter nach wie vor auf einen Landwirtschaftsbetrieb als Lebensgrundlage angewiesen waren. In keinem der Interviews wird unterschieden zwischen Saisonarbeitern und Festangestellten. Die Rede ist nur von Bahnarbeitern. Wenigstens bei denen, deren Tätigkeit besonders erwähnt wird, handelt es sich mit Sicherheit um Festangestellte, da dies weitgehend durch die Zivilstandsakten bestätigt wurde. Aus ebendiesen mündlichen Befragungen geht hervor, dass bei der BLS in der Regel weniger Arbeiter als bei der Lonza AG beschäftigt wurden, und dass die Tätigkeit bei der BLS begehrter war als die bei der Lonza AG. Beziehungen waren daher oft ausschlaggebend, um bei der Bahn eine Stelle zu finden. Ganz offenkundig zeigt sich dies in einem Fall, wo zunächst einer bei der Bahn angestellt war, der schon während des Baues dort tätig war. In den 20er Jahren arbeitete sich dieser bis zum Bahnwärter empor. Anfangs der 30er Jahre wurden dann nacheinander auch zwei seiner Brüder als Bahnarbeiter angestellt⁴⁵.

Bei der Bahneröffnung galt für das Personal noch der 12-Stunden-Tag. Anders als bei den Bundesbahnen (Bundesgesetz von 1902: 11-Stunden-Tag inkl. gesetzlich gesicherte Ruhetage und Ferien) galt für die Privatbahnen noch ein Gesetz von 1890. Erst das Arbeitszeitgesetz von 1920 brachte eine Änderung: Die Arbeitszeit betrug nun 8 Stunden pro Tag oder bis zu 9 Std./Tag für «Dienste, die "reichliche Zeiten blosser Dienstbereitschaft" [aufweisen]». Jeder Arbeiter hatte nun ein Recht auf 56 Ruhetage pro Jahr und 1-4 Wochen (= 6-24 Arbeitstage) Ferien. Der Haken lag aber darin, dass das Post- und Eisenbahndepartement bei besonderen Verhältnissen, u.a. schlechter finanzieller Lage des Unternehmens, Ausnahmen bewilligen konnte. Der BLS wurden verschiedentlich derartige Sonderbewilligungen erteilt. Das Gesetz vom 6. März 1920 erfuhr bis 1957 keine Änderung⁴⁶.

Bei den Löhnen lassen sich ebenfalls nur allgemeine Tendenzen beschreiben, da auch hier detailliertes Quellenmaterial fehlt. Eine erste Gehaltsverordnung wurde 1913 in Kraft gesetzt. Doch mit Ausbruch des 1. Weltkrieges änderte sich die Lage schlagartig. Das Verkehrsvolumen und damit die Einnahmen der BLS schrumpften

44 Die wesentlichste Ausnahme bildet 1929. Trotz des Umstands, dass die Betriebsüberschüsse schon ab diesem Jahr zurückgehen, nimmt die Zahl der Saisonarbeiter erst nach 1931 ab. Das von uns gesammelte Quellenmaterial konnte uns über diese Abweichung keine plausible Erklärung liefern.

45 Int. 6A/281-288; ZAV; GrA, Bd. IV (29.7.1915-1.1.1930), S. 12-129; Bd. V (1.1.1930-1.1.1952), S. 2-137.

46 Bratschi, S. 177.

zusammen. Einsparungen sollten vor allem im Bereich der Löhne während der Aktivdienstzeit erfolgen. So fasste der BLS-Verwaltungsrat am 16. Dezember 1914 folgenden Beschluss: «In Berücksichtigung der andauernd gespannten internationalen Lage und der ungünstigen Rückwirkung auf die Verkehrs- sowie finanziellen Verhältnisse des Unternehmens wird beschlossen: Sämtliche auf den 1. Januar 1915 oder im Laufe des Jahres 1915 fällig werdenden Lohnerhöhungen werden auf unbestimmte Zeit sistiert». Im weiteren mussten die Angestellten wegen des Aktivdienstes drastische Gehaltskürzungen in Kauf nehmen⁴⁷.

Die Situation besserte sich erst ab März 1916. Die Lohnerhöhungen wurden nun wieder voll entrichtet. 1917 wurden auch die 1915 sistierten Gehaltserhöhungen ausbezahlt.

Eine tiefgreifende Veränderung erfuhr das Lohnwesen 1922 im Zuge von Sanierungsbestrebungen. Als 1920 eine neue Gehaltsordnung aufgestellt wurde, lag der Landesindex der Lebenshaltungskosten noch bei 224 Punkten. Zwei Jahre später war er auf 164 Punkte abgesunken. Dieser Umstand diente dann auch weitgehend als Begründung für Lohnsenkungen. Die Gehaltssenkungen wie auch die angestrebte Erhöhung der Kluft zwischen höheren und niedrigeren Löhnen entfachte den Widerstand der Arbeiterschaft. Eine Einigung konnte erst nach zähen Verhandlungen erzielt werden. Die Lohnkürzungen erfolgten nun gestaffelt zwischen 1922 und 1924. Weitere Gehaltsreduktionen mussten die Arbeiter 1934 und 1936 hinnehmen, doch fielen diese weit weniger hart aus als diejenigen der frühen 20er Jahre. Auch hier wurden die Massnahmen mit dem Absinken des Landesindexes für Lebenshaltungskosten und mit der schlechten Finanzsituation der Unternehmung begründet⁴⁸. Trotz der verschiedenen Lohnreduktionen waren aber, nach einer mündlichen Aussage, die Arbeiter der BLS besser bezahlt als die der Lonza AG⁴⁹.

Innerhalb des Dorfes waren die Bahnarbeiter wie die Lonza-Arbeiter ein wenig besser gestellt als die übrigen. Sie hatten Bargeld zur Verfügung, was in Ausserberg in den 30er Jahren, grösstenteils auch noch bis in die Nachkriegsjahre hinein, eine Rarität blieb.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass sämtliche Bahnarbeiter, also auch die Festangestellten, gleich den Lonza-Arbeitern noch in der Landwirtschaft tätig waren. Dies führte zu einer beträchtlichen Mehrbelastung. Nur einige festangestellte Arbeiter konnten diese mildern, indem sie zeitweise, besonders für die Feldarbeit, Tagelöhner aus dem Dorf anheuerten und diese nach getaner Arbeit bar ausbezahlten. Bei denjenigen, die sich so etwas nicht oder nur zu einem kleinen Teil leisten konnten, musste wohl oder übel die Familie und dabei speziell die Frau härter anpacken.

47 Volmar, S.230.

48 Bratschi, S. 178-184.

49 Int. 1A/255-261.

Im Gegensatz zur Fabrik waren Stellen bei der BLS von Anfang an gut angesehen. Dank Vergünstigungen war zudem das Reisen lange weitgehend ein Privileg für Bahnarbeiter und deren Angehörige⁵⁰.

1.1.4. Abschliessende Bemerkungen

Der Bahnbau drang in ein System ein, das vorher zum grössten Teil autark funktionierte. Er beanspruchte Boden und Leute; beides stand bis dahin der Substanzwirtschaft zur Verfügung. Zudem wurde durch die Bahn ein Netz von Wegen und Wasserleitungen, das über Jahrhunderte hinweg kontinuierlich den Bedürfnissen der Bewohnerschaft angepasst wurde, erheblich abgeändert. Die BLS bot im weiteren denjenigen, die sich nur teilweise auf ihre Landwirtschaft abstützen konnten, Lohnarbeit an, die es einem Teil dieser Personen gestattete, innerhalb der Dorfhierarchie aufzusteigen. Darüber hinaus schuf die Bahn die Möglichkeit einer vermehrten Zuwanderung, was die Machtstruktur im Dorf noch zusätzlich umkrempeln konnte.

Es darf daher nicht erstaunen, dass gerade die konservativen Kreise im Dorf, vor allem wohl die Vollbauern, die auf keinen weiteren Verdienst angewiesen waren und sich grösstenteils mit der dörflichen Elite deckten, den Bahnbau als Bedrohung sahen. Die Bahnhofabstimmung von Ende 1906 bildete den Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen konservativen und eher progressiven Kräften. Die Fortschrittlicheren konnten sich zwar durchsetzen, dies sollte aber nicht heissen, dass die Gemeinde in Zukunft das Bauprojekt der BLS tatkräftig unterstützte. Es darf nicht vergessen werden, dass auch diejenigen, die etwas fortschrittlicher dachten, zu einem mehr oder weniger grossen Anteil in der Landwirtschaft tätig waren. Trotz der Zustimmung zum Bahnhof, wurde daher gegen Vorhaben, die traditionelle Strukturen stark tangierten, (etwa die Abänderung von Wegen, Wasserfuhren und Holzschleifen, aber auch Expropriationen und deren Entschädigungen), heftig opponiert.

Je mehr die Bahn ihrer Vollendung entgegen strebte, desto mehr rückten aber die Vorteile für die Gemeinde (Steuern und andere Abgaben) wie für wenigstens einen Teil der Privatpersonen (Lohnarbeit) in den Vordergrund. Ausserberg begann von der Bahn zu profitieren. Dies sollte sich auch nach der Betriebseröffnung nicht mehr ändern.

Die BLS gewann als Transportmittel fürs Dorf zusehends an Bedeutung. Besonders ins Gewicht fiel, dass der Viehhandel mit dem Berner Oberland nun mit der Bahn getätigt werden konnte. Zuvor musste das Vieh noch zu Fuss über die Gemmi getrieben werden⁵¹. Als neue Nebenerwerbsquelle konnte sich zudem der Kräuter-

50 Int. 1A/261-279; 7A/131-140.

51 Int. 12B/071-086.

verkauf (Kräuter wurden nicht angebaut, sondern wildwachsende gepflückt) in den Kanton Bern und in andere Kantone etablieren⁵². Die Bahn als Reisemittel wurde von der einheimischen Bewohnerschaft bis nach dem 2. Weltkrieg recht wenig benutzt. Die meisten hatten kein Geld dazu. Es gab aber Leute, die in verschiedenen Orten der Schweiz während der Sommersaison im Gastgewerbe tätig waren oder solche, die auf ausserkantonalen Baustellen arbeiteten⁵³. Diesen bedeutete die Bahn vor der Haustür zweifellos eine willkommene Weg- und Zeitersparnis. Die BLS legte somit einen ersten wichtigen Grundstein für den Wandel: weg von der Subsistenzwirtschaft hin zur Konsumwirtschaft.

2. Die Lonzaarbeiter von Ausserberg

2.1. Zum Quellenmaterial

Das Material, das in diesem Kapitel verwendet wird, stammt aus Quellen ganz verschiedener Richtung und ist also von unterschiedlicher Qualität. Es reicht von einer detaillierten Personalkartei der Lonzawerke, über Rechnungsbücher der Gemeinde Ausserberg und Sekundärliteratur bis zu Interviews. Die einzelnen Grundlagen möchten wir vorerst noch nicht auf ihre Aussagekraft überprüfen, nur auf folgendes hinweisen:

Die Daten aus der Personalkartei der Lonzawerke⁵⁴ stimmen mit Angaben aus einer anderen Quelle oder weiterer Sekundärliteratur im grossen und ganzen überein. So erwähnt das Rechnungsbuch der Gemeinde Ausserberg ab 1917 die Lonzaarbeiter⁵⁵. *Zulliger* spricht von «etlichen» Ausserbergern, «die jeden Morgen in die elektrochemischen Fabriken der Lonza in Visp (wandern)»⁵⁶. Nur *Suters* Zahlen über die Arbeiter aus Ausserberg von 1945 stimmen nicht mit unseren Nachforschungen überein⁵⁷.

52 Int. 2B/306-338; 12B/148; 12B/169-188.

53 Int. 4A/045-051; 4A/107-110; 4A/675-696; 4B/000-008; 7B/206-287; 10A/190-231; 13B/049-077.

54 Lonzaarchiv Visp (LAV), Personalkartei, seit Beginn 1957, (Mikrofilm).

55 GAA, Rechnungsbuch der Gemeinde Ausserberg von 1896 bis 1918. 1917 heisst es: «Steuern der Gehälter v. den Arbeitern der Fabrik Visp 28050 a 5 (=) 140,25». 1918 heisst es: «Gehälter v. den Arbeitern d. Fabrik (=) 189,00».

56 *Hans Zulliger*, Ausserberg ein Walliser Gemeinwesen, Bern 1931, S.17.

57 *Karl Suter*, Bevölkerungsbewegung und wirtschaftliche Wandlung im Wallis, Brig 1947, S. 71, Tabelle 7 (siehe Anhang Tabelle 5). Suter zählte 30 Arbeiter aus Ausserberg, während wir vom selben Jahr (1945) Angaben von 35 Ganzjährigbeschäftigten und 9 Temporärbeschäftigten besitzen.

Vgl. auch *Gene Muehlbauer*, Common Interest Associations, Intensification of Factionalism and New Leadership: Responses to Economic Change in a Swiss Alpine Community, Wisconsin-Milwaukee 1979 (Dissertation), S.93. *Muehlbauer* übernimmt *Suters* Tabelle ungeprüft.

Was die Lonzaarbeiter aus Ausserberg betrifft, so stützen wir uns ausschliesslich auf die Personalkartei der Lonzawerke in Visp. Es ist anzunehmen, dass diese Kartei die präzisesten Angaben hergibt, nicht nur über Gesamtarbeiterzahl aus Ausserberg, sondern auch über genaue Ein- und Austrittsdaten⁵⁸.

Lediglich auf drei Personalbogen war das Arbeitsverhältnis speziell vermerkt. Das hatte Konsequenzen für die statistische Auswertung. Die Lonza beschäftigte Arbeiter/Hilfsarbeiter und Angestellte (vor allem Büroangestellte im Monatslohn). Da die Personalbogen keine Angaben über das Arbeitsverhältnis zwischen individuellem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber enthalten, schien es vorerst unmöglich, genauere Angaben über Arbeitsverhältnisse zu geben, ja wenig sinnvoll, eine Unterscheidung zu machen zwischen Teilzeitarbeit und Ganzzzeitarbeit, um auf das Arbeitsverhältnis schliessen zu können, es sei denn, man hätte Ganzzzeitarbeit in Verbindung gebracht mit dem Angestelltenverhältnis, was sich aber als Trugschluss erwiesen hätte.

Eine Statistik aus dem Jahre 1945⁵⁹ hat das Problem vereinfacht. Darin werden lediglich 30 Arbeiter (die Zahl erwies sich als falsch) aus Ausserberg belegt, aber keine Angestellten. Die Folge war, dass wir annahmen, im Zeitraum zwischen 1917 bis ca. 1950 seien die Ausserberger nur als Arbeiter in die Lonza gegangen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass Einzelne angestellt wurden. Wenn dem so ist, dann hätte das ganz bestimmt nur sehr wenige betroffen. Dass ausschliesslich das Arbeiterverhältnis dominierte, lässt sich auch daraus schliessen, dass, obwohl im Jahre 1945 die Zahl der Arbeiter aus Ausserberg ihren Höchststand erreicht hatte (vgl. Figur III), kein Angestelltenverhältnis ermittelt wurde für dieses Jahr. Pointiert könnte man schliessen: Nicht einmal in der Phase einer Hochkonjunktur werden aus Arbeitern Angestellte, geschweige denn in den Jahren einer Krise.

In der Folge handelt es sich demnach ausschliesslich um Arbeiter aus Ausserberg. Eine weitere Unterteilung in Arbeiter - Hilfsarbeiter war nicht möglich, wohl aber eine zeitliche Abstufung eines Arbeitsjahres (von jedem erfassten Arbeiter) in 3 verschiedene Einheiten: in ganzjährige Arbeitsverhältnisse und in 2 je zeitlich verschiedene teiljährliche Arbeitsverhältnisse. In Monateinheiten ausgedrückt.

Typ I: Die Arbeitsdauer pro Jahr beträgt 12 ganze Monate, ohne einen Unterbruch.

Typ II: Die Arbeitsdauer pro Jahr beträgt im Minimum 6 Monate, erreicht aber nicht 12 ganze Monate (durchschnittlicher Wert 9 Monate).

Typ III: Die Arbeitsdauer pro Jahr beträgt weniger als 6 Monate (durchschnittlicher Wert 3 Monate).

58 Siehe dazu das Beispiel im Anhang 3.

59 Siehe Fussnote 4.

Man könnte Typ II als «seasonal fulltime employment»⁶⁰, Typ III als «only parttime employment»⁶¹ bezeichnen. Genauso aber könnte Typ II (und eventuell Typ I) als «seasonal, but regular work»⁶² aufgefasst werden.

Wir verzichten jedoch auf die Begriffe «Saison», «Saisonarbeit», weil diese eine Regelmässigkeit oder Kontinuität suggerieren, was für unsere Untersuchung praktisch ausgeschlossen bleibt. Dafür verwenden wir für Typ II und Typ III die abgeschwächten Formen «saisonales Arbeitsverhältnis» (dh. ein Arbeitsverhältnis, das der Saisonarbeit nahe steht) oder «temporäres Arbeitsverhältnis» (temporär bezieht sich auf die Einheit eines Jahres, meint nicht jene Tätigkeit, die regelmässig, aber nur teilzeitlich, ausgeübt wird). Für Typ I gebrauchen wir die Wendung «ganzjähriges Arbeitsverhältnis» oder «Arbeit für ein ganzes, volles Jahr (ohne Unterbruch)».

2.2. Auswertung der Personalkartei (vgl. Fig. I und Tabelle 1 im Anhang)

2.2.1. Spezielle, auf den einzelnen Arbeiter zentrierte Auswertung.

Von den 70 einzelnen Lonzaarbeitern aus Ausserberg im Zeitraum zwischen 1917-1950 gibt es neun, bei denen lediglich in einem Jahr ein Arbeitsverhältnis mit der Lonza nachgewiesen werden kann (Tabelle 1, Zeile 7). Acht von diesen blieben sogar nicht länger als maximal sechs Monate. (Tab.1, Zeile 7 und 2).

Andere acht Arbeiter arbeiteten in je zwei verschiedenen Jahren in der Lonza (Zeile 7), drei davon wiederum weniger als maximal sechs Monate je Jahr (Zeile 7 und 2).

Zwei Arbeiter arbeiteten in je drei und zwei weitere Arbeiter in je vier verschiedenen Jahren in der Lonza (Zeile 7).

Von den insgesamt 21 erwähnten Arbeitern hatten lediglich drei die Möglichkeit, ein einzelnes, volles Jahr, ohne Unterbruch, in der Lonza zu arbeiten (Zeile 7 und 3).

Fünf Arbeiter hatten in je fünf verschiedenen Jahren jeweils verschiedene Arbeitsverhältnisse (Zeile 7).

60 Gene Muehlbauer, a.a.O., S. 96.

61 Ebd. S.96.

62 Ebd. S. 92.

Damit steht fest, dass 26 (von 70 Lonzaarbeitern) kein Arbeitsverhältnis mit der Lonza eingehen konnten, das über mehr als fünf Jahre verteilt gewesen wäre (Zeile 7).

Von den restlichen 44 Arbeitern konnten 43 mindestens ein ganzes Jahr ununterbrochen in der Fabrik arbeiten (Zeile 7 und 3). Zusammengerechnet aber arbeiteten über die Zeitspanne 1917 bis 1950 51 Arbeiter im Minimum ein einzelnes, volles Jahr in der Lonza (Zeile 3).

Bei einem 2-Ganzjahresparameter reduziert sich die Arbeiterzahl auf 47, bei einem 3-Ganzjahresparameter (resp. 4-Ganzjahresparameter) auf 45 (resp. auf 41). Also arbeiteten 37 mindestens fünf volle Jahre in der Lonza. 34 Arbeiter gingen gesamthaft gesehen mehr als fünf volle Jahre in die Lonza, dh. genauer:

Tabelle A

- 34 Arbeiter arbeiteten 6 ganze Jahre in der Lonza
- 31 Arbeiter arbeiteten 7 ganze Jahre in der Lonza
- 29 Arbeiter arbeiteten 8 ganze Jahre in der Lonza
- 24 Arbeiter arbeiteten 9 ganze Jahre in der Lonza
- 21 Arbeiter arbeiteten 10 ganze Jahre in der Lonza

Es bleiben 19 Arbeiter, die länger als 10 volle Jahre im Lonzabetrieb tätig waren. Von diesen 19 absolvierten 15 Arbeiter mehr als 15 Volljahre, und nur noch sechs Arbeiter arbeiteten 20 ganze Lonzajahre und mehr (Zeile 3).

Interessanter dürfte der Umstand sein, dass bei 26 von jenen 44 Arbeitern, die mehr als fünf Jahre in irgendeinem Arbeitsverhältnis zugebracht haben, das Arbeitsverhältnis für zwei oder mehrere Jahre unterbrochen wurde (Zeile 4).

Saisonale Arbeitsverhältnisse blieben keinem der 70 Arbeiter erspart ! (Zeile 1 und 2), dh. genauer: 70 Arbeiter leisteten über längere oder kürzere Zeit eine Art Saisonarbeit (oder z.T. Kurzeinsätze ?), und 30 davon mussten in ihrer Arbeitslaufbahn zusätzlich mindestens ein volles Jahr von der Arbeit fernbleiben (Zeile 4). Im Speziellen bedeutet das: In 25 Fällen war der Arbeitsunterbruch einmalig, in vier Fällen auf zwei und in einem Fall auf drei Perioden aufgeteilt (Zeile 5).

Nur 18 von den 44 oben besprochenen Arbeitern mussten nie für ein volles Jahr von der Fabrik fernbleiben, dafür aber Arbeitszeitverkürzungen (einige Monate pro Jahr) in Kauf nehmen (Zeile 4 und [1+ 2]).

Vergleicht man die 44 einzelnen Arbeiterleben als Ganzes, zählt man also Arbeitsjahre (Zeile 7) und die Jahre des Unterbruchs (Zeile 4) zusammen (Zeile 6), so stellt man fest (Zeile 8), dass in 26 von 44 Arbeitsleben die effektive Arbeitszeit mehr oder weniger deutlich unter die 100% des Gesamt von Arbeitsjahren und Unterbruchjahren liegt. (Bei 18 Arbeitern 100%). Bei sieben von diesen 26 Arbeitern beträgt die

Differenz zwischen effektiven Arbeitsjahren und Gesamtjahreszahl 50% oder weniger. Nur neun schaffen 80% und mehr (max. 92%).

Es ist zu beachten, dass «Arbeitsjahre» nicht einem vollen Jahr Arbeit gleichkommen müssen, dass «Arbeitsjahr» drei verschiedene Arbeitsverhältnisse meinen kann, nämlich zwei Arten von saisonaler oder temporärer Arbeit und das Arbeitsverhältnis, das ein volles Jahr dauert. Ein Beispiel: Eine Arbeiterkarriere zählt 31 Arbeitsjahre, aber 34 Gesamtjahre. Aufgeschlüsselt bedeutet das: In 31 Jahren konnte gearbeitet werden, während dessen drei Jahre ohne Arbeit ausfielen. Die 31 Arbeitsjahre können nun aber ganz verschieden gestaltet sein. Im Beispiel verhält es sich so: In 15 verschiedenen Jahren konnte nicht das volle Jahr gearbeitet werden. Während vier Jahren konnte nicht mehr als max. sechs Monate gearbeitet werden (Schnitt 3 Mt.), in 11 Jahren wurde mehr als sechs Monate, aber weniger als 12 Monate gearbeitet (Schnitt neun Mt.). Die restlichen Jahre waren volle Arbeitsjahre.

Der in Prozenten ausgedrückte Vergleich Arbeitsjahre/Gesamtjahre muss stets nach unten korrigiert werden, da alle Arbeiter mindestens in einem Arbeitsjahr nicht das volle Jahr arbeiten konnten. Genauere Zahlen dazu: Von 51 Arbeitern, die alle mindestens ein volles Jahr in der Lonza tätig waren, absolvierten zehn während ihren Arbeitsjahren (Zeile 7) gesamthaft mehr saisonale Arbeitsjahre (Zeile 9) als ganzjährliche Arbeitsjahre (Zeile 4/10), zwei genau so viele saisonale Arbeitsjahre wie Ganzjahresarbeitsjahre. Von den 39 restlichen konnten 21 über 70% (max. 92%) ihrer Arbeitsjahre in ganzjähriger Arbeit absolvieren (Zeile 11).

Beim Vergleich der beiden Arten von saisonaler Arbeit oder Temporärrarbeit fällt auf, dass von jenen 44 Arbeitern, die mehr als fünf Jahre in irgendeinem Arbeitsverhältnis gearbeitet haben, 12 nie weniger als sechs Monate (dafür also durchschnittlich neun Monate pro Jahr) zur Arbeit gingen (Zeile 2 und 1), sieben eine jeweils gleiche Anzahl Jahre, sowohl durchschnittlich drei wie neun Monate arbeiteten (Zeile 12) und mit einer Ausnahme alle übrigen 24 beide Arbeitstypen kannten.

15 (resp. $+ 12 = 27$) von 44 konnten mehr als 50% ihrer arbeitsreduzierten Jahre im Neun-Monatsverhältnis verbringen (Zeile 12). Neun (resp. $+ 1 = 10$) mussten mehr als 50% ihrer arbeitsreduzierten Jahre im Drei-Monatsverhältnis verbringen (Zeile 12).

2.2.2. Allgemeine Sichtweise

Arbeitsunterbrüche (Fig.I) und Arbeitszeitverkürzungen (Fig.II) fallen besonders in zwei Zeitabschnitte. Der erste Tiefpunkt beginnt 1919 und endet 1924. Den zweiten markanten Einschnitt bilden die Jahre 1930 bis 1938/39. In beiden Perioden liegen die meisten Arbeitsunterbrüche und wohl damit gekoppelt die Arbeitszeitverkürzungen. Eine dritte, schwächere Krise ohne Arbeitsunterbrüche, aber mit Arbeitszeitverkürzungen, bilden die Jahre 1948-1950 (Vgl. Fig.IV).

Konsequenterweise gingen in den Jahren 1919-1923 und 1930-1938, sowie 1948-1950 keine Neulinge in die Lonza, wohl aber Einzelne, sehr wenige, die vor den Krisen bereits im Betrieb gearbeitet hatten. Im allgemeinen aber wurde vielen Arbeitern in diesen Jahren gekündigt. Am radikalsten traf es jene Ausserberger, die vor 1919 bereits in der Lonza arbeiteten (Fig. I+ IV). Nur einer konnte während den Jahren 1920/21 jeweils weniger als sechs Monate arbeiten. 1922/23 ging niemand von Ausserberg in die Lonza. Ab 1924, mit dem Ende der Krise, gingen mit jenen, die vor 1920 in der Fabrik tätig waren und nun nach und nach wieder Arbeit erhielten, Ausserberger nach Visp, die zum ersten Mal mit der Lonza (mit Fabrikarbeit überhaupt?) konfrontiert wurden.

Im Gesamten erhielten im Jahr 1924 vierzehn Ausserberger bei der Lonza ein Arbeitsverhältnis (Fig. III). Von da weg, ob Krise oder nicht, sandte Ausserberg nie mehr weniger als 14 Arbeiter nach Visp.

Zwischen den Jahren 1924-1934/35, genauer 1927-1931, gingen gut doppelt soviele Ausserberger nach Visp wie in den Jahren 1924 und 1934-38 (Fig. II). Die weitaus grösste Anzahl der Arbeiter konnte in den Jahren 1927-1930 ganzjährig arbeiten (Fig. IV). Die Krise in den 30er Jahren (Beginn ca. 1931, Ende 1938) reduzierte die Arbeiterbelegschaft von Ausserberg allmählich bis auf den Stand von 1924 (14 Arbeiter). Es fällt aber auf, dass $\frac{2}{3}$ von denen, die noch arbeiten konnten, die Jahre 1936/37/38 voll durcharbeiten durften. (Fig. IV)

1939 schien die Krise überwunden, denn die Zahl der Arbeiter, darunter auch wieder Neulinge (5), nahm erneut zu, stieg von 14 auf 23. Dafür mussten vier Arbeiter, die 1938 Ganzjahresarbeit leisteten, 1939 Arbeitszeitverkürzungen in Kauf nehmen. 1940 jedoch arbeiteten diese wiederum das volle Jahr (Fig. I), genauso $\frac{2}{3}$ der gesamten Belegschaft von Ausserberg, was nun endgültig das Ende der Krise beweist.

Ab 1939 bis 1943 (bezw. 1945) nahm die Zahl der Arbeiter aus Ausserberg stetig zu (bezw. stagnierte), verminderte sich in den Nachkriegsjahren wenig, um dann 1949/50 erneut einen Tiefpunkt zu markieren (Fig. IV). Der Stand von 1949/50 erreichte nicht mehr jenen von 1940, lag knapp höher als jener im Aufschwungsjahr von 1939.

Wenn sich die verschiedenen Arbeitsverhältnisse (Ganzjahresarbeit/Saisonal- oder Temporärarbeit) in den Anfangsjahren in etwa die Waage hielten (Ausnahme 1927-32), so wird klar ersichtlich, dass ab 1940 die Ganzjahresarbeit dominierte (Fig. IV, Ausnahme 1948).

Im Zeitraum 1927 bis 1950 konnten (mit zwei Ausnahmen: 1935, 1939) stets jeweils neun Arbeiter ganzjährig arbeiten, ab 1940 bis 1950 jeweils mindestens 20.

Das temporäre oder saisonale Arbeitsverhältnis ist durch alle Jahre, in denen Ausserberger in die Lonza gingen, anzutreffen (Fig. IV).

Untersucht man alle saisonalen Arbeitsverhältnisse zwischen 1917-1950 detaillierter, dh. vergleicht man alle saisonalen Arbeitsjahre aller Arbeiter nach Eintritts-

resp. Austrittsdatum miteinander, so kann man damit versuchen, wichtige Fragen zu klären, nämlich: Basierte die Produktionsweise der Lonza auch auf Saisonarbeit? War die Lonza auf Saisoniers angewiesen? Wenn ja, stimmte der Zeitpunkt, in dem die Arbeitgeberin Saisoniers beschäftigen wollte, mit dem Zeitpunkt überein, in dem Arbeitnehmer (für Saisonarbeit) abkömmlich waren?

Um diesen Fragenkomplex beantworten zu können, muss vorerst einiges klargestellt werden: Der Arbeiter aus Ausserberg stammte aus einer Kultur, in der die «agropastorale Produktionsweise» herrschte⁶³, die das Prinzip der Selbstversorgung kannte. Der Arbeiter, der in die Lonza ging, war zuhause in Ausserberg Bauer oder sicherlich zusätzlich in der Landwirtschaft tätig. Das hatte zur Folge, dass die Zeitspanne von Frühling bis Herbst nicht geeignet war für Arbeiten ausserhalb des Landwirtschaftssektors. Für einen Bauern aus Ausserberg wären demnach nur die Wintermonate geeignet, um als Saisonier in der Lonza zu arbeiten. Die Lonzawerke wiederum, deren Produktion auch auf Wasserkraft (Strom) angewiesen war, hatten während der Winterperiode weniger Energie zur Verfügung, mussten also einzelne Produktionszweige drosseln oder sogar vorübergehend stilllegen⁶⁴. Folglich waren die Wintermonate für die Lonzawerke nicht die Zeit, in der man Arbeiter einstellte. Ganz im Gegenteil, man entliess Arbeiter während der Winterperiode, stellte erst im Frühling oder Sommer wieder welche ein.

Unsere Untersuchung zeigt nun folgendes (Fig. I): Wer zwischen 1917-1919 ein saisonales Arbeitsverhältnis bekommen hatte, der konnte (mit zwei Ausnahmen) in der Zeitspanne zwischen Oktober bis sicher Ende Februar arbeiten, also in jener Periode, in der im Landwirtschaftssektor am wenigsten Arbeit anfällt. 1924, nach vier Krisenjahren, begannen aber alle Arbeiter (14) zwischen den Monaten Mai-August. Drei davon arbeiteten die Wintermonate 1924/25 und das volle Jahr 1925 durch. Alle übrigen konnten die Wintermonate nicht durcharbeiten (dh. die Monate Januar, Februar 1925 arbeiten 8 nicht, oder zeitlich weitergefasst: die Monate Januar - Ende April arbeiten 9 nicht, die im Sommer 1924 arbeiteten).

Es erübrigt sich, jedes einzelne Jahr detailliert zu beschreiben, weil das Ergebnis, das wir aus der Analyse der Jahre 1924/25 bekommen haben, als Regel für alle kommenden Jahre, in denen das saisonale Arbeitsverhältnis zu ermitteln ist, gilt.

Das Fazit: Teilzeitbeschäftigung fand man in der Regel nicht während der Winterperiode. Die Lonzawerke vergaben, allgemein gesehen, nur ab ca. April bis (spätestens) Dezember saisonale Arbeiten.

63 Siehe dazu das Kapitel «Landwirtschaft im Spannungsfeld».

64 «Im Winter wurde dies (Karbidbetrieb) abgestellt». Aus: Int. 8B/001-003.

2.3. Ausserberg und die Lonza.

Wie gesehen, divergierten die Bedingungen, die die Lonzawerke stellten, mit der Produktionsweise des agropastoralen Systems, das in Ausserberg herrschte. Man könnte daraus schliessen, dass jene, die in der Lonza Arbeit verrichteten, die agropastorale Produktions- und Lebensweise zugunsten von Lohnarbeit aufgeben oder einschränken mussten. In Wirklichkeit aber blieb das agropastorale System in Ausserberg bis tief ins 20. Jahrhundert erhalten⁶⁵, obwohl die Arbeiterzahl der Lonzaarbeiter aus Ausserberg bei relativ stabiler Bevölkerungszahl (Tabelle 2) ab 1924 stetig zunahm. Man kann sagen, dass zwei verschiedene Systeme - die kapital-orientierte und die agropastorale Produktionsweise - über längere Zeit nebeneinander existierten; dh. in Ausserberg dominierte weiterhin die traditionelle Produktionsweise, die ihrerseits lediglich peripher von der kapital-orientierten Produktionsweise beeinflusst wurde.

Die spezifische Konstellation dieser beiden Systeme hat denn auch einen Arbeitstyp geschaffen, den man mit dem Begriff «Arbeiterbauer» umschreiben kann⁶⁶.

Dass man aber Arbeiter und Bauer in einer Person sein konnte, bedingte eine Arbeitsform, die sowohl der Fabrikarbeit, wie auch der Landwirtschaft entgegenkam. Schichtarbeit schien die probate Lösung dafür⁶⁷.

Die Lonza kannte drei Arten von Schichtarbeit: Morgen-, Nachmittags- und Nachtschicht⁶⁸, die von Montag bis Freitag je acht Stunden dauerten⁶⁹. An Sonntagen gab es zehner und zwölf Schichten, an Samstagen achter und zehner Schichten, so dass an Montagen wieder um 05.00 Uhr Schichtwechsel war⁷⁰. Im aufgezeichneten Schichtenplan fehlt die Zehner Schicht. Der Sonntag ist bloss auf zwei zwölf Schichten aufgeteilt. Im Wochenturnus traf es einzelne Arbeiter auf zwei dieser drei Schichtarten.

65 Vgl. das Kapitel «Landwirtschaft im Spannungsfeld».

66 Siehe dazu Kapitel «Landwirtschaft im Spannungsfeld».

67 Die daraus resultierende Mehrarbeit für die Arbeiterbauern und ihre Angehörigen wird hier nicht thematisiert. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden.

68 Vgl. Int. 8B/001-141.

69 Schichtwechsel um 05.00 Uhr, um 13.00 Uhr und um 21.00 Uhr. Aus: Int. 7B/379-384.

70 Z.B.: Samstag 05.00-13.00 Uhr, 13.00-21.00 Uhr, 21.00-07.00 Uhr sonntags, 07.00-19.00 Uhr, 19.00-05.00 Uhr montags.

Vgl. *Elisabeth Boillat*, *Der Arbeiterbauer im Oberwallis* (Diplomarbeit), Bern/Visp 1969, S.23.

Im aufgezeichneten Schichtenplan fehlt die zehner Schicht. Der Sonntag ist bloss auf zwei zwölf Schichten aufgeteilt.

Wer also in die Lonza zur Arbeit ging und zuhause weiterhin Landwirtschaft betreiben wollte, versuchte, Schichtarbeit zu bekommen⁷¹. Nur wenige leisteten Tagesarbeit⁷². Tagesarbeit empfand der Arbeiterbauer als eine Strafe⁷³.

Schichtarbeitern wurde alle 14 Tage⁷⁴ der Lohn ausbezahlt, was erneut Aufschluss gibt über das Anstellungsverhältnis, da Angestellte im Monatslohn entlohnt wurden.

In einem Interview kam zum Ausdruck, dass Schichtarbeit bevorzugt wurde, nicht nur um daneben Landwirtschaft betreiben zu können, sondern auch darum, weil der Tagesarbeiter anfangs weniger verdiente als der Schichtarbeiter (dafür aber im Monatslohn angestellt war)⁷⁵.

Die Tatsache, als Arbeiterbauer über bares Geld verfügen zu können, darf nicht unterschätzt werden, obwohl dem Bargeld in den Anfängen des 20. Jahrhunderts in einer agropastoralen Gesellschaft sicherlich noch nicht ein zentraler Stellenwert zukam. Wie sonst lässt sich erklären, dass Jugendliche, die noch die Wochenschule besuchten, in der Lonza Schichtarbeit verrichteten⁷⁶? Wahrscheinlich steckt Armut dahinter, da die Erträge aus der Landwirtschaft nicht für die ganze Familie reichten.

Aus den Interviews geht hervor, dass Lohnarbeit anfangs tatsächlich nur jene Schichten oder Familien in der Gemeinde verrichteten, die zu wenig Gut besaßen, um eine kinderreiche Familie ernähren zu können und darum arm waren⁷⁷. «Die Landwirte, die eine ziemlich grosse Landwirtschaft hatten oder ziemlich wohlhabend waren im Rahmen der Gemeinde⁷⁸, die mussten nicht in die Fabrik oder zur BLS. Ja, Fabrikarbeiter waren irgendwie "schlecht" angesehen: Die müssen in die Fabrik»⁷⁹.

71 Int. 1A/241-243: «In der Lonza waren die meisten Schichtarbeiter. Aus diesem Grund, sie konnten ihre Landwirtschaft weiter erhalten und betreiben».

Int. 4A/253: «Der grösste Teil leistete Schichtarbeit».

Int. 6A/307-314: Frage: «In der ersten Zeit wurde sicher vor allem in Schichten gearbeitet? Also, dass sie nebenbei die Landwirtschaft betreiben konnten»? Antwort: «Das war so. Und das ist noch gleich wie heute. Derjenige, der hier Landwirtschaft betreibt, der arbeitet lieber in Schichten. Dadurch kann er zwischen den Schichten noch hier (in Ausserberg) arbeiten. Wenn einer hingegen ganztags arbeitet, so hat er nur am Samstag frei».

72 Vgl. Int. 4A/203-308 und Int. 10A/231-260.

73 Int. 7B/388-390: «Ja, die konnte man bestrafen, wenn man ihnen statt Schichtarbeit Tagesarbeit zuteilte».

74 Int. 8B/001-141.

75 Int. 7B/417-428: H: «Und ich stellte mich zur Gewerkschaft, zu den Arbeitern. Andernfalls hätte ich die Chance auf Monatslohn gehabt ... Und weil ich zu den Arbeitern hielt, sagte H.: 'Wir können dir schon einen Monatslohn von 250.- Fr. offerieren'. Zu der Zeit verdiente ich schon 380.- Fr. und ich sagte ... ». A: «Darauf schaute man auch». H: «Das kann ich nicht annehmen». H.: «Ja, mit der Zeit wird es schon besser werden». Ich: «Ja nein, das kann ich nicht annehmen. Und alles blieb beim alten».

76 Aus Int. 3A/135-148.

77 Vgl. Elisabeth Seiler-Joris, Sozialer Wandel im Oberwallis in der 2. Hälfte des 19. Jhs. (Liz.-Arbeit in Allg. Gesch.) Zürich 1979 S.35f: «Grundbesitz als Determinante des sozialen Status». Dazu: «Wir müssen solche berücksichtigen, die auf dem Pflaster leben». (Vizedirektor der Lonza in den 30er Jahren). Aus: Int. 7B/301-302.

78 Int. 1A/263-279. Vgl. Int. 6A/276-278: «Derjenige, der hier einigermassen ein Einkommen hatte, fühlte sich dabei glücklich».

79 Int. 6A/246-321. Vgl. Int. 7B/093: «Wenn einer in die Lonza ging - das bedeutete nichts».

Aber trotz des minderen Ansehens - in einem beneideten die Bauern die Fabrikler. «Hier in Ausserberg hiess es immer: Die Bähnler- und Lonzafrauen hätten es gut, die hätten Geld. Wenn es auch nicht viel war, so hatten sie doch jeden Monat ihr Geld»⁸⁰. Ein weiteres Indiz dafür, welche magnetische Wirkung bares Geld auch auf Wohlhabendere ausüben konnte.

2..4. Die Lonza und die Arbeiterbauern

Soweit man den mündlichen Quellen vertrauen kann⁸¹, waren die Lonzabetriebe bis in die späten dreissiger- und die beginnenden vierziger Jahre alles andere als arbeiterfreundlich. Das begann beim Anstellungsverhältnis, bei der Entlohnung und endete bei zum Teil miserablen Arbeitsbedingungen.

Die Angestellten der Lonzawerke waren zum grössten Teil nicht Walliser oder wenn, dann solche, die aus Visp kamen oder wenigstens dort ansässig waren⁸². Das bedeutete letztlich, dass die Einheimischen, die Arbeiterbauern, den Launen der Industrie ausgesetzt waren, dass sie ihren Arbeitsplatz von einem Tag auf den andern verlieren konnten.

E: «Ich war zum Beispiel ein Jahr dort im 1941. Und danach, im Januar, hatte mir G. F., der Chef im Karbid, gesagt, so um 10 Uhr, ich solle bleiben am Nachmittag,

80 Int. 7B/510-516. Die Aussage stammt von einer Frau. Darum der Verweis auf die Frauen der Bähnler- und Lonzaarbeiter.

Vgl. Int. 3A/146-147: «Es war auch nicht immer alles, aber sie hatten dann immerhin schon etwas Geld».

Vgl. Int. 10A/256-260: Frage: «Wie war die Arbeit in der Lonza angesehen? Ging man dort gern hin»? Frau antwortet: «Ja, ja, wisst, dort hatten sie alle 14 Tage ihren Zahltag».

81 Kurzer quellenkritischer Exkurs und einige Bemerkungen zu «oral history»: Im Vergleich von mündlicher Quelle (Interviews) und schriftlicher Quelle (Personalkartei) fällt auf, dass Angaben über denselben Problemkreis tendenziell übereinstimmen, dh. persönliche Betroffenheit der Befragten machte es möglich, schriftlich belegte Daten annähernd genau wiederzugeben, während nicht persönlich Betroffene weniger präzise Angaben machten, dafür aber meist tendenziell richtig lagen.

So treten die dreissiger Jahre nicht nur in der schriftlichen Quelle als Krisenjahre auf, auch die mündlichen Quellen geben diese Zeitspanne als Krise wieder, wobei zu beachten ist, dass die Interviewer versuchten, die Befragung unter den gegebenen Umständen so natürlich als möglich zu gestalten, forcierte Fragestellungen vermieden, um die Berichte so wenig wie möglich zu kanalisieren. Primär basierten die Interviews auf dem Prinzip des «forschenden Zuhörens» («akusmatisches» Verfahren, das im Gegensatz zum «mathematischen» Verfahren steht, das also nicht von einem Vor-Wissen geprägt ist), das lediglich um der Klarheit und Präzisierung Willen nachfragte bei wenig verbindlichen Äusserungen.

Umsomehr erstaunt es, dass auch unverbindliche, nicht intendierte Fragestellungen auf die genau gleichen Ergebnisse kamen, die nachträglich aus der schriftlichen Quelle erarbeitet wurden.

Ein schlagendes Beispiel: In einem Interview wurde die Zahl der Lonzaarbeiter im Jahre 1928 mit 29 Arbeitern ermittelt. In der schriftlichen Quelle existieren lediglich zwei Arbeiter mehr! Angaben (aus den verschiedenen Interviews) über Arbeitszeiten, Entlohnung, Namen von Lonzaarbeitern und Arbeitsverhältnisse stimmen überein, obwohl die befragten Personen an Alter und Geschlecht verschieden waren und sozial und politisch verschieden eingestuft werden konnten.

Das alles spricht für «oral history», widerspricht Überlegungen, die sie bloss als eine

an einem Samstag! Dann sagte ich zu ihm: Das hättest du auch vorher sagen können. Warum? Wir haben kein Mittagessen bei uns. Dann sagte er: In Gottes Namen, wir brauchen euch.

Dann ging es keine halbe Stunde, da kam er und teilte uns mit, wir könnten montags zuhause bleiben. Den Nachmittag bräuchten wir auch nicht mehr zu kommen, sie hätten keine Arbeit mehr».

Frage: «Sie konnten also von einem Tag auf den andern ...?»

E: «Ja, am gleichen Tag, von einer halben Stunde auf die andere»⁸³.

Dass während der Krisenjahre, Mitte der dreissiger Jahre, Arbeitsplätze radikal «reduziert»⁸⁴ wurden, scheint verständlicher als jener harsche Umgang mit Arbeitern während einer Phase der Hochkonjunktur (1941 ff).

Wie es scheint, waren Widerrede oder Opposition am Arbeitsplatz (bestimmt in Krisenzeiten) nicht geduldet. Wer arbeiten wollte, tat gut daran, sich opportun zu verhalten.

Frage: «Also in den dreissiger Jahren war doch eine recht starke Krisenzeit?»

A: «Ja, ja, oh, da musste man den Finger auf dem ... lassen, sonst hätte der F. Wind davon bekommen und hätte dich nach Hause geschickt. Ja, und zu der Zeit, jesses, jesses, gerade das Anol war sehr gestankintensiv. Ja, da durfte man kein Wort sagen»⁸⁵.

Wie lässt sich diese Aussage interpretieren? Stand das Wohl und der Schutz der Arbeiter nicht an erster Stelle bei den Lonzawerken? Wollte die Lonza tatsächlich «an den Arbeitern Geld sparen»⁸⁶ wie dies in einem Interview zum Ausdruck kam? Profitierte die Industrie vom Überschuss an Arbeitskraft, mit dem Argument: «Wir müssen Geld für Krisenzeiten sparen, damit wir dann weiter zahlen können»⁸⁷?

Der Spargedanke kommt in einzelnen Interviews deutlich zum Ausdruck. Bis in die vierziger Jahre mangelte es an betriebsinternen Neuerungen oder Verbesserungen (wegen fehlender Opposition?).

Dazu A.: «Da war kein Essaal, kein Warmwasser zum Waschen, nichts anderes als ständig in diesem stinkenden Betrieb. Das Gewand musste man dort aufhängen, auch dort essen. Sobald die Schicht zu Ende war, musste man sich dort umziehen und fort.

Es bestand keine Gelegenheit ins Freie zu gehen, nicht mal ein WC war vorhanden bis zum zweiten Betrieb. Der nachfolgende Betrieb hatte auch keins. Bis zum dritten Betrieb mussten wir gehen und dort ..., im Winter, stein- und beeingefroren ... Keine Heizung und nichts [...]».

Frage: «Wann änderte sich langsam etwas?»

83 Int. 4A/110-203.

84 Int. 7B/082-327.

85 Int. 8A/001-141.

86 Int. 7B/357-482.

87 Ebd. 474-475.

A: «Anfangs der dreissiger Jahre war es auch noch schlecht. Und danach besserte es allmählich. Dann kam wieder ein neuer Betriebsleiter, Doktor der Chemie, wie man so sagte. Ja, ich hatte da so sechs, sieben gehabt, die kamen und wieder gingen (während meiner Arbeitsjahre)».

L: «Er hatte noch damals, in den vierziger Jahren, entzündete Augen».

A: «Ja, mein Gott, monatelang! Aber man konnte nichts dagegen tun».

L: «Immerzu rote Augen. Sie (Lonzaarbeiter?) brachten eine Salbe mit vom Samariter. Diese rieb man in die Augen, so kleine Tuben».

A: «Ja ich sage, in späteren Jahren war man wie im Himmel»⁸⁸.

Steckt demnach in der von Befragten geäusserten Behauptung, «die ungesunden Fabrikationsbetriebe» der Lonza hätten «gerne Leute vom Berg, welche nicht so hell waren»⁸⁹, ein Kern Wahrheit? Kalkulierte die Lonza tatsächlich mit der «Beschränktheit» der Bauern vom Berg, die für «Dreckarbeit»⁹⁰ nicht zu schade waren? War die bäuerliche «Abscheu»⁹¹ vor Fabrikarbeit berechtigt, also mehr als nur eine Bestätigung des Prinzips: Was der Bauer nicht kennt ...?

Im Rahmen dieses Aufsatzes können diese Fragestellungen nicht klar bejaht oder verneint werden. Vieles spricht dafür, einiges dagegen.

Das Fehlen einer wirksamen Arbeiterkommission spricht eher dafür; dass Arbeit in der Lonza anderen Beschäftigungen vorgezogen wurde, eher dagegen.

Zum Ersten: Es gab zwischen 1930 und ca. 1940-42 zwei Versuche, via Gewerkschaft und Arbeiterschaft eine Arbeiterkommission auf die Beine zu stellen. Diese Kommission sollte «mit der Lonza über Lohn, Zeug und Sachen verhandeln»⁹², scheiterte aber beide Male⁹³.

Fehlte Solidarität unter den Arbeitern? Stellten sich die Arbeiterbauern nicht voll zu der Gewerkschaft, weil sie zuhause noch Landwirtschaft betrieben, oder übte die Direktion der Lonza Druck aus auf die Arbeiter?

Die Gründe des Scheiterns konnten (noch) nicht eruiert werden. Daher sind das spekulative Fragen, die in einer speziellen Arbeit konziser untersucht werden müssten.

Zum Zweiten: Bei zwei Befragungen fiel auf, dass Arbeit in der Lonza anderen Arbeiten, die die Landwirtschaft nicht tangierten, bevorzugt wurde. E. zum Beispiel

88 Int. 8B/001-141.

89 Int. 3A/135-148.

90 Int. 7B/082-327.

91 Int. 7B/095-098: A: «Die Lonza sei gesundheitlich, für die Gesundheit (schädlich).(...)»Frage: «Aber wieso diese Abscheu? Wegen der ungesunden Arbeit»? A: «Ja, wegen der Gesundheit. Ein Lonzaarbeiter werde nicht alt, hiess es stets im voraus. Da seien viele Gifte. Und da käme keiner alt».Vgl. auch Int. 6A/246-321.

92 Int. 7B/357-482.

93 Ebd. 414-421 H: «Die erste Gründung hielt nicht lange. Dann wurde sie ein zweites Mal gegründet». A: «Das kam zu Beginn der 40er Jahre».H: «Und sie ist kaputt gegangen. Und ich stellte mich zur Gewerkschaft, zu den Arbeitern, andernfalls hätte ich die Chance auf Monatslohn gehabt».

trat, nachdem ihn die Lonza entlassen hatte, seine neue Stelle nur unter der Bedingung an: «Falls ich wieder in die Lonza kann, gehe ich wieder zurück»⁹⁴.

Das kann verschiedene Ursachen haben:

- Jede Arbeitsstätte ausserhalb von Visp brachte einen längeren Arbeitsweg mit sich.

- Arbeitsbedingungen oder Entlohnung waren trotz der besprochenen Umstände besser als in anderen Betrieben oder Unternehmungen⁹⁵.

- In Ausserberg war die Arbeitslosigkeit nicht derart akut wie in anderen Berggemeinden des Oberwallis, die sogar Arbeiter nach Chippis stellten⁹⁶.

- Es gab praktisch keine Alternativarbeitsplätze im Oberwallis⁹⁷ und wenn, dann mit zusätzlichen Hindernissen (Arbeitsweg, Barackenunterkunft etc.) oder zeitlich befristet (Kraftwerkbau).

Dieses Kapitel abschliessend, möchten wir folgendes festhalten:

Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Arbeiterbauern und Lonza müsste präziser analysiert werden, dh. man müsste andere Betriebe in ähnlichen Situationen untersuchen, um dann Vergleiche anstellen zu können. So, und nur so, könnte man die Arbeits- und Lohnbedingungen bei den Lonzawerken objektiver betrachten.

Aus heutiger Sicht mögen die Verhältnisse bei der Lonza bis zum Ende des zweiten Weltkrieges als nicht arbeiterfreundlich erscheinen. Wie die Verhältnisse tatsächlich waren, ob sie zu jener Zeit dürtig oder gar fortschrittlich waren, das könnte erst eine weitere Untersuchung erhellen, die die Analyse auf andere Betriebe ausdehnte und die Personalkartei der Lonza vollständig auswerten, dh. alle Arbeiter aus allen Gemeinden miteinbeziehen würde.

Dazu müsste man die Rolle, die die Gewerkschaften spielten, präziser fassen können, was aber den Rahmen dieser Arbeit bei weitem gesprengt hätte.

Das Kapitel über die Lonzarbeiter ist auch als Anregung gedacht für weitere Untersuchungen. Unterlagen zu einer breiter angelegten Analyse wären bei den Lonzawerken in Visp vorhanden. Wir aber wollen es für diesen Aufsatz bei dem Erwähnten bewenden lassen.

2.5. Schlussbemerkung

Es war Absicht, die Beziehungen zwischen der Lonza und den Arbeiterbauern aus Ausserberg mehrheitlich aus dem Blickwinkel der Arbeiterbauern darzustellen und weniger die Geschichte der Lonzawerke nachzuzeichnen oder zu erleuchten.

94 Int. 4A/110-203. Vgl. Int. 7B/082-327.

95 Vgl. dazu: Ab 1928 bot die Lonza Stellen für Lehrlinge an. Aus: Int. 7B/087; 100-101.

96 Vgl. *Karl Suter*, a.a.O., S. 69f, Tabelle 6.

97 Einzelne der Befragten gingen auch als Saisoniers in die «Üsserschwiiz» (Ausserschweiz, also in die deutschsprachigen Gebiete der Schweiz) oder in die welsche Schweiz.

Wenn bis anhin von Krise oder Krisenjahren die Rede war, so traf diese Aussage in den meisten Fällen nur auf die Arbeiterbauern von Ausserberg zu, genauer, wir sprachen von einer Krise (für die Arbeiter von Ausserberg), wenn sich die Zahl der Arbeiterbauern massiv reduzierte. Wir meinten Krisenjahre, weil wir stillschweigend annahmen, dass die Reduktion der Belegschaft auf nichts anderes zurückzuführen sei, als auf eine Krise im industriellen Bereich, der auch die Lonzawerke traf. Der tatsächliche Beweis folgt aber erst jetzt.

Ein Vergleich zwischen der Zahl der Arbeiterbauern aus Ausserberg und der Gesamtarbeiterzahl der Lonzawerke jeweils im gleichen Jahr zeigt, dass jene Jahre, in denen die Arbeiterzahl der Arbeiter aus Ausserberg sank oder stieg, weitgehend übereinstimmen mit jenen Jahren, in denen die Gesamtarbeiterzahl der Lonzawerke sank oder anstieg (Fig. V).

Da bereits Gertschen die «Krisenempfindlichkeit und deren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft (der) Grossunternehmungen»⁹⁸ des Wallis in seiner Arbeit untersuchte und bestätigte, dazu die Hintergründe der Krisen der Grossindustrien darlegte, verzichteten wir auf eine eigene Darstellung der Entwicklung der Lonzawerke⁹⁹. Das hätte der vorliegenden Arbeit auch wenig genützt, weil wir letzten Endes mehr über die Lage der Arbeiterbauern als über konjunkturelle Schwankungen im industriellen Sektor aussagen wollten. Anders gesagt: Wir versuchten über die Arbeiterbauern von Ausserberg das zu bestätigen, was Gertschen von oben, aus der Sicht der Grossindustrie, verallgemeinert aufgezeigt hatte, also, dass konjunkturelle Schwankungen im Industriebereich sich nicht bloss auf den Bestand einer anonymen Arbeiterschaft auswirkten. Wir wollten zeigen, dass die Arbeiterzahl einer Gemeinde in dem Masse wächst oder fällt, wie es die konjunkturelle Situation diktierte, dass Arbeiterbauern und Gemeinde jede Krise direkt und unverzüglich zu spüren bekamen.

3. Landwirtschaft im Spannungsfeld von Tradition und Moderne

3.1. Vorbemerkung

1914 erschien Steblers Monographie «Sonnige Halden am Lötschberg». Im Auftrag des Schweizerischen Alpenklubs, mit Sitz in Zürich, und der Direktion der Bern-Lötschberg-Simplon Bahn, mit Sitz in Bern/Spiez, war es F. G. Stebler, als

98 Willy Gertschen, Die Entwicklung der Industrie des Kantons Wallis seit 1920. Diss. Bern 1950 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 73.

99 Auch nachzulesen in: 50 Jahre Lonza Elektrizitätswerke und Chemische Fabriken 1897-1947, Zürich 1947.

Erstem vergönnt, über «die weltverlorene Gegend von Ausserberg»¹⁰⁰ eine Monographie zu verfassen. Seit 1900 sammelte dieser mit der Emsigkeit einer Biene systematisch Materialien über Gebiete und Örtlichkeiten im Wallis, die dem Tourismus neue Horte erschliessen sollten¹⁰¹.

So erstaunt es denn nicht, dass Steblers neugierige Blicke nach Ausserberg erst 1913 und 1914 vollends befriedigt werden konnten, denn im Jahre 1913 ergriff die Direktion der Bahn (BLS) die Initiative und der Schweiz. Alpenklub doppelte nach, um «das Werk seinen Mitgliedern 1914 in die Hand zu geben»¹⁰².

Weniger euphemistisch ausgedrückt, bedeutet das, dass nach der Eröffnung der Lötschbergsüdrampe (1913) das Gebiet am Lötschberg touristische und andere Interessen geweckt hatte. Der Zug der Zeit, vor dem Bau der BLS dampfte dieser vom Vereinigten Königreich Britannien via Brig gegen den Orient an Ausserberg vorbei, hielt im Sommer 1913 an der Haltestelle Ausserberg, obwohl das Organisationskomitee für die Einweihungsfeierlichkeiten eigentlich keinen Zwischenhalt in Ausserberg-Station geplant hatte. Viele Ausserberger aber liessen es sich nicht nehmen, steckten sich ins Festtagsgewand, schickten Tambouren und Pfeifer einem Cortege voran und stoppten, bei fröhlichem Umtrunk, für kurze Zeit die in die Zukunft weisende Fahrt des eisernen Getüms, im Volksmund «där rot Tifol» gerufen.

Wievielen damals bewusst war, dass dieser erzwungene Zwischenhalt das Ende einer langandauernden (Teil-) Autonomie der Dorfschaft Ausserberg war, das bleibe dahingestellt. Gegen das Schnellzugstempo der sich anbahnenden Entwicklungen wuchsen jedenfalls auch in Ausserberg keine Heilkräuter.

Wie es dazu kam, dass ein (teil)autarkes Mikrosystem aufgebrochen und umfunktionierte wurde, dass aus Landwirten letztlich Konsumenten wurden, darüber soll im nächsten Kapitel die Rede sein:

3.2. Landwirtschaft im Wandel

Der Bruch mit dem traditionellen, agropastoralen System ist zeitlich schwer fixierbar, aber sicher ist festzustellen, dass mit dem Bau der BLS, der die (Abgeschiedenheit der) Gemeinde Ausserberg an das internationale Eisenbahnnetz von damals anschloss und vereinzelt Arbeitsplätze schuf¹⁰³, einige Ausserberger in Kontakt mit eigentlicher Lohnarbeit und Konsumgütern kamen.

100 F. G. Stebler, *Sonnige Halden am Lötschberg*, Zürich 1914, Vorwort.

101 Vgl. Ders., *Ob den Heidenreben*, 1901 (Visperterminen); das Goms und die Gomser, 1903 (Die von den Eigentümlichkeiten «entzückten Augen» des Herrn Stebler übersahen hierbei geflissentlich die Eigentümlichkeit, dass Schriftsprache und Dialekt aus den Bewohnern des Goms Gommer macht); Ders., *Am Lötschberg, Land und Volk von Lötschen*, 1907.

102 Ders., *Sonnige Halden*, a.a.O., Vorwort.

103 Vgl. «Trinkwasserversorgung der Berggemeinde Ausserberg». In: *Walliser Volksfreund*, 24. Sept. 1957, S. 5, und ebd. vom 27. Sept. 1957, S. 9.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten beim Bau und später beim Eisenbahndienst waren absehbar, respektive beschränkt, so dass der Eisenbahnbau nicht eigentlich als systemverändernd angesehen werden muss. Erst in Zusammenhang mit der Lohnarbeit in der Lonza, die 1918 spärlich einsetzte, aber recht eigentlich erst ab 1924/25 sich je nach konjunktureller Lage durchzusetzen begann, kann von einem partiellen Zusammenbrechen des traditionellen Systems gesprochen werden, das jedoch bis in die späten vierziger Jahre des 20. Jhs. das Leben in Ausserberg selber ganz eindeutig dominierte. Der Umbruch vollzog sich also schleppend, in unscheinbaren Schritten und Veränderungen, die sich etappenweise ins Dorf schlichen.

Die BLS kann als Auslöser für die Umwälzung des agropastoralen Systems angesehen werden, zumal sie bestimmte Erleichterungen für die Landwirtschaft brachte (z.B. Getreideimporte) und mit ihnen einen Umdenkprozess in Gang setzte.

Im Fall von Ausserberg konnten wir (mittels Interviews) nicht eindeutig nachweisen, dass via Bahn Getreidemittelimporte getätigt wurden wie das Kaufmann und andere für den Kanton Wallis aufgezeigt hatten¹⁰⁴.

Konsequenterweise hätte demzufolge in Ausserberg keine oder nur eine geringe Akzentverschiebung, hin zu vermehrter Viehwirtschaft stattgefunden, wie dies generell für den gesamten Kanton der Fall war. Unser Zahlenmaterial hierzu ist zu lückenhaft, nicht einheitlich und ungesichert, als dass wir diese Annahme klar bestätigen oder widerlegen könnten.

Es fällt jedoch auf, dass der Gesamtbestand des Rindviehs (Kälber, Rinder und Kühe) zwischen 1901 und 1936 sich um 31, zwischen 1901 und 1941 aber um 98 Stück erhöhte¹⁰⁵. Da der Gesamtbestand von Rindvieh im ersten Zeitraum nur gering, im zweiten aber enorm anwuchs, könnte man meinen, dass zwischen 1936 und 1941 eine relativ massive Aufstockung des Viehbestandes stattgefunden haben müsste. Bei differenzierter Betrachtungsweise des Gesamtbestandes fällt die Zunahme des Kuhbestandes (77 Stück) zwischen 1901-1936 mehr ins Gewicht, als die Zunahme des Rinderbestandes (60 Stück) zwischen 1936-1941, da der Rinderbestand sich im folgenden Jahr (1942) wieder in etwa auf den Stand von 1936 einpegelte, der Kuhbestand aber konstant hoch blieb.

Das Zahlenmaterial vom Gesamtbestand ist bei der Auswertung also relativ zu bewerten, da das enorme Anwachsen des Kuhbestandes zwischen 1901 und 1936 nicht ersichtlich wird im geringen Ansteigen des Gesamtbestandes.

104 *Beat Kaufmann*, Die Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton, Zürich 1965, (Basler Dissertation), passim;

Karl Suter, Bevölkerungsbewegung und wirtschaftliche Wandlung im Wallis, Brig 1947, passim.

105 Vgl. Tab. «Nutztierbestände v. Ausserberg», Anhang 1. Dazu ist zu bemerken, dass sich vor allem zwischen 1901-1936 der Kuhbestand (bei gleichzeitigem Rückgang oder Abnahme des Rinder- oder Kälberbestandes) massiv erhöhte (77 Stück). Von 1936-1941, bei sehr geringer Zunahme des Kuhbestandes, nahm der Rinder- oder Kälberbestand erheblich (60 Stück) zu, sank 1942 aber wieder stark (-50 Stück).

Vom dargestellten Standpunkt her hätte Ausserberg Futtermittel importieren müssen, weil erstens seit 1890 der Gesamtbestand von Rindvieh sowie speziell von Kühen stetig anstieg, die Anbaufläche für Getreide und Hackfrüchte aber konstant blieb¹⁰⁶; weil zweitens auch der Schweinebestand von 25 Stück (1890) auf 135 (1941)¹⁰⁷ anwuchs und weil drittens schriftlich belegt ist, dass «die Landwirte (...) mit der landw. Genossenschaft Oberwallis in Brig verkehren»¹⁰⁸.

Einige Umstände sprechen jedoch gegen einen Import von Futtermitteln: In den Interviews kam das Thema nie zur Sprache. In Ausserberg war bis in die späten dreissiger Jahre praktisch kein erforderliches Bargeld vorhanden. Die wirtschaftliche Nutzfläche warf eventuell höhere Erträge ab (z.B. durch vermehrte Düngung)¹⁰⁹. Man importierte nicht Futtermittel, sondern billige Nahrungsmittel und nutzte die dadurch gewonnene Produktionsfläche für die Viehwirtschaft.

Ob die BLS Importfutter nach Ausserberg schaffte oder nicht, konnten wir letztlich nicht klären. Für uns ist am wahrscheinlichsten, dass solche Landwirte, die es sich leisten konnten, Viehfutter zukaufen und der Viehbestand dadurch allmählich anstieg bis in die vierziger Jahre. So liesse sich auch die Meinung vertreten, dass in Ausserberg zwischen 1900-1944 die Vieh- und Milchwirtschaft leicht zunahm, während der Ackerbau stagnierte, nicht aber rückläufig war¹¹⁰.

Stebler's 1914 geäusserten Prognosen, dass «mit der Eröffnung der Lötschbergbahn (...) die Viehzucht einen erneuten Aufschwung nehmen» werde und daher in Ausserberg «die Errichtung eines grösseren Viehmarktes geplant»¹¹¹ sei, bewahrheitete sich nicht oder nur stückweise. Ein Viehmarkt wurde jedenfalls nicht errichtet. Direkten nachweislichen Einfluss auf die Landwirtschaft hatte die BLS dadurch, dass an Händler verkaufte Vieh mit der Bahn transportiert werden konnte, dass der Viehhandel, vor allem mit Berner Händlern¹¹², erleichtert wurde.

Wer Vieh verkaufen wollte/musste, der war nicht mehr nur auf die traditionellen Märkte (zu Martini und jeweils im April) in Visp angewiesen. Der Verkauf konnte ab Dorf erfolgen¹¹³.

106 Vgl. Tab. im Anhang 2. Dazu: Wir nehmen an, dass auch die Weidegebiete nicht ausgedehnt werden konnten.

107 Wie Fussnote 7.

108 GAA, Signatur «Landwirtschaft» (Produktionskataster), S. 6.

109 Vgl. *Gene Muehlbauer*, Common Interest Associations, Intensification of Factionalism and New Leadership: Responses to Economic Change in a Swiss Alpine Community (Dissertation), Wisconsin - Milwaukee, S. 30: «While yield data for Ausserberg is not available, the statistics from Embd, a nearby commune in a similar locale, using the same type of rye (Roggen), should give insight into the situation. In 1951, using the same primitive, laborintensive techniques that were practiced in 1910, rye production averaged 24 kg per 100 square meters. This was barely half the Swiss average. In 1952 and 1956, Embd's average was 26 kg. In addition, twice as much seed must be used for the same production as is used in lowland cultivation». Muehlbauers Bemerkung zeigt, in welchem Verhältnis ein eventueller Mehrertrag einzustufen wäre.

110 *Muehlbauer*, a.a.O. S. 96, und Tab. S. 97.

111 *F. G. Stebler*, Sonnige Halden am Lötschberg, Zürich 1914, S. 90.

112 Int. 11A/084-143.

113 Ebd.

Den Themenkreis BLS abschliessend, ist festzuhalten, dass der Bau und das Bestehen der Bahn die Landwirtschaft in Ausserberg vorerst nicht nachhaltig veränderten. Zugespitzt könnte man formulieren: Die agropastoralen Strukturen von Ausserberg liessen die von aussen kommenden Neuerungen praktisch ungenutzt lange Zeit an sich vorbeifahren. Die Subsistenzwirtschaft blieb beinahe unangetastet bestehen.

Lediglich jene, die Bargeld besaßen (reiche Landwirte, vereinzelte Lohnarbeiter), konnten «Luxusgüter» zukaufen. Die reinen Selbstversorger¹¹⁴ beschränkten sich weiterhin auf den Zukauf von Salz, Zucker, Öl für Lampen, Metalle für Werkzeuge, eventuell Mais, Maccaroni¹¹⁵, Reis¹¹⁶ und Spaghetti¹¹⁷.

Das dafür benötigte Geld stammte aus dem Surplus von landwirtschaftlichen Produkten (Verkauf von Vieh¹¹⁸, Milch und Käse¹¹⁹ oder gelegentlich, selten, Korn¹²⁰) oder aus Nebenverdiensten (Honiggewinnung¹²¹, Kräuterverkauf).

Gelegentlich ergab es sich, dass Familien die der Subsistenzwirtschaft fehlenden Waren nur auf Kredit anschaffen konnten. Wir glauben aber, dass das Kreditwesen (Kredite direkt vom Verkäufer) erst zu dem Zeitpunkt sich entfaltete, als in Ausserberg selber die Möglichkeit zum Warenbezug bestand.

Sogenannte «Magazine» kamen mit dem Bau der BLS ins Dorf¹²², verschwanden jedoch zum grössten Teil nach den Bautätigkeiten wieder.

Ab 1913, dann 1915, 1916 und 1918 lassen sich aber regelmässig Magazine (mindestens 2 also) in den Rechnungsbüchern der Gemeinde Ausserberg nachweisen¹²³. Seit 1916 muss sogar ein «Konsum» im Dorf bestanden haben¹²⁴.

Mit dem Erscheinen des Konsums kam eine neue Form von Kreditwesen in das agropastorale System, die die alte Form allmählich ablöste. Gemeint ist das Vordrin-

114 «Reine Selbstversorger» meint nicht, dass das System autark, völlig unabhängig von der Aussenwelt, funktionierte. Wenn von Selbstversorgungswirtschaft gesprochen wird, so steht stets der Gedanke dahinter, dass der Begriff Selbstversorgung nur theoretisch genügt, da in der Praxis jede Subsistenzwirtschaft systemfremde Waren zukaufte und demnach nur teilautark funktionierte.

115 Muehlbauer, a.a.O., S. 28.

116 Stebler, a.a.O., S. 87.

117 Int. 2A/076.

118 Int. 4B/308-315.

Int. 9A/326-400.

119 Int. 10B/039-044.

120 Muehlbauer, a.a.O., S. 44.

Stebler, a.a.O., S. 72.

121 Muehlbauer, a.a.O., S. 44.

Stebler, a.a.O., S. 93.

Int. 12A/594-634.

122 Vgl. das Kapitel über die BLS.

123 GAA, Rechnungsbuch der Gemeinde von 1900-1918, Sign. «R7».

124 Ebd. und vgl. GAA, Arbeitsbuch der Gemeinde 1909-[1945], Sign. «R8», (Im weiteren zitiert als Sign. «R8»). Dort am 23. April 1916.

gen des Bargelds in eine Gesellschaft, die geleistete Arbeit oder Dienste grösstenteils mit entsprechender Arbeit oder Gegendiensten abgegolten hatte¹²⁵.

Während man beim Konsumkrämer Waren kaufen musste, konnte man Männer aus dem Dorf anwerben, die zum Beispiel das Hauertagwerk («Houwertagwärch»¹²⁶) verrichten sollten. Das Hauen, das alljährliche Umbrechen der Äcker, war ein Arbeitsgang in der landwirtschaftlichen Produktion, der die Leistungsfähigkeit eines Haushaltes überstieg. Da jede Familie Hauer dinging musste, konnte (musste aber nicht) das Hauertagwerk lange Zeit bargeldlos verrichtet werden.

Die traditionelle Form des Kreditwesens, das Begleichen durch in etwa gleichwertige Leistungen¹²⁷, wurde durch die Zunahme des Bargeldverkehrs aufgeweicht, d.h. speziell aufs Hauertagwerk bezogen, dass die Arbeit beim Umbrechen der Äcker für einzelne Landwirte (immer mehr) zu einem Nebenverdienst werden konnte, der bar ausbezahlt wurde¹²⁸.

Die Interviews zeigten, dass praktisch nur Hauer aus Ausserberg angefragt wurden, da auswärts keine Arbeitsmöglichkeiten bestanden hätten und man auf gegenseitige Hilfe angewiesen war¹²⁹.

So war es durchaus möglich, dass Hauertagschichten vereinzelt wie Saisonarbeiten verrichtet wurden, dass einzelne im Frühjahr und besonders im August (während 3-4 Wochen) jeden Tag als Hauer angestellt waren¹³⁰.

Solange in Ausserberg der Gedanke der Selbstversorgung dominierte, aus Ackerbau und Viehwirtschaft nicht mehr produziert wurde (werden konnte) als für die Weiterexistenz nötig erschien (war)¹³¹, solange fehlte bares Geld, das die Landwirtschaft im Wesen nicht veränderte, jedoch eine andere Form von Bewirtschaftung zugelassen hätte.

Die Neuerungen kamen, vorerst spärlich und träge, dann mit der Blindheit der konsumorientierten Gesellschaft.

125 Muehlbauer, a.a.O., S. 35: «The work was of a reciprocal nature, although each particular form of labor was not necessarily repaid in kind. A man might help sow in spring for a return of help with the hay harvest in summer or autumn».

126 Arnold Niederer, Gemeinwerk im Wallis, Schriften der Schweiz. Gesellschaft für Volkskunde, Band 37, Basel 1956, S. 56f. Niederer spricht von «Bittarbeit».

127 Der Begriff «Leistung» müsste genauer definiert werden, da nicht jede Arbeit in unseren modernen Leistungsraster einzufragen ist. Leistung war sicher nicht so klar definiert wie heute, d.h. z.B. es wurde jemandem solange geholfen, bis das gesamte Heu eingebracht war. Bei weniger grosser Heuernte musste weniger lang gearbeitet werden, bei grösserer länger. Der Begriff der Leistung wurde zeitlich und gedanklich weiter gefasst als heute.

128 Int. 1A/281-346.

129 Int. 10A/173-190.

130 Int. 9A/326-400.

131 Vgl. Fussnote 39.

Die frühen Neuerungen trafen die Landwirtschaft nicht so, dass sie sich grundsätzlich verändert hätte. Bis in die späten vierziger Jahre blieben die Anbaufläche und Erzeugnisse¹³² sowie die Anbau- und Erntetechniken dieselben¹³³.

Die landwirtschaftliche Produktion verlagerte sich lediglich mehr auf Viehwirtschaft (Milch- und Fleischproduktion), was zu Viehexport, also Bargeld führte.

Es scheint, dass das kantonale Bestreben (seit ca. 1900), in der Landwirtschaft Meliorationen vorzunehmen¹³⁴, sich in Ausserberg lediglich darin niederschlug, dass die Viehbestände mittels gezielter Zucht verbessert werden sollten.

So muss in Ausserberg eine Viehzuchtgenossenschaft gegründet worden sein, deren Gründungsjahr nicht fixierbar ist. Dass diese sicher bereits in den dreissiger, wahrscheinlich aber schon in den zwanziger Jahren existierte, lässt sich indirekt nachweisen. 1920 werden «zum Zweck (der) "Aufbesserung der Viehrasse" für Zuchtstiere»¹³⁵ von seiten der Gemeinde Prämien bezahlt.

Ein weiteres Dokument dazu stammt aus dem Jahre 1945: «Die Generalvers. d. Viehz. Genossenschaft von Ausserberg hat am 4.2.45 folgenden Beschluss gefasst: Die Genossenschaft ist bereit, ihre Tätigkeit wiederaufzunehmen u. die Gemeinde mit Stieren zu versorgen ...»¹³⁶.

Das eigentlich Neue für die Landwirtschaft lag nicht in einer Umwälzung der Landwirtschaft an sich als vielmehr im Umstand, dass aus Vollbauern Teilzeitbauern wurden und dass so dem agropastoralen System die «Nebenverdienste» der sogenannten «Arbeiterbauern» zuflössen.

Ausserberg als agropastorale Gemeinde wäre, wie alle anderen Subsistenzwirtschaften, nie in der Lage gewesen (falls der Wille dazu vorhanden gewesen wäre), aus eigenen Kräften die Grundlage der Existenz, die Landwirtschaft, einschneidend umzugestalten.

132 GAA, Signatur Landwirtschaft (Produktionskataster) S. 7, siehe Anhang 2.

133 Ebd. S. 5. Da heisst es in den vierziger Jahren: «Das Getreide wird von Hand gedroschen.» «Landwirtschaftliche Maschinen werden keine gehalten». Oder: «Sämtliche Ackerarbeiten werden von Hand ausgeführt».

134 Hiezu verweist *B. Kaufmann*, a.a.O., S. 54f, darauf, dass um die Jahrhundertwende landwirtschaftliche Genossenschaften und landwirtschaftliche Schulen errichtet wurden. Die genauen Daten: 1888 wurde die «Association agricole du Valais», 1908 die Landwirtschaftliche Genossenschaft Oberwallis und 1919 der Walliser Milchproduzentenverband ins Leben gerufen. Die erste landwirtschaftliche Schule des Wallis wurde 1892 in Ecône eröffnet. Nach dem Gesetz (17. Mai 1919) betreff Organisation des landwirtschaftlichen Fachunterrichts, entstanden 1920 in Visp und 1923 in Châteaufort kantonale Landwirtschaftsschulen, um das bäuerliche Bildungswesen zu fördern.

135 GAA, Sign. «R8». Vom 8. Febr. 1920 S. 76.

Vgl. ebd. Vom 16. Jan. 1928 S. 137: Neue Regelung betreffs Prämienzahlung von Zuchtstieren.

136 GAA, Sign. «R8». Dort datiert am 9.2.45.

Vgl. auch ebd. 25.3.45.

Dieser Gedankengang, der ausgeht von dem sogenannten «Tschayanoffschen Gesetz»¹³⁷, wird unserer Meinung nach von mehreren Seiten bekräftigt. Wir nehmen das Beispiel aus den zwanziger und dreissiger Jahren, als in Ausserberg das bestehende Wegnetz ausgebessert und erweitert wurde.

Die neuerstellten Wege überstiegen das Budget der Gemeinde und sozusagen die Ökonomie der Subsistenzwirtschaft (die mehr für den eigenen Bedarf als für den Markt produzierte). Eventuelle Erleichterungen, die aus dem erstellten Wegnetz resultierten, brachten bestenfalls Zeitgewinn, der jedoch der Subsistenzwirtschaft, da diese durch Realteilung und Parzellenwirtschaft nicht weiter ausgedehnt werden konnte, nicht weiter nützlich war. Die neuen Wege erhöhten die landwirtschaftliche Effizienz nicht merklich.

Die Beschlüsse zum Bau von Waldwegen und Strassen basieren dann auch explizit auf dem Gedanken der Arbeitsbeschaffung. So heisst es in einem Dokument vom 21. Oktober 1921: «Gemeinderatsbeschluss betreffend Erstellung eines Waldweges zur Behebung der Arbeitslosigkeit»¹³⁸.

Das Strassenteilstück zwischen Station und Dorf wurde ebenfalls während einer Zeit der Arbeitslosigkeit erstellt. 1933 arbeitete eine Studentenkolonie zusammen mit «40 bis 60 Einheimische(n)»¹³⁹ an dem Teilstück.

Die zusätzlichen Anstrengungen des Strassenbaus fallen nicht unter das «Tschayanoffsche Gesetz», weil die Grenzen der Subsistenzwirtschaft zweifach durchbrochen wurden. Einerseits durch die Subsidien von Bund und Kanton und andererseits durch den Umstand, dass die Landwirtschaft in Ausserberg an Unterbeschäftigung litt¹⁴⁰.

Gerade das Beispiel der Erweiterung des Wegnetzes in Ausserberg zeigt die Grenzen eines agropastoralen Systems. Solange die landwirtschaftliche Produktion von Ausserberg nicht grundlegend verändert wurde, um für den Markt konkurrenzfähig zu produzieren, solange nützten Finanzspritzen von Bund und Kanton, neue Wege usw. der Landwirtschaft spärlich wenig. Nur, wie sollte das agropastorale System überhaupt konkurrenzfähig produzieren können?

137 Elisabeth Seiler-Joris, Sozialer Wandel im Oberwallis in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Zürich 1979, S. 150: «Diesem Gesetz zufolge passen die bauerlichen Familien ihre Anstrengungen ihren Bedürfnissen an; es besteht ein Grenzgleichgewicht zwischen der Mühe, die eine zusätzliche Anstrengung erheischt, und der Befriedigung, welche das Produkt dieser Anstrengung gewährt».

Vgl. auch Muehlbauer, a.a.O., S. 42f.

138 GAA, Sign. «R8», S. 82.

139 Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen, 85 Jg., N° 2, Februar 1934, S. 60-63. Zitat auf Seite 62.

140 Wie es scheint litt Ausserberg stets an Unterbeschäftigung. 1933 erstellten «manche (arbeitslose) Ausserberger» die Theresienkapelle. In: Ludwig Weissen, Die Theresienkapelle von Ausserberg. In: Walliser Jahrbuch 1937, 6. Jg., Brig 1936, S. 72f.

Am 25. April 1943 wird «zwecks Arbeitsbeschaffung» die Vergrösserung der Kirche beschlossen. GAA, Sign. «R8». Am 26. September 1945 heisst es in den erwähnten Protokollen: «Die Gemeinde soll an den Staat gelangen, die Arbeit in der Molybden-Mine im Baltschiedertal nicht weiter zu hinterhalten, weil dadurch 50-60 Arbeiter unserer Gemeinde betroffen würden».

Vgl. dazu: Peter Jossen, Baltschieder und sein Tal. Brig 1984, S. 209ff.

Konkret: Aus historischen und inhärenten Bedingungen (Realteilung und Parzellenwirtschaft) war das agropastorale System nicht imstande, mit irgendeinem Markt zu konkurrieren. Die mit Fremdkapital erstellten Wege dienten also nicht direkt der Landwirtschaft, vielmehr jenen, die vom Herkömmlichen abweichen konnten und ihren Zeitgewinn (durch Transporterleichterungen z.B.) wenigstens partiell in einem anderen Verdienstzweig, der Industrielwirtschaft z.B., reinvestieren konnten.

Die Abwanderung der Bauern in die Industrielwirtschaft war so praktisch vorprogrammiert, wurde aber durch die landwirtschaftlichen Meliorationsprogramme des Kantons, die ein Reflex auf die Industrie- und dann die Weltwirtschaftskrise waren, sowie durch den zweiten Weltkrieg um Jahrzehnte verzögert oder vorübergehend aufgefangen.

Die Abwanderung von Landwirten in die Industrie verschaffte der kränkelnden Landwirtschaft von Ausserberg augenblickliche Erholungsphasen, da die Verdienste aus dem Industriesektor die Rückständigkeit der Landwirtschaft ausgleichen konnten.

Gute zwei Jahrzehnte (1920-ca.1945) betrieben Bauern aus Ausserberg einen Nebenberuf (in der Industrie z.B.), der, je nach konjunktureller Lage, mehr oder weniger einträglich war. Der Arbeiterbauer war damals noch stärker Bauer als Arbeiter¹⁴¹. Aber gegen Ende der vierziger Jahre verlagerten sich die Schwerpunkte. Der Arbeiter betrieb die Landwirtschaft zusehends nebenberuflich.

Der Stellenwert der Landwirtschaft änderte sich im Schlepptau des Arbeiterbauerntums. Mit ihm wurde sie stückweise abgebaut oder rationalisiert.

4. Die Deformierung der sozio-politischen Tradition in Ausserberg

4.1. Die geschlechtsspezifische (und altersbedingte) Rollenverteilung im einzelnen Haushalt sowie in der dörflichen Gesellschaft

In Ausserberg war die aus einer Kernfamilie (Mann - Frau - Kinder - eventuell noch die Eltern der Frau oder des Mannes und ein Knecht oder eine Magd, sehr selten Knecht und Magd) bestehende Haushaltsform die mit Abstand häufigste. Daneben gab es noch Haushalte, die sich aus mehreren unverheirateten Personen (meistens Geschwistern) zusammensetzten, Haushalte, die aus einem älteren Ehepaar bestanden (dort, wo Kinder schon eigene Haushalte gegründet hatten) und solche aus

141 Muehlbauer, a.a.O., S. 92. Muehlbauer spricht von «Bauer-Arbeiter».

Einzelpersonen (meistens Witwen oder Witwer)¹⁴². Aufgrund der Häufigkeit wird in der Folge hauptsächlich vom Kernfamilienhaushalt die Rede sein.

Dieser Haushalt, wie auch die anderen mit mehr als einer Person, zeichneten sich durch eine klare Rollenverteilung aus. Je nach Geschlecht, Alter und physischer Konstitution waren die einzelnen Haushaltsmitglieder für ganz bestimmte Aufgaben zuständig.

Der Mann, bzw. der Vater, galt als Oberhaupt der Familie und zugleich auch als deren Repräsentant nach aussen. In der Landwirtschaft war er, teilweise zusammen mit erwachsenen Söhnen, für die körperlich schwere, manchmal auch gefährliche, Arbeit verantwortlich.

Die Frau, zusammen mit den Kindern, war für die Haus- und Gartenarbeit zuständig und besorgte meistens auch die Versorgung (Fütterung, Melken) der Kühe.

Die Kinder wurden so früh wie möglich für leichtere Arbeiten beigezogen. So wurde ihnen beispielsweise das Schafe-, Geissen- und Kühehüten zugeteilt. Weiter gehörte in ihren Aufgabenbereich das Holz sammeln, das Auslegen der Saatkartoffeln und schon bald einmal das Misttragen. Oft auch während der schulfreien Mittagspausen wurden sie beauftragt, Haushaltsangehörigen, die an einem entfernten Ort ausserhalb des Dorfes arbeiteten, das Mittagessen zu bringen (nachtragen), so dass von der eigentlichen Pause kaum mehr etwas übrig blieb.

Freilich gab es viele Arbeiten, die vom ganzen Haushalt gemeinsam ausgeführt wurden, wie etwa Heuen und andere Erntearbeiten, aber auch hier gab es die Aufteilung in härtere Arbeit (für Männer) und leichtere (für Frauen und Kinder)¹⁴³.

Mit dieser Aufteilung, die sich durch das ganze Spektrum der landwirtschaftlichen Arbeiten zog, ging gleichzeitig eine Bewertung der einzelnen Tätigkeiten einher.

So galt das «Hauen» der Äcker (vgl. Kap. Landwirtschaft) als eine der strengsten Arbeiten und wurde dementsprechend hoch eingeschätzt. Die «Hauermahlzeit», eine besonders reichhaltige und kräftige Mahlzeit, speziell zubereitet für diese Arbeit, mag den Stellenwert dieser Tätigkeit versinnbildlichen¹⁴⁴.

Im Gegensatz dazu wurde die Arbeit im Haushalt kaum als vollwertig angesehen. Dies mag der Umstand belegen, dass vorhandenes Geld zum weitaus grössten Teil in die Landwirtschaft (Ankauf von Boden, weniger zur Bezahlung von Arbeitskräften) investiert wurde und nur zu einem winzig kleinen Teil in Anschaffungen für den Haushalt.

Beispielsweise wurden Waschhäuser lange Zeit als nicht so dringlich eingestuft. Als einer der ersten, vielleicht sogar als erster, beantragte der Pfarrer 1934 für seinen Haushalt ein Waschhaus, was ihm von der Gemeinde denn auch bewilligt wurde.

¹⁴² Muehlbauer, S. 32-35.

¹⁴³ Eine ausführliche Beschreibung dieser Tätigkeiten findet sich bei Seiler-Joris, S. 25-26 und bei Muehlbauer, S. 32-35. Vgl. auch: Int. 1A/281-346, 1B/167-200, 2B/306-351, 3A/052-072, 4A/487, 6A/651-668, 7B/521-546, 8B/329-414, 9A/328-389, 10B/274-298, 10B/315-358, 10B/419-439, 12B/144-261.

¹⁴⁴ Int. 7B/521-546, 9A/340-389.

Frauen ohne eine solche Einrichtung mussten (auch im Winter) die Wäsche an der offenen Dorfwasserleitung oder an einem Brunnen waschen. Erst allmählich (d.h. mehrteils nach dem zweiten Weltkrieg) wurden im Zuge von Wohnungsneubauten Waschküchen zu einer selbstverständlichen Einrichtung eines Haushaltes¹⁴⁵.

Ähnlich verhielt es sich mit den Wohnverhältnissen in der Küche. Diese liess sich im Winter nur sehr schlecht heizen, da das Mauerwerk (Bruchsteinmauer) an vielen Stellen durchlässig war. Im weiteren wurde in den meisten alten Häusern, wenigstens bis in die zehner Jahre hinein, über offenem Feuer gekocht. Der Rauch entwich dabei durch Ritzen im Dach oder durch einen über der Herdstelle angebrachten Rauchfang¹⁴⁶. Man kann sich leicht vorstellen, unter welchen Bedingungen Frauen, auch wieder besonders während des Winters, kochen mussten. Wie bei den Waschküchen änderte sich die Situation auch hier erst relativ spät¹⁴⁷, in den meisten Haushaltungen erst nach dem zweiten Weltkrieg.

Die Bewertung der einzelnen Tätigkeiten nach dem geleisteten Kraftaufwand und die Bevorzugung des landwirtschaftlichen Produktionssektors bei Investitionen trug zwangsläufig zur Legitimierung der Vormachtstellung des Mannes gegenüber der Frau und natürlich der Kinder bei.

Die eigentliche Verankerung fand die Rollenaufteilung aber in der Tradition. Es galt (und gilt zum grossen Teil auch heute noch) als selbstverständlich, dass dem Mann im einzelnen Haushalt die Führungsposition zufiel bzw. zufällt, da es schon bei den Eltern, den Grosseltern, den Urgrosseltern ... so war. Der Mann war es zudem, der das Know-how für die landwirtschaftliche Produktion (erlernt von seinem Vater) in den Haushalt einbrachte und damit seine Führungsstellung weiter festigen konnte. Obwohl sich Frau und Kinder mit der Zeit dieselben Kenntnisse aneignen konnten, beeinträchtigte dies in keiner Weise die Vormachtstellung des Mannes.

Die Frau hatte zur Hauptsache drei Funktionen zu erfüllen: Erstens wurde mit ihrem in die Ehe gebrachten Erbteil der Besitz des Haushalts vergrössert. Zweitens

145 Int. 3B/106-170, 6A/332-360, 8A/085-119, 12B/331-342, 12B/349-373; GAA, Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «R8», 1909 - [1945], S. 167.

146 Die herkömmlichen älteren Häuser bestanden alle aus zwei Teilen: Das Vorderhaus war ein Blockbau, der die Stube und eventuell noch eine Kammer enthielt. Im Hinterhaus, bei dem drei Wände aus Mauerwerk bestanden (die vierte bildete die Hinterseite des Blockbaues) befand sich die Küche. Diese wurde beinahe ausschliesslich zum Kochen benutzt. Die anderen Tätigkeiten, die sich im Haus verrichten liessen, wurden in der Stube als dem eigentlichen Aufenthalts- und Schlafräum ausgeführt. Vgl. dazu: 1. *Stebler*, S. 67-68. 2. *Weiss Richard*, Häuser und Landschaften, Erlenbach - Zürich 1959, passim. 3. *Die Bauernhäuser des Kantons Wallis*, Bd. 1. Hrsg. von der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde, Basel 1987, passim.

147 Die ersten Kochherde (mit Holz) tauchten nach Aussagen von Interviewten (Int. 4A/576, 9A/396-410) nach dem Bahnbau auf. Häuserrenovationen vor dem zweiten Weltkrieg und damit verbunden auch eine Verbesserung der Verhältnisse in der Küche gab es, nach den Interviews zu schliessen, eher selten. Hier brachten ebenfalls erst Neubauten die entscheidende Wende. Vgl. Int. 3B/139, 4B/181-276, 4B/463-477, 4B/501-537, 11B/012-040, 12B/331-342.

wurde sie als Arbeitskraft für die Hausarbeit, besonders aber für die Landwirtschaft, benötigt und drittens gewährleistete sie die Nachkommenschaft¹⁴⁸.

Die Kinder ihrerseits wurden bald einmal ebenfalls zu unentbehrlichen Arbeitskräften und garantierten eine gewisse Altersvorsorge für die Eltern.

Von aussen her wurde dieses Macht- und Rollengefüge innerhalb des Haushalts sowohl von der Kirche wie vom Staat ideologisch und praktisch gestützt.

Die Kirche als Hüterin der Tradition und der damit verbundenen Autorität wurde nicht müde, immer wieder auf die gottgegebene Hierarchie hinzuweisen und Verstösse dagegen als Sünde abzustempeln¹⁴⁹.

Von staatlicher Seite fand die Vorherrschaft des Mannes ihre Legitimierung im Ehegesetz von 1912. Hierin galt der Mann als Haupt der Gemeinschaft: Er hatte das Recht, die eheliche Wohnung zu bestimmen und nur unter seiner Einwilligung durfte seine Frau einen Beruf ausüben. Die Rolle der Frau wurde folgendermassen umschrieben: «Sie steht dem Manne mit Rat und Tat zur Seite und hat ihn in seiner Sorge für die [Ehe-]Gemeinschaft nach Kräften zu unterstützen. Sie führt den Haushalt»¹⁵⁰.

Diese Rollenaufteilung fand in der dörflichen Gesellschaft ihre Fortsetzung. Der politische Bereich war eindeutig eine Männerdomäne. Frauen wurden bei Abstimmungen nur zugelassen, wenn ihnen die Führung eines Haushalts oblag. Es handelte sich dabei zum grossen Teil um Witfrauen, wie eine Abstimmung vom 24. Juni 1891 zeigt¹⁵¹.

Ebenso verhielt es sich bei der Mitgliedschaft in Geteilschaften, Genossenschaften und Vereinen. Beispielsweise fanden sich unter den 43 Gründungsmitgliedern der Raiffeisenkasse (1926) nur gerade zwei Frauen, bei denen es sich ebenfalls um Witwen handelte. Bis in die heutige Zeit hat sich an dieser Lage kaum etwas verändert. So hiess es noch 1977 auf einer Einladung zur 50 Jahr Jubiläumsfeier: «Zu dieser Feier sind auch die werten Frauen unserer Mitglieder herzlich eingeladen»¹⁵².

148 Seiler-Joris, S. 26, 29, 38-39.

149 Ebd., S.39-40. Bei ihrer Argumentation konnte die Kirche mühelos auf mehrere Bibelstellen zurückgreifen, wie folgende Passagen zeigen: «Ihr Frauen, ordnet euch euren Männern unter! Dadurch zeigt ihr euch dem Herrn untergeordnet. Denn der Mann steht über der Frau, so wie Christus über der Gemeinde steht. Christus als dem Haupt verdankt die Gemeinde, die sein Leib ist, ihre Rettung. Wie nun die Gemeinde Christus untergeordnet ist, so müssen auch die Frauen sich ihren Männern in allem unterordnen» (Epheser 5, 22-24). «Wie es bei allen christlichen Gemeinden üblich ist, sollen die Frauen in euren Versammlungen schweigen. Sie sollen nicht reden, sondern sich unterordnen, wie es auch das Gesetz vorschreibt. Wenn sie etwas genauer wissen wollen, sollen sie zu Hause ihren Ehemann fragen. Denn es schickt sich nicht für eine Frau, dass sie in eurer Versammlung spricht» (1 Korinther 14, 33-35). Weitere Textstellen aus der Bibel: 1 Korinther 7, 3; 11, 3-15; 1 Petrus 3, 1-6; 1 Timotheus 2, 8-15; Genesis 3, 16.

150 ZGB vom 10.12.1907, 18. Aufl. 1974, S. 39ff, Fünfter Titel, Art. 160, 161, 167. Zitiert in: Wecker Regina, Frauen in der Schweiz, Zug 1983, S. 24-25.

151 GAA, Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «G1», [1896]-1908, S. 73.

152 Siehe: Raiffeisenkasse Ausserberg, Jubiläumsschrift 1927-1977, Ausserberg 1977, S.10, Zitat S. 20.

Der Mütterverein und die Kongregation (Vereinigung lediger Frauen) waren unter den Vereinen im Dorf die einzigen, in denen sich Frauen betätigen konnten. Aber auch diese Vereine trugen kaum zur vermehrten Eigenständigkeit der Frauen bei. Die Führung beider war dem Pfarrer anvertraut und dieser war bestrebt, über diese Institutionen die Frauen vor allem in ihrer (künftigen) Rolle als Ehefrau und religiöse Erzieherin der (künftigen) Kinder zu unterweisen. Diese Vereine waren im Grunde genommen nichts anderes als verlängerte Arme der Kirche. In den verschiedenen Kirchenämtern waren keine Frauen vertreten; allein das Reinigen und Schmücken der Kirche lag in ihren Händen¹⁵³.

Auch die Schulausbildung trug wesentlich zur Vormachtstellung des männlichen Geschlechts in der Gesellschaft bei. Nach zwei Jahren Primarschule wurden Knaben und Mädchen vom 3. bis 8. Schuljahr getrennt unterrichtet. Das achte Schuljahr bedeutete für die Mädchen gleichsam das Ende ihrer Schulausbildung (Ausnahme: Religionsunterricht), sofern sie nicht eine Haushaltungsschule oder das Lehrerinnenseminar besuchten, was aber äusserst selten vorkam¹⁵⁴. Die Jungen absolvierten in den vier auf die Primarschule folgenden Jahren die sogenannte Wochenschule (pro Jahr mussten 100 Stunden besucht werden) und den Religionsunterricht¹⁵⁵.

Bei der Berufswahl, sofern sich diese Frage nach dem Schulabschluss überhaupt stellte (bis in die 1930er Jahre hinein machte der überaus grösste Teil keine Lehre), wurden die Jungen ebenfalls massiv übervorteilt. In den meisten Fällen kam eine Berufslehre für Mädchen nur schon deshalb nicht in Frage, weil sie ja sowieso früher oder später heiraten würden. Wie schon erwähnt, bildete der Lehrerinnenberuf eine Ausnahme. Dieser konnte, im Gegensatz zu anderen Tätigkeiten, auch noch von verheirateten Frauen ausgeübt werden, da dies der einzige Vollberuf für Frauen war, dem man ganzzeitig im eigenen Dorf nachgehen konnte¹⁵⁶.

Bei den nebenberuflichen Tätigkeiten sah die Vertretung der Frauen im Vergleich zu den Hauptberufen besser aus. Vom Stellenwert her war beispielsweise die Tätigkeit einer Schneiderin durchaus der eines Schuhmachers ebenbürtig.

Gerade im Bereich der Nebenberufe zeichnete sich während und nach dem Bahnbau im Zuge von Neuerungen eine Erweiterung zugunsten der Frauen ab. Waren bis zum Bau der Bahn Schneiderin und Hebamme mehr oder weniger die einzigen

153 Zu den wichtigsten Kirchenämtern gehörte das Messdienen sowie das Amt des Küsters, des Organisten und des Platzanweisers. Int. 6A/144-152, 10B/298-315; Gespräch mit Frau Agnes Pfaffen-Imboden vom 16.11.1987.

154 Vgl. dazu: Int. 1A/642-660, 6A/048, 6A/190-217.

155 Int. 1A/605-680, 3A/057-120, 6A/014-232, 8B/253-327.

156 Int. 3B/120-135, 4B/003-013, 4B/490-501, 7B/098-203, 10A/532-579, 12A/148-204, 13A/246-281.

nebenamtlichen Frauenberufe, so kamen nun neue Tätigkeiten wie Kellnerin und Verkäuferin hinzu¹⁵⁷. Doch trotz dieser neuen Nebenverdienstsquellen der Frauen wurde die männliche Vorherrschaft nicht angetastet. Ebenso verhielt es sich, als Frauen (und auch Kinder) gezwungen waren, mit den aufkommenden Verdienstmöglichkeiten für Männer bei Bahn, Lonza und im Kraftwerkbau, vermehrt «männliche» Tätigkeiten in der Landwirtschaft zu verrichten. Der Mann blieb unangefochten Oberhaupt des Haushalts und Repräsentant der Familie nach aussen.

Umso erstaunlicher mutet es an, dass es trotzdem noch einen Freiraum für einige Frauen gab, wo sie völlig selbständig agieren konnten. Dies war die Tätigkeit als Sennerin während des Sommers auf der Alp. Die Sennerin war zusammen mit einem oder mehreren Hirten, die ihr unterstellt waren, verantwortlich für den Alpbetrieb. Die Männer waren meistens nur zum Mähen und Heuen von einzelnen Alpweiden zugegen. Die übrige Zeit blieben diese im Dorf, um dort die anfallenden Arbeiten zu verrichten. Auch hier handelte es sich zwar im weitesten Sinne um eine Aufgabenteilung zwischen Frau und Mann. In diesem Bereich war aber wie in keinem anderen die Autonomie der Frau weitestgehend gewährleistet.

Es könnte sich dabei um ein Relikt aus der Zeit handeln, als nach Hans Georg Wackernagel die Eigenständigkeit der Frauen im Wallis noch grösser war und Frauen auch noch politische Mitbestimmungsrechte besaßen¹⁵⁸.

4.2. Die traditionelle Dorfhierarchie von Ausserberg im Wandel.

4.2.1. Das dörfliche Schichtengefüge

Während den Interviews fiel uns immer wieder auf, wie Befragte versuchten, Personen, von denen gerade die Rede war, genealogisch so festzulegen, dass wir dieselben in eine Verwandtschaftsgruppe (unter «Verwandtschaft» verstehen wir blutsverwandte sowie durch Schwägerschaft miteinander verbundene Personen) einordnen konnten.

Wenn also zum Beispiel in einer Erzählung eine Frau XY auftauchte, so wurde erst einmal auf deren Söhne und Töchter hingewiesen. Vermochten wir diese auch

157 Zu Nebenbeschäftigungen: Frauen: Int. 2B/084-090; 2B/113; 4A/019-023; 6B/282-342; 7A/233; 10A/490-521; 10B/003; 10B/027-033; 10B/149; 13A/012-018; Männer: Int. 1B/001-065; 2B/239-253; 3A/120-135; 4A/023-045; 4B/140-171; 6B/001-051; 6B/121-151; 10A/053-062; 10A/078-095; 10A/108-159; 10A/521-579; 10B/358-392; 10B/501-505; 10B/567; 11B/297; 11B/606-634; 12A/204-246; 12B/029-064; 12B/466-473; 13B/011-018.

158 Int. 1A/281-284; 4A/454-458; Wackernagel Hans Georg, *Frauenrecht im alten Wallis*, in: *Altes Volkstum der Schweiz* (Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde Bd. 38), Basel 1956, zitiert in: Muehlbauer, S. 45.

noch nicht einzuordnen, so wurde noch eine Generation angehängt. Auf diese Weise war es uns möglich, von Leuten, die wir kannten und die grösstenteils noch lebten, auf die Herkunft der Frau XY zu schliessen.

Diese Art des Erzählens mag gewissermassen belegen, wie wichtig die Verwandtschaftszugehörigkeit und die Kenntnis der Verwandtschaftsstrukturen für die einzelnen Dorfbewohner und -bewohnerinnen war. Die Verwandtschaft als ganzes und deren einzelne Mitglieder standen in einer engen Wechselbeziehung zueinander. Vom Stellenwert der Verwandtschaft in der Gemeinde hing zum grössten Teil der Besitz bzw. der Reichtum und damit verbunden das Ansehen der einzelnen Personen im Dorf ab (und umgekehrt).

Als Besitz galt neben Gebäuden beinahe ausschliesslich der landwirtschaftlich nutzbare Boden. Er war umso wertvoller, je näher er dem Dorf lag, je umfangreicher, zusammenhängender und fruchtbarer er war. Je nach Wert konnten sich die Eigentümer einen mehr oder weniger grossen Viehbestand (Kühe, Schafe, Ziegen) halten. Da fast kein Bargeld vorhanden war, machte der Viehbestand zusammen mit dem Boden den eigentlichen Reichtum aus. Bodenbesitz war so wichtig, dass sich die Schichtenzugehörigkeit einzelner Personen und ganzer Verwandtschaften fast ausschliesslich daraus ableiten liess¹⁵⁹. Aufgrund dessen wurde der Heiratsplanung eine zentrale Bedeutung beigemessen. Durch die reale Erbteilung, bei der das elterliche Gut zu gleichen Teilen auf die Kinder überging, brachten Mann wie Frau ein Stück Land in die Ehe ein. Bei der Partnerwahl ging es daher um handfeste ökonomische Interessen. Dies schloss jedoch in den meisten Fällen eine gefühlsmässige Zuneigung der Partner nicht aus; die Heirat war meistens eine Verbindung aus wirtschaftlichen Interessen und gegenseitiger Zuneigung¹⁶⁰. Über die Gewichtung von ökonomischen Interessen waren sich freilich in etlichen Fällen Heiratswillige und deren Eltern uneinig. Recht eindrücklich schildert dies das folgende Beispiel:

«Aus all den vielen Szenen, die man mir bereitete, merkte ich langsam, dass z' Marjosi zu arm sei, und ich andere Gelegenheiten zu heiraten hätte. Also war auch mein Vater an der allgemeinen Krankheit «Erbsucht», die in diesen armseligen Bergdörfern wütete (und bis heute nicht ausgestorben ist), erkrankt, und fand es für ausschlaggebend, ob man seine Frau aus einer Familie aussuchte, die eine Kuh mehr im Stall hatte als die andere!»¹⁶¹

Eine Heirat hing aus der Sicht der Eltern in viel höherem Mass von ökonomischen Kriterien ab. Da die Elterngeneration sich durch ihre altersbedingte tiefere Verwur-

159 Muehlbauer, S. 50; Int. 2A/299-335.

160 Seiler-Joris, S. 29-30.

161 Theler Hans, *Erinnerungen*, o.O., 1979 (abgekürzt: Theler), S. 8. Das Zitat stammt von Johann Christian Theler, dem Vater von Hans Theler. Hans Theler druckte dessen «Lebenserinnerungen», die 1939 veröffentlicht wurden, mit einigen Kürzungen in seinem Buch ab. Ein ähnlicher Fall wird in Int. 9A/085-093 geschildert.

zelung im Dorf der verwandtschaftlichen Position in der Gemeinde zweifellos stärker bewusst war als die Heiratswilligen, hatten die Eltern ein viel ausgeprägteres Interesse daran, diese Position, wenn nicht auszubauen, so doch wenigstens zu erhalten.

Bestimmte der Bodenbesitz einerseits die Stellung der einzelnen Person wie der Verwandtschaft im Dorf, so war er andererseits entscheidend für die mehr oder weniger grosse Partizipation an den gemeindeeigenen oder genossenschaftlichen Ressourcen. Je nach der Grösse der landwirtschaftlichen Fläche, konnte beispielsweise eine bestimmte Anzahl Alprechte zur Sömmerung beansprucht werden. Damit konnten die ohnehin schon begüterten Bauern ihre Stellung weiter ausbauen¹⁶².

Während genossenschaftliche Besitzungen allen Frauen und Männern im Dorf zugänglich waren und die einzelnen Rechte auch veräussert werden konnten, galten für gemeindeeigene Besitzungen restriktive Bedingungen. Die Nutzung des Gemeindeguts (es handelte sich hier ausschliesslich um Eigentum der Burgergemeinde, vor allem um Wald, Alpweiden, dazu noch etwas Rebland sowie eine Weinpresse)¹⁶³ blieb grundsätzlich Mitgliedern der Ausserberger Burgerschaft vorbehalten. Unburger und -burgerinnen, d.h. Personen, die in Ausserberg zwar wohnberechtigt, aber nicht heimatberechtigt waren, konnten einzig über das Entrichten von Taxen am Gemeindegut teilhaben. Für gewisse Nutzungsrechte, etwa der Benützung der Rinderalpe, wurden auch für Frauen und Männer der Burgerschaft Gebühren erhoben; Personen ohne Bürgerrecht zahlten jedoch das Mehrfache. So bezahlten Bürger und Bürgerinnen laut einem Gemeinderatsbeschluss vom 21. Nov. 1942 für die Sömmerung pro Kalb Fr. 8.-, während Unburger und -burgerinnen Fr. 20.- entrichten mussten¹⁶⁴.

Frauen und Männer ohne Bürgerrecht hatten aber auch sonst einen schweren Stand. Unburgerehen setzten sich immer zusammen aus einem Mann, der von auswärts gekommen war, und einer Ausserbergerin, die durch die Heirat ihr Bürgerrecht verloren hatte. Da der Mann keinen Bodenbesitz in die Ehe brachte¹⁶⁵ und sich überdies nicht auf eine Verwandtschaft im Dorf abstützen konnte, bedeutete die Diskriminierung ein weiteres schweres Handicap für Personen ausserhalb der Bur-

162 Seiler-Joris, S. 23-25.

163 Muehlbauer, S. 65.

164 GAA, Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «R8», 1909-[1945], ohne Seitenangabe. Weitere ähnliche Bestimmungen in diesem Arbeitsbuch unter folgenden Daten: 25.4.1920; 8.2.1934; 31.3.1935; 18.8.1935; Vgl. auch Kap. BLS 3.2.1.

165 Da eine Bewirtschaftung des männlichen Erbteils in der Heimatgemeinde (des Mannes) von Ausserberg aus unmöglich war, sah sich der Betreffende gezwungen, den Boden entweder zu verpachten oder zu verkaufen. Mit diesem Erlös konnte aber in Ausserberg kaum ein ebenbürtiges Stück Land erstanden werden, da der Boden ja ohnehin gesamthaft schon knapp war. Hinzu kommt noch, dass die Zugewanderten schon in ihrer Heimatgemeinde der unteren oder gar untersten Schicht zuzurechnen waren, lag doch jedem und jeder einzelnen daran, solange als möglich im eigenen Dorf zu wohnen (vor allem wegen der Diskriminierung und Isolierung in einer anderen Gemeinde).

gerschaft. Es ist denn auch nicht weiter erstaunlich, dass sich diese meistens auf der untersten Sprosse der Dorfhierarchie befanden.

Wie erwähnt, war der Boden ein entscheidendes Kriterium für die Schichtenzugehörigkeit. Es fanden sich daher auf der Stufe der meisten Frauen und Männer ohne Bürgerrecht auch all jene, die zwar seit Generationen in Ausserberg wohnten und dort heimatberechtigt waren, denen aber der Bodenbesitz auch nicht ausreichte, um allein davon zu leben. Durch die gängige Heiratspolitik war es ihnen kaum möglich, jemals genügend Boden zu sichern¹⁶⁶. Um dennoch existieren zu können, leistete man zeitweise Taglohnarbeit bei Vollbauern (meistens im Dorf). Als Taglöhnerarbeit wurde ausschliesslich Männerarbeit bezeichnet. Frauenarbeit wie Heuen, Kornschneiden usw., die ebenfalls auf Fremdbetrieben geleistet werden konnte und vom Arbeitsverhältnis her mit der Taglohnarbeit identisch war, titulierte man als «Wiboarbeit» (Weiberarbeit). Bezüglich Leistung wurde diese Frauenarbeit jedoch tiefer eingeschätzt. Nach Gene Muehlbauer entsprach ein Tag «Wiboarbeit» ca. einem halben Tag Männerarbeit¹⁶⁷.

Die Abhängigkeit der Tagelöhner von begüterten Bauern hielt sich einigermaßen in Grenzen. Die Tagelöhner waren zwar auf Arbeit angewiesen, nicht aber darauf, dass sie spezielle Bearbeitungsgeräte für sich selbst ausleihen mussten, wie dies etwa für Tauner des schweizerischen Mittellandes noch der Fall gewesen war. Für die Feldarbeit waren durchwegs Werkzeuge erforderlich, die auch für die unterste Schicht im Dorf erschwinglich waren (vgl. Kap. Landwirtschaft). Einzig zu Transportzwecken mussten Maultiere oder Esel ausgeliehen werden. Doch dies geschah nur in sehr dringenden Fällen. Wenn es nur irgendwie möglich war, trug man die Waren selbst. So erzählte ein Interviewter, dass bei Alpaufzügen nur die Begüterten ein Maultier oder einen Esel als Tragtier benutzten, während die anderen die Waren auf ihren Rücken trugen¹⁶⁸.

Eine andere Rolle nahm Taglohnarbeit und «Wiboarbeit» überall dort ein, wo zwar genügend Boden vorhanden war, wo aber einerseits die eigenen Arbeitskräfte für dessen Bewirtschaftung nicht ausreichten und andererseits das nötige Bargeld fehlte, um fremde Arbeitskräfte zu entlohnen. Anders als bei wohlhabenderen Bauern, die haushaltsfremde Arbeiter und Arbeiterinnen bezahlten, beruhte hier das Arbeitsverhältnis auf dem Gegenseitigkeitsprinzip. Es erfolgte nicht ein Austausch von Arbeitskraft gegen Lohn sondern von Arbeitskraft gegen Arbeitskraft. Dabei ging es also nicht um einen Zusatzverdienst sondern um die Bewältigung der anstehenden Arbeit. Von ihrer Bedeutung her war diese Art von Taglohnarbeit oder «Wiboarbeit» nicht weniger existenzsichernd als die geldorientierte Form.

Bei Tagelöhnern, die auf den Zusatzverdienst angewiesen waren, reichte dieser höchstens aus, um gerade den Lebensunterhalt zu bestreiten. Es waren daher eher

166 Vgl. *Seiler-Joris*, S. 36.

167 *Muehlbauer*, S.35-36.

168 *Int.* 4A/524-533.

Personen aus dieser Schicht, die bei der Gemeinde einen Armenschein beantragen mussten, um beispielsweise für eine Augenoperation oder für das Bestreiten eines Vaterschaftsprozesses das nötige Geld zu erhalten.

Zweifellos gab es häufig auch bei Personen aus der mittleren Schicht - diejenigen, die gerade genug Boden für den Lebensunterhalt besaßen - kein Bargeld, um für derartige Fälle gewappnet zu sein. Bei diesen bestand jedoch schon eher die Möglichkeit, sich Geld von reicheren Dorfgemeinschaften zu leihen. Auf diese Weise blieb den Geldbedürftigen einerseits der Stempel der Armengelegenheit erspart, andererseits auch die Demütigung, ihre Verhältnisse vor dem Gemeinderat auszubreiten.

Gemäss «Arbeitsbuch der Gemeinde» wurden in der Zeitspanne von 1896-1945 nur gerade vier Gesuche (1915, 1916, 1933 und 1937) um Armenunterstützung eingereicht. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass man so weit als möglich versuchte, fehlende finanzielle Mittel bei Verwandten und Bekannten auszuleihen.

Mit Ausnahme der Notunterstützungen während des ersten Weltkrieges gab es laut «Arbeitsbuch der Gemeinde» nur einen Fall, bei dem eine permanente Unterstützung erforderlich war, d.h. dass von den vier Gesuchen um Armenunterstützung sich drei davon auf akute Ausnahmefälle bezogen. Lässt sich nun daraus schliessen, dass es in Ausserberg beinahe keine Personen gab, die fortwährend auf eine Armenunterstützung angewiesen waren?

Die Aussagen aus Interviews weisen eher in die gegenteilige Richtung, bleiben aber zu vage, um daraus Folgerungen zu ziehen. Hier würde wahrscheinlich eine Auswertung der Sparte «Waisenamt», «Armenwesen», «Prozesse» und «Protokoll Polizeiberichte» des Gemeindearchivs zu weiteren Erkenntnissen geführt haben. Die Einsichtnahme in diese Akten wurde uns leider verwehrt¹⁶⁹.

Eine weitere Möglichkeit, den Lebensunterhalt zu bestreiten, bot eine Stelle als Magd oder Knecht in Haushaltungen von reichen Bauern. Aus der Volkszählung von 1880 geht hervor, dass es in Ausserberg insgesamt zwölf Bedienstete gab, acht weibliche und vier männliche. Von elf Haushaltungen mit Dienstleuten hatte nur gerade eine einen Knecht und eine Magd. Über die Herkunft dieser Personen ergeben sich aus der Volkszählung keine Anhaltspunkte, doch lässt sich aus den Zivilstandsbüchern entnehmen, dass der überwiegende Teil aus Ausserberg stammte¹⁷⁰. Im

169 Das «Arbeitsbuch der Gemeinde» ist keinesfalls vollständig. Teilweise finden sich über ganze Jahre hinweg keine Angaben über Gemeinderatssitzungen. Doch selbst wenn die Zahl der Gesuche für einen Armenschein das Doppelte oder gar das Dreifache betragen sollte, so wären dies noch immer wenige Gesuche für eine Zeitspanne von 50 Jahren und für eine Einwohnerschaft, die von 1890 bis 1940 stetig zunahm. GAA, Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «G1», [1896]-1908, GAA, Sign. «R8», 1909-[1945], Eidg. Stat. Amt, Quellenwerk der Schweiz, Heft 467, Angaben der Gemeinde.

170 Eidg. Stat. Amt, Eidg. Volkszählung 1880, zitiert in: Muehlbauer, S. 34; ZAV, Geburtsregister Gemeinde Ausserberg 1894-[1950], Todesregister Gemeinde Ausserberg 1894-[1950]. Die Berufsbezeichnungen in diesen Registern erfassen selbstverständlich bei weitem nicht alle Berufstätigen. Unter den sieben aufgeführten Namen mit Bezeichnungen wie «Knecht», «Hausdienstmädchen», «Magd», «Dienstmagd» finden sich aber keine Personen aus auswärtigen Gemeinden.

weiteren liegt es auf der Hand, dass Dienstleute aus der Unterschicht stammten, da die Bodenverhältnisse dieser Schicht am ehesten einen Arbeitskräfteüberschuss erzeugten.

Auffallend ist das Verhältnis zwischen der Anzahl Mägde und Knechte von 2:1. Am ehesten lässt es sich damit erklären, dass viele Feldarbeiten saisonalen Charakter hatten und daher ökonomischer von Temporärarbeitern, d.h. von Tagelöhnern, ausgeführt wurden als von Knechten, die ganzjährig angestellt waren. Hausarbeit war dagegen viel weniger derartigen saisonbedingten Schwankungen unterworfen, wodurch eine ganzjährige Anstellung für Mägde eher gerechtfertigt war. Zur relativ kleinen Zahl von Knechten mag noch ein weiterer Umstand beigetragen haben. Es gab sogenannte Wochenknechte, die jeweils einmal pro Woche auf einem bestimmten Bauernbetrieb Dienst leisteten¹⁷¹. Da diese bei sich zu Hause wohnten, wurden sie von der Statistik nicht unter «Haushalte mit Bediensteten» erfasst.

Mägde und Knechte standen im Vergleich zu den Tagelöhnern in einem stärkeren Abhängigkeitsverhältnis zu den Arbeitgebern, da sie voll in deren Haushaltungen integriert waren. Dies hiess aber zugleich, dass Bedienstete während ihrer Dienstzeit materiell einigermassen abgesichert waren.

In der Regel waren Mägde und Knechte ledigen Standes. Bei einer eventuellen Heirat war zugleich auch die Gründung eines Haushalts mit eigener Wohnung verbunden. Schon von den engen Wohnverhältnissen her wäre ein Nebeneinander von Dienstleutefamilie(n) und Vollbauernfamilie unter dem gleichen Dach nicht in Frage gekommen. Man darf annehmen, dass Mägde nach der Heirat Hausfrauen wurden und Knechte sich als Kleinbauern und Tagelöhner eine Existenzgrundlage aufzubauen versuchten, immer vorausgesetzt, dass sie weiterhin im Dorf blieben¹⁷².

Das Kriterium Boden galt also als grundlegend für die Platzierung auf der dörflichen Stufenleiter. Es gab aber daneben noch einen Faktor, der ebenfalls massgebend zur Stellung im Dorf beitragen konnte. Es existierten eine Anzahl von Tätigkeiten (die politischen sollen hier noch ausgeklammert werden), die nebenamtlich ausgeführt wurden und neben etwas Geld, vor allem auch Ansehen einbrachten. Einen grossen Teil davon machten die handwerklichen Tätigkeiten (Schuster, Schneiderin, Schreiner, Maurer, Zimmermann, Schmied, Korber) aus, da sich das Handwerk nicht zu einem eigenständigen Berufszweig zu entwickeln vermochte. Beizufügen wären noch Nebenberufe wie Säger, Müller, Metzger sowie die Hebamme und der Quacksalber (Person mit meist rudimentären medizinischen Kenntnissen, aber oft umso grösserer Erfahrung in der Naturheilkunde). All diese Nebenberufe setzten eine spezielle Kenntnis voraus, die den betreffenden Personen eine gewisse Wichtigkeit

171 Int. 12B/446-466; 12B/473-515.

172 Die in den Zivilstandsbüchern aufgeführten Dienstleute (sieben) sind alle, mit einer Ausnahme («Knecht in Bäckereigeschäft»), ledigen Standes. ZAV, Geburtsregister Gemeinde Ausserberg 1894-[1950], Todesregister Gemeinde Ausserberg 1894-[1950].

verlieh. Flüchtig betrachtet, könnte man meinen, dass diesen Tätigkeiten innerhalb des Schichtengefüges eine ausgleichende Wirkung zukam. Anders als beim Bodenbesitz hätte man sich doch hier die Kenntnisse aneignen können. Dem war aber nicht so. Es gab freilich einige Tätigkeiten, die relativ leicht und ohne grossen finanziellen Aufwand erlernt werden konnten und die meistens vom Vater auf den Sohn oder von der Mutter auf die Tochter übergingen. Für die angeseheneren Tätigkeiten wie etwa Schreiner, Schneiderin, Zimmermann oder Maurer war es aber meist die Regel, dass man eine auswärtige (für Schneiderin auch in Ausserberg selbst) «Lehre» absolvierte, d.h., man war zeitweise bei Berufspersonen in einer Nachbargemeinde tätig¹⁷³.

Geldmangel, das Fehlen des nötigen Prestiges und der Beziehungen (übers Dorf hinaus) machte es für Leute aus den unteren Schichten praktisch unmöglich, an solche Lehrstellen heranzukommen.

Bei einigen Tätigkeiten gehörten zudem unabdingbar die nötigen Gebäulichkeiten und Einrichtungen dazu wie beispielsweise beim Müller oder Säger. Wer sich ein oder mehrere Saumtiere hielt oder eine Backstube betrieb¹⁷⁴, war ebenfalls auf Kapital angewiesen.

Liquidität und/oder angesehene verwandtschaftliche Stellung (feste Einrichtungen wie Mühlen, Sägerei und Backstuben wurden meistens weiter vererbt) waren auch hier entscheidend. Von einer egalisierenden Wirkung der Nebenbeschäftigungen konnte also kaum die Rede sein.

Versucht man nun aufgrund der Kriterien «Stellung der Verwandtschaft im Dorf», «Bodenbesitz des einzelnen Haushalts» und «Nebenberufliche Tätigkeiten» ein Schichtengefüge für Ausserberg zu entwerfen, so ergeben sich grobstrichig eine Unter-, Mittel- und Oberschicht, wobei die Mittelschicht nochmals in eine untere und obere aufzuteilen ist.

Die Unterschicht umfasst erstens all diejenigen, die auf eine ständige Unterstützung der Gemeinde angewiesen waren. Im weiteren jene, die alleine vom Ertrag aus der Landwirtschaft nicht existieren konnten und daher auf einen Nebenerwerb (Tagelöhnerlei/«Wiboarbeit» gegen Entlohnung) angewiesen waren. Auch Mägde und Knechte sind wohl dieser Schicht zuzuordnen.

Zur Mittelschicht zählen diejenigen, die ausser in Notzeiten gerade genügend Land besaßen, um davon zu leben. Dabei handelt es sich bei der unteren Mittelschicht um solche Haushalte, die auf Austauscharbeit im Gegenseitigkeitsprinzip angewiesen waren, während bei der oberen Mittelschicht die Mitglieder der eigenen Haushaltung zur Bewältigung der anstehenden Arbeit grösstenteils ausreichten. Handwerkliche und andere Tätigkeiten, die besondere Kenntnisse erforderten, wur-

173 Theler, S. 5; Int. 1A/678-690; 3A/120-135; 9B/490-521; 9B/532-579. Siehe auch Anmerkung 16.

174 Die Backstuben waren in Privatbesitz, wurden aber gegen Entgelt (für einen Backvorgang einen Laib Brot) den einzelnen Haushaltungen zur Verfügung gestellt. Int. 1A/344-350; 2B/351-367; 4B/171-181; 6A/524-550; 10B/159-168; 12B/037-042.

den vor allem von Personen der Mittelschicht, zu einem geringeren Teil von solchen der Oberschicht, ausgeführt.

Die Oberschicht schliesst all jene Haushaltungen ein, die soviel Boden zur Verfügung hatten, dass dieser sie auch in Notzeiten ernährte. Diese hatte zudem das nötige Vermögen, um bei mangelnden eigenen Arbeitskräften andere gegen Entlohnung anzustellen.

Über das Grössenverhältnis dieser drei Schichten zueinander könnte höchstens eine Untersuchung der einzelnen Vermögen (Bodenbesitz) und das versteuerbare Einkommen näheren Aufschluss geben. Im Rahmen dieser Arbeit mussten wir uns auf die Interviews beschränken. Aus diesen lässt sich einzig schliessen, dass es eine relativ breite Mittelschicht und eine dünnere Ober- und Unterschicht gegeben haben musste. Bezeichnend dabei ist, dass die Grenze zwischen Unter- und Mittelschicht viel schärfer gezogen wurde als zwischen Mittel- und Oberschicht. Das ganze System darf man sich zudem nicht als völlig statisch vorstellen. Besonders das Mittelfeld befand sich ständig im Fluss. Es lässt sich aber feststellen, dass von der Mitte gegen die Enden hin eine zunehmende Erstarrung eintrat. Dies will heissen, dass sich ein Aufstieg für eine Person umso schwieriger gestaltete, je tiefer ihre Position im Schichtengefüge war und dass ein Abstieg umso unwahrscheinlicher war, je höher ihre Stellung war¹⁷⁵.

Wer im Dorf wohnte, wurde zwangsläufig in dieses latent vorhandene Schema hineingepresst. Die einzige Möglichkeit diesem auszuweichen, bestand darin, das Dorf zu verlassen. (Bis ins 20. Jahrhundert wanderten auch von Ausserberg etliche Familien nach Übersee aus. Im 20. Jahrhundert erfolgte vermehrt eine Niederlassung in anderen Schweizer Kantonen oder in grösseren Ortschaften des Wallis)¹⁷⁶.

Es ist offenkundig, dass das dörfliche Schichtengefüge mit der Machtstruktur in Ausserberg korrelierte. Solange das Schichtensystem als Ganzes starr blieb, veränderte sich auch die Herrschaftsaufteilung kaum. Wie nun die modernen Einflüsse, die von aussen her in das traditionelle Schichtengefüge eindringen, auf die bestehenden Strukturen einwirkten, soll Gegenstand des folgenden Abschnitts sein.

4.2.2. Die Machtstruktur im Dorf und die wachsenden Einflüsse von aussen

Nach aussen hin zeigte sich die Machtaufteilung am deutlichsten an der Verteilung der Ämter in der Gemeinde. Zuvorderst stand dabei die Stelle des Gemeindepräsidenten als Vorsitzender des Gemeinderates, gefolgt von den übrigen (sechs) Sitzen im Gemeinderat. Aber nur schon von der Gemeinde her gab es eine ganze Anzahl

¹⁷⁵ Int. N°1-13.

¹⁷⁶ Eine eingehende Untersuchung der Auswanderungsproblematik würde die Grenzen dieser Arbeit zweifellos sprengen. Verwiesen sei hier lediglich auf einige weiterführende Werke: *Theiler*, S. 1-32; *Seiler-Joris*, S. 119-136.

weiterer Ämter, die ebenfalls erstrebenswert waren. Neben einem finanziellen Zustupf brachten sie Ansehen für den betreffenden Amtsinhaber. Zu den gemeindeeigenen Posten gesellten sich die verschiedenen Ämter in Geteilschaften, Genossenschaften und Vereinen. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass Frauen (Ausnahme: Witwen und Ledige als Mitglieder der Gemeindeversammlung und von Geteilschaften/Genossenschaften) auf der politisch-ökonomischen Ebene der Gemeinde keine Entscheidungsbefugnisse hatten. Alle Ämter und Posten der Gemeinde wie der Geteilschaften, Genossenschaften und Vereine waren ausschliesslich von Männern besetzt.

Wie angedeutet, kam dem Gemeindepräsidenten eine Schlüsselstellung zu. Er stand nicht nur der Munizipalgemeinde vor, sondern war zugleich auch Vorsitzender der Burgergemeinde. Daneben konnte er massgebend auf die Besetzung von verschiedenen Ämtern in der Gemeinde Einfluss nehmen, beispielsweise beim Einstellen des Lehrpersonals, bei der Wahl der Schulkommissionsmitglieder, der Flurhüter oder des Försters. Er war es zudem auch, der als Gemeindevorsteher mit den kantonalen Behörden verhandelte. So geschaffene Beziehungen konnten auch nützlich sein, wenn z.B. jemand aus dem Dorf ein Studium oder eine auswärtige Lehre beginnen wollte. In solchen Belangen wandte man sich mit Vorzug an den Gemeindepräsidenten, was dessen Stellung zweifellos noch weiter festigte¹⁷⁷.

Es ist denn auch weiter nicht erstaunlich, dass die Oberschicht die Gemeindepräsidenten stellte. Um Präsident zu werden, musste man zum einen die nötige Intelligenz mitbringen und zum andern aus einer hochangesehenen Verwandtschaft mit möglichst vielen (männlichen) Mitgliedern stammen. Zudem musste die finanzielle Unabhängigkeit des eigenen Haushalts gewährleistet sein. Im weiteren war es von Vorteil, wenn man sich schon durch eine Führungsposition in einer Geteilschaft, Genossenschaft oder in einem Verein profiliert hatte¹⁷⁸.

Im Gegensatz dazu waren die Anforderungen für einen Sitz im Gemeinderat bedeutend niedriger angesetzt. Dementsprechend geringer waren auch die Einflussmöglichkeiten. Das Amt bot aber allemal noch Gelegenheit, bei der Vergabe von niederen Chargen in der Gemeinde die eigenen Verwandten oder den Bekanntenkreis zu berücksichtigen. Dazu ein Interviewter: «Wenn hier manchmal ein Gemeinwerk geleistet werden musste - das war im Winter/Frühling, wenn die Wasserleitungen zugefroren waren und da musste man Eis und Schnee schaufeln - und man dort Arbeit erhielt, war man schon gut angeschrieben. Denn das waren immer die Verwandten derjenigen, die im Gemeinderat sassen»¹⁷⁹.

Im Gemeinderat war auch die Mittelschicht vertreten; es waren aber vor allem auch jene Mitglieder der Oberschicht dort anwesend, die es mangels genügender

177 Zur Stellung des Gemeindepräsidenten: *Muehlbauer*, S. 80-82.

178 *Muehlbauer*, S. 82-83.

179 Int. 4B/454-461.

Fähigkeiten nicht bis zum Gemeindepräsidenten schafften. Es soll einflussreiche Verwandtschaften der Oberschicht gegeben haben, die es über lange Zeit hinweg (mind. 50 Jahre) nie zu einem Gemeindepräsidenten brachten¹⁸⁰.

Für die Unterschicht bot sich kaum eine Chance, je an eines dieser Ämter zu gelangen, da der Bodenbesitz als Hauptindikator für Reichtum und Ansehen galt. Mit der aufkommenden Lohnarbeit, zunächst bei der Bahn, später bei der Lonza und beim Wasserkraftwerkbau, eröffnete sich nun die Möglichkeit eines Aufstiegs.

Die Arbeitsstellen waren jedoch bis nach dem Zweiten Weltkrieg die meiste Zeit über dünn gesät und waren alles andere als sicher.

Im weiteren gestattete zwar die Eröffnung eines Ladens Mitte der zehner Jahre den Einkauf der gebräuchlichsten Waren im Dorf, barg aber zugleich die Gefahr der Verschuldung in sich. Die meisten Einwohner kauften mangels Bargeld auf Kredit, d.h. die Einkäufe wurden laufend in ein Büchlein («Ghuntubüechilli») eingetragen. Gegen Ende des Jahres wurde ein Stück Vieh verkauft und mit dem Erlös die Schulden beglichen. Konnten diese Kredite über längere Zeit nicht bezahlt werden, so schritt man zu Betreibungen. Dies hatte zur Folge, dass meist ein Stück Land versteigert werden musste¹⁸¹. Versteigerungen trafen dabei besonders Leute aus der Unterschicht, die ohnehin zu wenig Land zur Verfügung hatten. Diese mussten sich, um überhaupt überleben zu können, in einem noch stärkeren Masse auf Taglohn- oder Lohnarbeit verlegen (vorausgesetzt, dass sich Arbeit bot) und wurden noch abhängiger von fremdproduzierten Waren.

Ein effektiver Aufstieg gelang also letztlich nur wenigen, vornehmlich solchen mit einer über mehrere Jahre hinweg sicheren Arbeitsstelle (vgl. Kap. BLS). Unter diesen tat sich ein Mann, im weiteren G.H. genannt, besonders hervor. In ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, konnte er sich zunächst bei Vermessungsleuten der EGL nützlich machen und hatte sich bis zum Ende des Lötschbergbahnbaus so weit emporgearbeitet, dass er die Aufsicht über die Instandstellungsarbeiten der drei Ausserberger Wasserleitungen erhielt. (Durch einen Bergsturz wurden diese 1914 soweit zerstört, dass die Gefahrenstelle nur durch das Aussprengen von Stollen umgangen werden konnte). In den folgenden Jahren erhielt G.H. als Kleinunternehmer auch Aufträge von der BLS. Am Strassenbau der zwanziger- und dreissiger Jahre in Ausserberg war er massgeblich beteiligt. Besonders tatkräftig setzte er sich für eine Trinkwasserversorgung der Gemeinde ein. Schon 1925 unterbreitete er der Gemeindeversammlung den Vorschlag, einen Wasserversorgungsfonds einzurichten (wurde angenommen) und 1939 konnte mit der Wasserversorgung begonnen werden.

Von ebenso grosser, wenn nicht grösserer Bedeutung war G.H.'s Engagement für die Errichtung eines Dorfladens. Der erste Konsumverein wurde von G.H. und dem

180 Int. 13A/477: «Gerade Familie XZ erhielt nie einen Präsidenten. Da war zwar der A.Z. im Gemeinderat und der B.Z., Vater von A.Z., war im Rat, aber ...». Die Angaben in den «Arbeitsbüchern der Gemeinde» (Sign. «G1», «R8») bestätigen diese Aussage.

181 Int. 1A/434-451; 2B/177-228; 2B/263-306; 4B/389-425; 6A/601-616; 9A/307-328; 10B/011-024.

damaligen Pfarrer (beide gut miteinander befreundet) zusammen mit anderen Dorfgenossen gegründet. Der Laden wurde im Haus von G.H., welcher zugleich als Verwalter amtierte, untergebracht. Nach Meinung verschiedener Interviewter soll G.H. jedoch bald einmal gesehen haben, dass der Konsum rendierte. Er soll daraufhin kurzerhand seinen Posten als Konsumverwalter niedergelegt und vorgegeben haben, die Lokalität für eigene Zwecke zu gebrauchen. Der Konsumverein löste sich jedenfalls auf, und G.H. gründete einen eigenen Laden. Da dieser Laden bis anfangs der dreissiger Jahre konkurrenzlos dastand, wurden etliche Frauen und Männer aus dem Dorf aufgrund der Kreditpraxis (siehe Kapitel «Landwirtschaft») in mehr oder weniger grossem Mass von G.H. abhängig.

Als Ladenbesitzer und als Unternehmer erwarb sich G.H. Ansehen und Einfluss. Das führte schon 1917 dazu, dass er zum Gemeindepräsidenten gewählt wurde. In den folgenden Jahren, bis in die dreissiger Jahre hinein, war er die eindeutig dominierendste Person im Dorf (Gemeindepräsident von 1917 bis 1920; 1925 bis 1926; von 1927 bis 1933 war eine eng mit G.H. liierte Person Präsident).

Durch laufende Bodenkäufe verstand er es, auch als Bodenbesitzer zur Oberschicht aufzusteigen¹⁸².






In Sachen Bodenerwerb tat sich neben G.H. auch noch ein anderer, bei der BLS als Bahnwärter Beschäftigter, hervor. In der allgemeinen Krisenzeit der dreissiger Jahre sollen allein diese zwei noch imstande gewesen sein, Boden aufzukaufen¹⁸³. Auch diesem Bahnwärter, ebenfalls aus ärmeren Verhältnissen, gelang der Sprung in die Oberschicht.

Die Reaktion der alteingesessenen Oberschicht auf die Einflüsse von aussen war unterschiedlich. Den meisten dieser Neuerungen wie etwa der Eisenbahn oder der Einkaufsmöglichkeiten im Dorf, konnte oder wollte sich wohl kaum jemand entziehen. Die Lohnarbeit war aber umstritten, im Falle der Lonza sogar lange Zeit verpönt. Nur gerade die BLS-Arbeit erwies sich bei einem Teil der Oberschicht als salonfähig.

Diese Oberschicht, die bisher aus reinen Vollbauern bestanden hatte, veränderte sich also insofern, als dass einerseits einige wenige, durch Lohnarbeit oder andere nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten reich gewordene, neu hinzutraten und andererseits sich ein Teil der Oberschicht der Lohnarbeit zuwandte. Äusserst deutlich schlug sich diese dreigliedrige Aufteilung in der Besetzung des Gemeindepräsidentenamtes nieder. Waren es bis 1916 ausschliesslich Vollbauern, die dieses Amt bekleideten, so änderte sich dies erstmals mit der Nomination von G.H. (1917-1920). Von 1921-1924 folgte wieder ein Landwirt, wurde aber 1925 wieder von G.H. abgelöst. Nach zwei Jahren, von 1927 an, wurde das Amt erneut von einem Bauern besetzt, ging dann

182 über G. H.: a) allgemein: *Muehlbauer*, S. 99-100; b) Dorfladen: Int. 1A/370-460; 2B/076-141; 4B/315-425; 6A/491-622; 7A/140-159, 223-249; 9A/174-326; 10A/631-692; 10B/001-036; 11B/465-553, 575-606; c) Tätigkeit bei der Bahn/Unternehmer: Int. 1B/086-093; 2B/001-057; 5A/025, 033-036; 10A/352-384; 12A/364-390; d) Bodenkau: Int. 11B/071-155.

183 Vgl. Int. 3A/135-188; 11B/071-075.

aber von 1933 weg an einen Bahnarbeiter über. Erst 1941 folgte wieder ein Landwirt. Von den fünfzig Jahren zwischen 1896 und 1945 besetzten also 36 Jahre die Vollbauern das Präsidentenamt, acht Jahre ein Bahnarbeiter aus der Oberschicht und sechs Jahre ein Selbstständigerwerbender (ausserhalb der Landwirtschaft tätig). Das Verhältnis veränderte sich immer mehr zugunsten der ausserhalb der Landwirtschaft Tätigen (Landwirtschaft als Nebenbeschäftigung wurde dabei freilich auch von diesen weiterhin ausgeübt). Es ist aber bezeichnend, dass nach wie vor eine Oberschicht, erweitert durch wenige Aufsteiger, das Sagen hatte. Das Präsidentenamt teilten sich während der fünfzig Jahre neun Verwandtschaften, wobei viele von diesen untereinander verschwägert und liiert waren. Zwei dieser Verwandtschaftsclans mit zusammen fünf Geschlechtern (auf den Tabellen **3 und **4 gekennzeichnet mit:  rot,  hellrot schraffiert,  gelb;  blau,  grün) stellten von 1896-1945 nicht weniger als sieben der zwölf Präsidenten und hielten damit während 35 der fünfzig Jahre dieses Amt in ihren Reihen¹⁸⁴.

Zwei politische Gruppierungen gab es gemäss Interviews in Ausserberg schon immer. Ganz eindrücklich zeigte sich dies etwa noch bei der Bahnhofabstimmung von 1906, bei der sich eine konservativere und eine fortschrittlichere Partei gegenüber standen (vgl. Kap. BLS). Die Parteiungen waren aber eher lose Verbindungen, die sich höchstens vor Wahlen enger zusammenschlossen. Auch eine Abstimmung von 1906 war nicht so turbulent, dass sich daraus zwei bleibende, festgefügte Lager hätten bilden können. Erst in den dreissiger Jahren drohte sich die Situation zuzuspitzen: Ein Bahnarbeiter aus der Oberschicht (im weitem B.C. genannt) setzte sich bei den Gemeindepräsidentenwahlen von 1933 durch und stellte damit die Vorherrschaft G.H's. zumindest in Frage. Als die Familie B.C's. Mitte der dreissiger Jahre noch einen Laden übernahm, musste dies von G.H. als offene Kampfansage verstanden werden. Der besagte Laden existierte zwar schon seit Ende der zwanziger Jahre, stellte aber bis zur Übernahme nie eine ernsthafte Konkurrenz für G.H. dar, da die Besitzer schon bald kaum mehr Interesse am Geschäft zeigten.

Die Dominanz G.H's von der Mitte der zehner Jahre bis in die dreissiger Jahre einerseits und nun die Wahl B.C's zum Gemeindepräsidenten und die Übernahme eines Ladens durch B.C's Familie andererseits, mussten zweifellos zu einer stärkeren Polarisierung im Dorf führen. Nur schon der Einkauf in einem der beiden Läden konnte als Parteinahme gedeutet werden. Zur offenen Spaltung kam es aber auch in den dreissiger Jahren noch nicht. Als 1943 ein neuer Konsumverein gegründet wurde, nahm dieser zwar den beiden bisherigen Ladenbesitzern den Wind aus den Segeln, die Polarisierung blieb aber bestehen.

Der weitere Verlauf sei hier nur kurz angedeutet: 1956 führte die Gründung einer CSP-Ausserberg [die christlich-soziale Partei auf kantonaler Ebene spaltete sich

¹⁸⁴ GAA, Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «G1», [1896]-1908, GAA, Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «R8», 1909-[1945], GAA, Rechnungsbuch der Gemeinde, Sign. «G2», [1896]-1899, GAA, Rechnungsbuch der Gemeinde, Sign. «R7», 1900-1918.

1917 als linker Flügel der KK (Katholisch-Konservativ) ab] zum Eklat. Die verschiedenen Verwandtschaftsclans formierten sich nun sichtbar in zwei klar abgegrenzte Gruppen, deren Zusammensetzung sich bis heute nicht verändert hat. Von diesem Zeitpunkt an beherrschten die beiden Parteien nicht nur das Umfeld bei Wahlen sondern das alltägliche Geschehen überhaupt¹⁸⁵.

4.3. Abschliessende Bemerkungen

Bei der geschlechtsspezifischen Rollenaufteilung hatte sich also trotz der anlaufenden (zunächst vor allem) wirtschaftlichen Umstrukturierung kaum etwas geändert. Das Nebenberufsangebot für Frauen erweiterte sich zwar, dies reichte aber nicht aus, um auch an der Stellung der Frau etwas zu verändern.

Im Gegensatz dazu änderte sich in der von Männern beherrschten Dorfhierarchie sehr wohl etwas. Auslösender Faktor war eindeutig das Bargeld, das im Zuge der ökonomischen Neuerungen eine immer wichtigere Rolle zu spielen begann. In der vorhergehenden, beinahe bargeldlosen Zeit (selbst die Vollbauern verfügten über relativ wenig Bargeld) konnte der Vermögensindikator «Boden» praktisch nur über gezielte Heiratspolitik vergrössert werden. Nachdem sich nun das Bargeld etabliert hatte, zeichneten sich verschiedene Veränderungen ab.

Mit der Eröffnung eines Dorfladens gerieten allmählich etliche Dorfbewohner und -bewohnerinnen durch das aufkommende Kreditsystem in die Abhängigkeit des Ladenbesitzers (ab Mitte der dreissiger Jahre waren es zwei Läden). Ebenfalls im Zusammenhang mit diesem Kreditsystem kam es vermehrt zu Zwangsversteigerungen von Boden. Dies führte dazu, dass finanzkräftige Personen leichter an das Prestigeobjekt «Boden» herankamen. Unter den Bodenkäufern fanden sich vornehmlich solche, denen von ihrem Geldeinkommen (Verdienst aus sicherer Lohnarbeit oder gewinnbringender selbstständiger Tätigkeit) auch nach dem Abzug der Lebenshaltungskosten noch ein Restgeldbetrag zum Investieren übrig blieb.

Es war nun also möglich, mit Hilfe von Bargeld Ansehen zu erwerben und zwar unabhängig von der Stellung, die die Verwandtschaft im Dorf einnahm. Der Einzug des Bargelds, mit dem gleichzeitig auch ein allmählicher Loslösungsprozess zwischen Verwandtschaft und Individuum einherging, bewirkte, dass einige aus der Unterschicht den Aufstieg in die Mittel- oder Oberschicht schafften.

In der Oberschicht liessen sich infolge des Bargeldeinflusses fortan drei Gruppierungen unterscheiden:

- Eine Gruppe aus Vollbauern, die sich von Lohnarbeit distanzierte (stammte aus der traditionellen Oberschicht),

185 Zur Dorfpolitik: Int. 5B/000-100; 6B/417-455; 11B/383-406; 11B/430-465; 11B/553-575; 13A/461-579; Muehlbauer, S. 76-83, S. 99-103, S. 112-116; Vgl. auch Anmerkung 41 b); d).

- eine weitere Gruppe von Vollbauern, deren Mitglieder nun teilweise einer Lohnarbeit nachgingen (entsprang ebenfalls der traditionellen Oberschicht),
- eine dritte Gruppe, die aus Aufsteigern bestand und sich bemühte, über Bargeld den nötigen Bodenbesitz aufzukaufen.

Der Antagonismus, der sich mit der Zeit aus den zwei letzteren entspann, führte schliesslich zu einer völligen Polarisierung im Dorf. Dabei schlossen sich die Vollbauern entweder der zweiten oder dritten Gruppe an. Dies zeigt, dass die Bargeldverdiener in der Oberschicht immer mehr die Oberhand (zahlen- und machtmässig) gewannen und damit die reinen Vollbauern an den Rand abdrängten.

Damit wird auch die abnehmende Bedeutung der Landwirtschaft als Haupterwerbsquelle generell ersichtlich. (Der eigentliche landwirtschaftliche Niedergang erfolgte aber erst in den fünfziger und sechziger Jahren im Gefolge der rasch ansteigenden Lohnarbeit).

Je mehr also Bargeld auch in Ausserberg in Umlauf kam, desto mehr konnte sich die Oberschicht (vor allem 2. und 3. Gruppe) ihre Stellung festigen und ausbauen. Dabei gerieten besonders Haushalte mit wenig landwirtschaftlich nutzbarem Boden in vermehrte Abhängigkeit der Herrschenden.

Gleichzeitig führte die zunehmende Lohnarbeit (zum grössten Teil Saisonarbeit) und der wachsende Konsumgüterbedarf (auch hier wieder am stärksten bei Haushalten mit wenig Bodenbesitz) dazu, dass die Bewohner und Bewohnerinnen Ausserbergs in viel ausgeprägterem Masse nationalen und internationalen wirtschaftlichen Schwankungen ausgeliefert waren.

BIBLIOGRAPHIE

A. Ungedruckte Quellen

1. BLS-Archiv (in Bern) : Signatur «Ausserberg».
2. Gemeindearchiv Ausserberg :
 - G1 Arbeitsbuch der Gemeinde [(1886)-1908]
 - G2 Rechnungsbuch [(1896)-1899]
 - R7 Rechnungsbuch (1900-1918)
 - R8 Arbeitsbuch der Gemeinde [1909-(1945)]
 - Sign. Landwirtschaft
 - Sign. A
3. Interviews mit Ausserbergern und Ausserbergerinnen: Kassetten 1-13 (werden aufbewahrt bei E. Pfaffen, Ausserberg).

4. Lonza-Archiv, Lonza Werke in Visp. Personalkartei (seit Bestehen des Werkes bis 1957) auf Mikrofilm.

5. Zivilstandsamt Visp:

- Geburtsregister «Ausserberg» Bd. II-V;
- Todesregister «Ausserberg» 1876-1894; 1894-1926, 1926-1929, 1930-(1952).

B. Gedruckte Quellen

- Eidg. Stat. Amt, Statistisches Quellenwerk der Schweiz, Heft 218, Der schweiz. Nutztierbestand in der Kriegs- und Nachkriegszeit.
- Eidg. Stat. Amt, Statistisches Quellenwerk der Schweiz, Heft 312.
- Eidg. Stat. Amt, Statistisches Quellenwerk der Schweiz, Heft 467, Angaben der Gemeinde, Bern.
- Meyer Leo, Les recensement de la population du canton du Valais, de 1798 à 1900, Berne 1908.

C. Zeitungen und Zeitschriften/Periodica

- Blätter aus der Walliser Geschichte, Bd. VI, 5. Jg., Brig 1925 (1928), S. 434-456.
- Itinera, Fasc. 1, 1985, «Ortsgeschichte», Hrsg. von: Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz, Basel 1985, S. 5-18.
- Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen, 85. Jg., Nr.2, Februar 1934, S. 60-63.
- Walliser Bote, 1. Jan. 1922, S. 1 und 4. Jan. 1922, S. 1.
- Walliser Jahrbuch 1937, 6. Jg., Brig 1936, S. 572-573.
- Walliser Jahrbuch 1939, 8. Jg., Brig 1938, S. 105-108.
- Walliser Volksfreund, 24. September 1957, S. 5 und 27. September 1957, S. 9.

D. Literatur

- Anderegg Klaus*, Ausserberg. Dorf und Weiler, Ausserberg 1983.
- Andreae Charles*, Die Baugeschichte der Lötschbergbahn, Bern 1940.
- Belloncle Patrick*, Die Geschichte der Lötschbergbahn, Breil sur Roya 1986.
- Boillat Elisabeth*, Der Arbeiterbauer im Oberwallis im besonderen im Einzugsgebiet der Lonza AG, Werk Visp (Diplomarbeit Schule für Sozialarbeit Bern), Bern/Visp 1969.
- Bratschi Robert*, 100 Jahre bernische Eisenbahnpolitik, 50 Jahre Lötschbergbahn, Bern 1963.

Die Bauernhäuser des Kantons Wallis, Bd. 1, Hrsg. von der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde, Basel 1987.

Gertschen Willy, Die Entwicklung der Industrie des Kantons Wallis seit 1920 (Dissertation), Bern 1950 (unveröffentlicht).

Grimm Jakob und Wilhelm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 12 (von 1885), München 1984.

Jeggle Utz, Der Kopf des Körpers. Eine volkskundliche Anatomie, Weinheim und Berlin 1986.

Jossen Peter, Baltschieder und sein Tal, Brig 1984.

Kaufmann Beat, Die Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton, (Basler Dissertation) Zürich 1965.

Krippendorf Jost, Die Ferienmenschen, München 1986.

50 Jahre Lonza Elektrizitätswerke und chemische Fabriken 1897-1947, Zürich 1947.

Muehlbauer Gene, Common Interest Associations, Intensification of Factionalism and New Leadership: Responses to Economic Change in a Swiss Alpine Community (Dissertation), Wisconsin-Milwaukee 1979.

Niederer Arnold, Gemeinwerk im Wallis. Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde, Band 37, Basel 1956.

Raiffeisenkasse Ausserberg, Jubiläumsschrift, 1927-1977, Ausserberg 1977.

SAC-Ortsgruppe, 600 Jahre Wasserleitung Niwärsch 1381-1981 Ausserberg, Brig und Ausserberg 1981.

Schmid Felix, (Hrsg.) Ausserberg und sein Wasser, Visp 1981.

Schmid Stephan, Die Wasserleitungen am Bischofsberg. In: BWG, VI, Brig 1925 (1928), S.434-456.

Schmid Stephan, Der «Chänilzug» in Ausserberg. In: Walliser Bote, 1. Januar 1922, S. 1, und ebd., 4. Januar 1922, S.1.

Seiler-Joris Elisabeth, Sozialer Wandel im Oberwallis in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Lizentiatsarbeit), Zürich 1979.

Stebler F.G., Sonnige Halden am Lötschberg. Beilage zum Jahrbuch des S.A.C., Band XLIX, Zürich 1914.

Stebler F. G., Ob den Heidenreben, 1901.

Stebler F. G., Das Goms und die Gomser, 1903.

Stebler F. G., Am Lötschberg, Land und Volk von Lötschen, 1907.

Suter Karl, Bevölkerungsbewegung und wirtschaftliche Wandlung im Wallis, Brig 1947.

Theler Hans, Erinnerungen, o.O. 1979.

Thompson Edward P., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt, Wien 1980.

Volmar Fritz, Die Lötschbergbahn. 1913-1941, Teil II, In: Schweiz. Beiträge zur Verkehrswirtschaft, Heft 8, Bern 1942.

Wackernagel Hans Georg, Frauenrecht im alten Wallis, In: Altes Volkstum der Schweiz (Schriften der Schweiz. Gesellschaft für Volkskunde, Bd. 38), Basel 1956.

Wecker Regina, Frauen in der Schweiz, Zug 1983.

Weiss Richard, Häuser und Landschaften, Erlenbach-Zürich 1959.

Weissen Ludwig, Die Theresienkapelle von Ausserberg. In: Walliser Jahrbuch 1937, 6.Jg., Brig 1936, S. 72-73.

Zulliger Hans, Ausserberg ein Walliser Gemeinwesen, Bern 1931

E. Zu «Oral History»

Favez Jean-Claude, Les archives sonores, in: Domaine public, 894/11.2.1988.

Niethammer Lutz (Hrsg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der «Oral History», Frankfurt 1980.

Niethammer Lutz/von Plato Alexander (Hrsg.), «Wir kriegen jetzt andere Zeiten», Berlin/Bonn 1985; dort: Fragen - Antworten - Fragen, S. 392-445.

Lili, Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, Heft 47: Sprachgeschichte und Sozialgeschichte, Hrsg. *Helmut Kreuzer*, Göttingen 1982; darin:

Bommes Michael, Gelebte Geschichte. Probleme der Oral History, S.75-103.

Schlieben-Lange Brigitte, Für eine Geschichte von Schriftlichkeit und Mündlichkeit, S.104-118.

Tagesanzeiger, vom 24. September 1985, S. 54: «Neue Geschichtsbilder durch mündliche Überlieferung»

Siglen

BAA: BLS-Archiv, Sign. «Ausserberg»

GAA: Gemeindearchiv Ausserberg

Int: Interviews

LA: Lonza-Archiv

ZAV: Zivilstandsamt Visp

Nutztierbestände von Ausserberg

Rindvieh				Schweine		Ziegen		Schafe	
Besitzer		Total	Kühe	Besitzer	Total	Besitzer	Total	Besitzer	Total
1890 ¹	(?)	353	178	(?)	25	(?)	196	(?)	550
1901	71	401	115	(?)	48	(?)	87	(?)	596
1911 ²	73	324	(?)	(?)	52	(?)	102	(?)	563
1936	81	432	192	52	93	45	259	46	408
1941	94	499	199	74	135	62	286	48	371
1942	92	449	199	75	109	53	212	41	273
1943	100	446	206	82	128	66	255	45	296
1944	102	430	210	89	133	67	265	43	301
1946 ³	394	395	194	83	121	62	223	40	278
1956 ⁴	485	391	168	72	145	27	84	57	451

Zahlenmaterial aus: GAA, Signatur Landwirtschaft,
Landwirtschaftliche Produktionskataster, Seite 6

Das Zahlenmaterial stimmt mit den Angaben aus den verschiedenen Viehzählungen, die das Eidg. Amt für Statistik durchgeführt hatte, überein (vom Verfasser eigens überprüft).

1. GAA, Signatur G1, Seite 69
2. Stebler, a. a. O., Seite 90. Stebler nennt seine Quelle lapidar:
«Viehbestand nach der Zählung 1911»
3. Der Schweizerische Nutztierbestand in der Kriegs- und Nachkriegszeit.
Statistisches Quellenwerk der Schweiz, Heft 218, Seite 140f
4. Statistisches Quellenwerk der Schweiz, Heft 312, Seite 134f

Landwirtschaftliche Produktion

Ergebnis von Obstbaumzählungen:

Jahr	Kernobstbäume		Steinobst- bäume	Nussbäume	Obstbäume Total	Bäume je ha Kulturland
	Total	Apfelbäume				
1929	387	378	852	115	1354	7

Obstbau und Ackerbau:

Nur ein Fünftel des Obstbestandes ist in Baumgärten konzentriert. Der Hauptteil steht in lockeren Beständen oder vereinzelt (Kirschbäume). Der Baumpflege dürfte vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken sein, und die Rodung von Steinobst-Ruinen wäre von guter Wirkung auf den Unternutzen.– Es befinden sich 5 Bienenhalter im Ort.

5. Rebbau

Rebfläche: Anbaustatistik 1934:4.07 ha; Betriebszählung 1939: 5.3 ha

Das Rebland, von dem jeder Landwirt ein Stück besitzt, befindet sich in den tiefer gelegenen Gemeinden (St. German). Vorherrschende Sorte: Gwäss.

6. Pflanzenbau. Ergebnisse der Anbauerhebungen:

	Anbaufläche in ha								Anzahl Pflanzer	
	1919	1929	1934	1940	1941	1942	1943	1944	1934	1942
Getreide, total	28.1	31.0	30.0	28.6	27.8	27.2	28.9	29.1	86	105
in % des Kulturlandes	14.4	15.8	13.3		14.7					
Winterweizen	1.49	1.54	0.99	1.43	1.46	1.45	1.77	1.63	40	
Sommerweizen	0.15	0.82	0.03	-	0.17	0.25	0.13	0.07	1	
Roggen	22.1	1.22	27.0	25.4	23.7	24.0	25.2	25.7	86	
Spelz, Einkorn, Emmer	-	24.8	-	-	0.20	-	-	-	-	
Mischel	-	0.99	-	-	-	0.05	0.01	0.04	-	
Hafer	1.40	0.49	0.60	0.30	0.45	0.10	0.18	0.18	20	
Gerste	2.87	1.19	1.31	1.52	1.75	1.35	1.62	1.51	5/28	
Körnermais	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Hackfrüchte, total	7.8	8.6	8.7	9.0	9.7	9.5	11.2	11.2	85	
in % des Kulturlandes	4.0	4.4	3.9		5.1					
Kartoffeln	7.2	8.3	8.4	8.5	9.2	9.3	11.1	11.0	85	106
Runkeln, Kohlrüben, Möhren u. a.	0.57	0.36	0.25	0.48	0.46	0.26	0.09	0.26	15	
Zuckerrüben	-	-	-	-	-	-	0.01	-	-	
Gemüsebau, total	0.37	0.92	0.66	0.97	1.21	1.09	1.40	1.67	40	79

Nr. 10 (Quelle: GAA, Sign. «Landwirtschaft». Landwirtschaftliche Produktionskataster, Seite 7)

Arbeitsjahre (Zeile 6-4)	7	31	27	27	16	23	30	30	7	9	4	25	13	10	8	25	27	9
		23	23	26	26	23	15	19	7	13	15	24	11	5	6	13	4	10
		11	11	17	10	12	1	12	8	1	1	11	10	2	5	2	1	10
		2	2	1	2	7	1	1	2	8	5	2	2	1	5	3	5	6
		3	1															
Arbeitsjahre in %	8	91	84	79	50	85	88	88	27	60		78	65	59	-	-	-	-
		85	85	-	-	92	68	-	37	59	63	48			-	57		43
		48	50	77	-	-		-	80			-	-					-
						-			-									-
Total Saisonjahre	9	15	11	7	6	5	6	11		4		6	7	5	4	13	11	5
		5	6	5	6	3	7	2	3	4	3	3	2	3	5	5	3	4
		3	5	6	2	2		1	5			2	2		2			3
						2				1	3				2	2	2	2
		2																
Saisonjahre in %	10	48	40	26	38	22	20	37		44		24	54	50	50	52	41	56
		22	26	19	24	13	47	11	43	31	20	13	18	60	83	38	75	40
		27	45	35	20	17		8	63			18	20		40			30
						29				13	60				40	67	40	33
		67																
Ganzjahresjahre in %	11	52	60	74	62	78	80	63		56		76	46	50	50	48	59	44
		78	74	81	76	87	53	89	57	69	80	87	82	40	17	62	25	60
		73	55	65	80	83		92	37			82	80		60			70
						71				87	40				60	33	60	67
		33																
Zeile 2:1 in %	12	36	57			**	57		33			50	17	67		30	10	
		! 20	! 20	! 40	**			!		!	!	!	!	!	!	!	!	**
		! 67	20	**	**		!	25		**	!							!
						!		/										**

** Anzahl Jahre ist identisch

! Kein 3-Monatsarbeitsverhältnis

/ Kein 9-Monatsarbeitsverhältnis

Tabelle 2

Bevölkerungszahlen der Gemeinde Ausserberg (1798 bis 1979)

Jahr	1	2	3	4
1798	290			
1802	245			
1811	-			
1816	228			
1821	216			
1829	273			
1837	284			284
1846	332		284	332
1850	358	405	-	358
1860	340	-	-	340
1870	367	-	-	367
1880	395	-	-	395
1888	408	-	408	408
1900	398	430	398	398
1910		1097	1020	1020
1920		508		455
1930		555		555
1940		612		
1950		631		
1960		648		
1970		701		

1 Leo Meyer

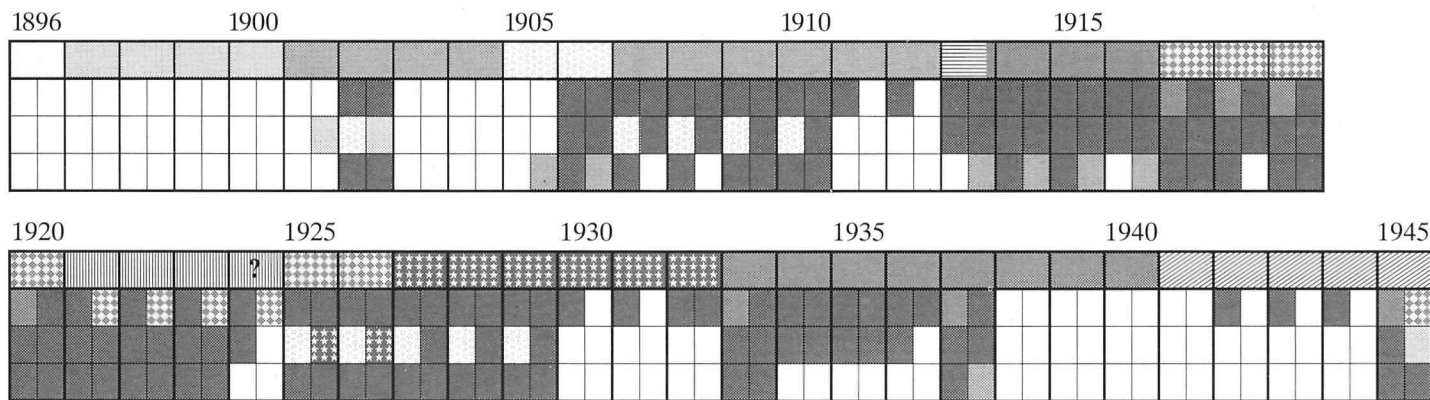
2 Eidg. Stat. Amt, Statistisches Quellenwerk der Schweiz, Heft 467, Angaben der Gemeinde (Wohnbevölkerung)

3 F.G. Stebler

4 Walliser Jahrbuch (1939)

Tabelle 3

Gemeindepräsidenten und -räte von Ausserberg (1896-1945)



Legende



Gemeindepräsident

Gemeinderäte

– Jede Schraffur entspricht einer Verwandtschaft.

Die Schraffuren sind mit denjenigen auf Tabelle 4 identisch.

– = eng mit liiert; und aus gleichem Geschlecht.

– = restliche, namentlich bekannte Gemeindepräsidenten und -räte, die aber keiner der farblich hervorgehobenen Verwandtschaften zugeordnet werden konnten.

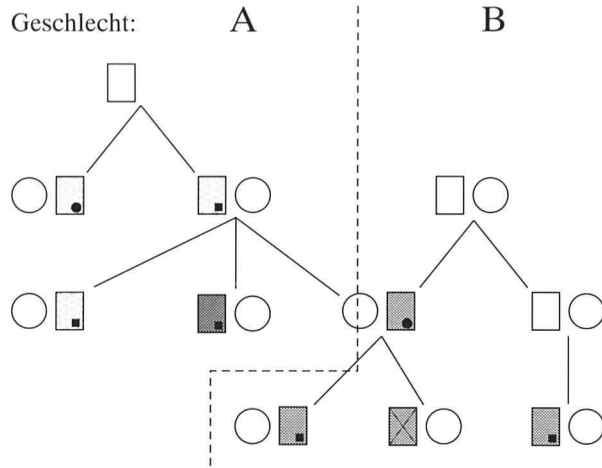
- ? Beim Eintragen der Mandatsjahre wurden Lücken von 1 Jahr bei Gemeindepräsidenten und 2 Jahren bei Gemeinderäten ausgefüllt. Die einzige Unklarheit ergab sich für 1924. Hier liess sich nicht genau feststellen, wer das Präsidentenamt inne hatte; es wurde die wahrscheinlichste Variante gewählt.

Quellen

- Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «G1» 1896 - 1908 und Sign. «R8» 1909 - 1945.
- Rechnungsbuch der Gemeinde, Sign. «G2» 1896 - 1899 und Sign. «R7» 1900 - 1918.
- Int.: 1 - 13.

Tabelle 4

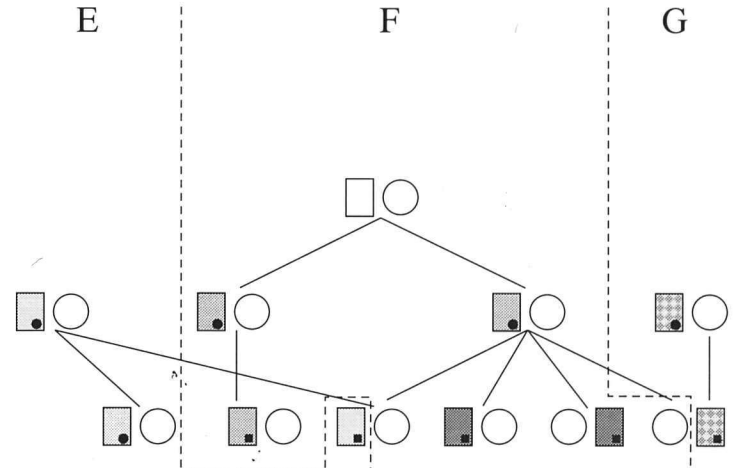
Verwandtschaftsclans von Ausserberg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit)



Legende

- : Frau □ : Mann
- ◻ : Mitglied des Gemeinderates
- ⊗ : Gemeindepräsident
- ◻ : Gemeindepräsident, der vor oder nach seinem Amt im Gemeinderat gesessen hat, bzw. sass.

Die Farbgebung stimmt mit Tabelle 3 überein.



Quellen

- Arbeitsbuch der Gemeinde, Sign. «G1» 1896 – 1908 und Sign. «R8» 1909 – 1945.
- Rechnungsbuch der Gemeinde, Sign. «G2» 1896 – 1899 und Sign. «R7» 1900 – 1918.
- Int.: 1 – 13.

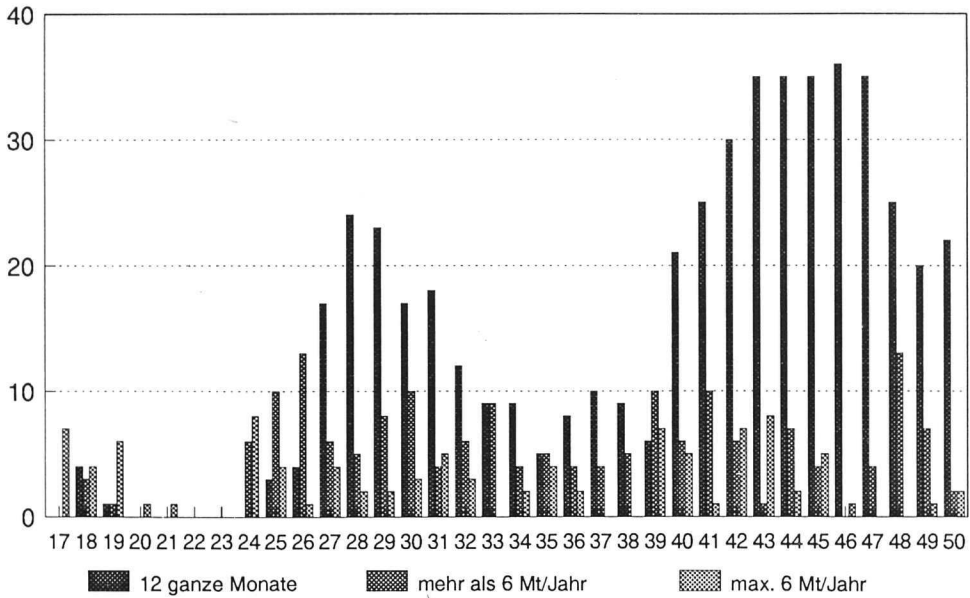
*Personalbestand der Lonza-Werke im Jahre 1945
mit Angabe des Einzugsgebietes *)*

Wohngemeinde	Arbeiter	Angestellte	Total
Visp	230	150	380
Gampel	120	10	130
Steg	110	2	112
Raron	85	-	85
Eyholz	80	3	83
Glis	80	4	84
Lalden	80	2	82
Naters	80	3	83
Baltschieder	60	3	63
Eggerberg	60	-	60
Hohtenn	60	-	60
Mund	60	-	60
Stalden	60	2	62
Ausserberg	30	-	30
Bürchen	30	-	30
Niedergesteln	30	-	30
Staldenried	30	-	30
Visperterminen	30	1	31
Bratsch	25	-	25
Ried-Brig	25	2	27
Unterbäch	25	-	25
Brigerbad	20	3	23
Eischoll	20	-	20
Leuk	10	-	10
Törbel	10	-	10
Turtmann	10	2	12
Total	1460	187	1647

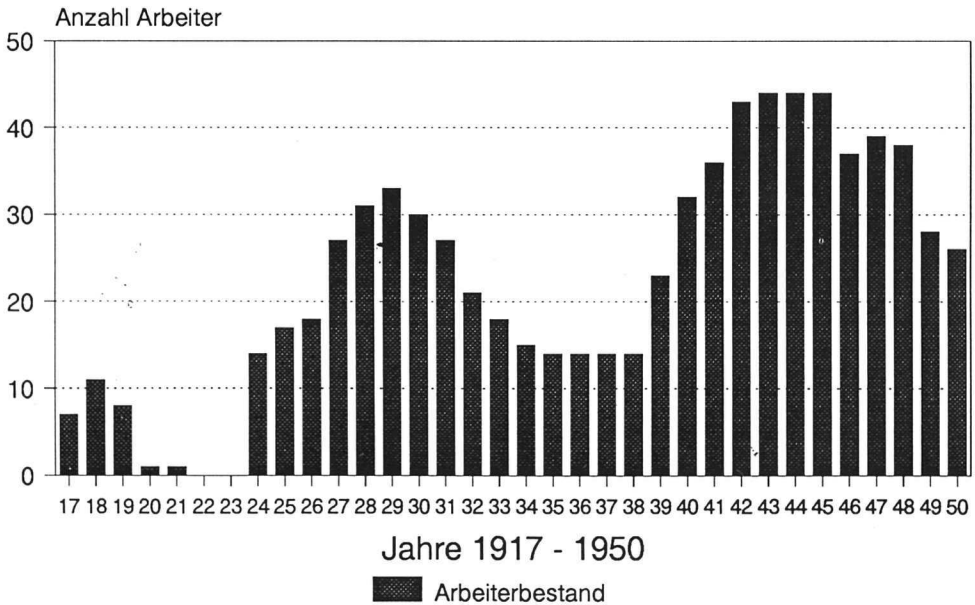
*) Von der Generaldirektion in verdankenswerter Weise zusammengestellt. Die Zahlen beziehen sich nicht auf einen bestimmten Zähltag; es handelt sich nur um angenäherte Angaben. Deshalb erscheinen die Schlussergebnisse zu hoch. Zu den genannten Wohngemeinden kommen laut Mitteilung der Lonza-Werke noch weitere 14 Gemeinden des Oberwallis, die je 1–9 Arbeiter stellen. Diese Gemeinden sind nicht besonders aufgezählt worden.

Karl Suter; Bevölkerungsbewegung . . .

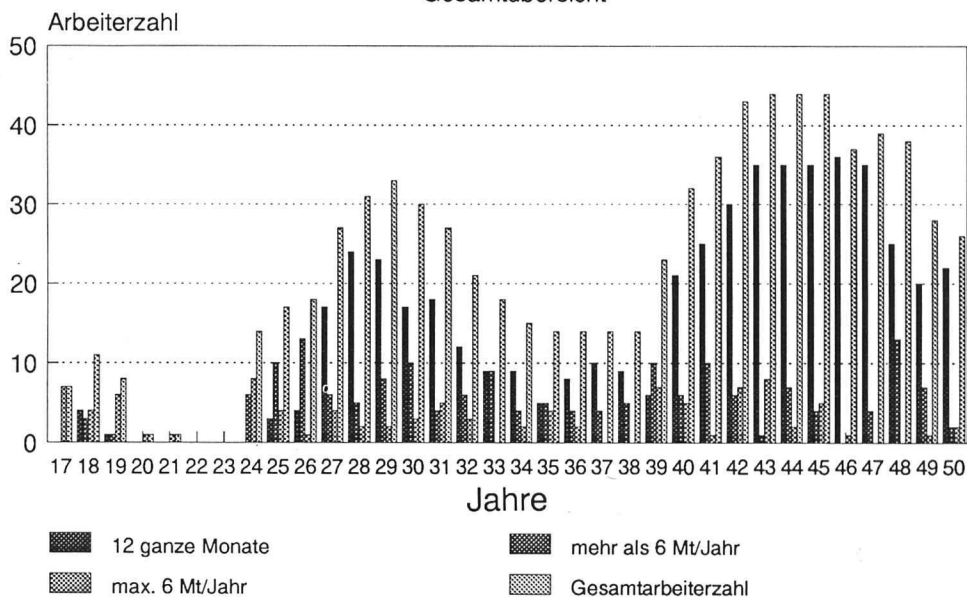
Figur II
Verschiedene Arbeitsverhältnisse



Figur III
Gesamtarbeiterbestand von Ausserberg



Figur IV
Gesamtübersicht



Figur V
Arbeiterbestände Lonza - Ausserberg

